



Politische Berichte

Nummer 24 / 12. Jahrgang

22. November 1991

G 7756 D Preis 1,50 DM

In dieser Ausgabe: Serben für UNO-Truppen * Polen: Ergebnisse der Sejm-Wahlen * Bayern: AIDS-Dienste nach massiven Protesten bereitgestellt * AEG Olympia wird geschlossen * Diskutiert: Wie weiter mit der PDS?

Wirtschaft: Zunehmend Krisensignale

Sachverständigenrat warnt vor „einem sehr flachen Pfad“ / Drohungen gegen Tarifautonomie

Zunehmende Krisensignale für die Industrie meldet der Sachverständigenrat der Bundesregierung in seinem neuem Jahresbericht. In der Industrie drohen große Überkapazitäten, nur durch Steigerung der Exporte sei die von den Konzernen geplante Produktenmenge noch absetzbar.

In sechs OECD-Ländern ist die industrielle Produktion bereits in diesem Jahr rückläufig: Großbritannien (-4 %), Italien (-1,5 %), Belgien (-4 %), Spanien, der Schweiz (je -1 %) und den USA (-2,5 %). Mit Ausnahme Japans und der BRD ist damit in allen großen imperialistischen Staaten eine Überproduktionskrise bereits ausgebrochen. Den BRD-Konzernen gelang eine weitere Steigerung von Produktion und Absatz nur durch den Einbruch in die DDR. Der Sachverständigenrat bilanziert die Ergebnisse dieses Vernichtungsfeldzugs von BRD-Konzernen und -Regierung gegen die früheren DDR-Kombinate in seinem Jahrestag: die industrielle Produktion der DDR sei von Anfang 1990 bis Ende 1990 auf weniger als die Hälfte zurückgegangen, die Zahl der Beschäftigten um ein Drittel. Neuere Daten, die Aufschluß über die weitere Vernichtung von DDR-Produktionsanlagen durch BRD-Behörden und -Konzern seit Anfang 1991 geben würden, werden gar nicht mehr angegeben.

Durch diesen — aus ihrer Sicht — seltenen Glücksfall konnten die BRD-Konzern ein Übergreifen der Überproduktionskrise auf BRD-Gebiet 1990 und zum Teil auch 1991 noch vermeiden. Dieser Vorteil geht nun zu Ende. „In einigen stark vom Ausfuhrgeschäft abhängigen Bereichen des Verarbeitenden

Gewerbes hat der Rückgang der Nachfrage zu erheblichen Absatzeinbußen, einer schlechteren Kapazitätsauslastung und Gewinnrückgängen geführt“, stellen die Gutachter bereits für 1991 fest. Für 1992 rechnen sie mit einer Verschärfung dieser Überproduktionskrise: „Denn in den letzten Jahren ist allenthalben mit dem Ausbau vorhandener und dem Aufbau neuer Kapazitäten begonnen worden, von denen ein großer Teil im nächsten Jahr erst fertiggestellt wird.“ Selbst wenn es gelänge, die Exporte nach Westeuropa und in die USA im nächsten Jahr deutlich zu steigern — wofür die Aussichten nicht sehr günstig seien — sei mit einem „sehr flachen Pfad“ des weiteren Wachstums zu rechnen, umschreiben die Gutachter ihre Sorgen vor Stagnation und Krise.

Umso energischer fordern sie eine Senkung der Reallohn im kommenden Jahr. „Die Tarifpolitik muß ihren Kurs korrigieren“, verlangen die Gutachter. Der Einbruch der imperialistischen Konzerne in die Wirtschaften Osteuropas und die marktwirtschaftliche „Umwandlung“ dieser Volkswirtschaften habe das Kapital „mobiler“ gemacht, drohen sie. Der Druck der Niedrigstlöhne in den osteuropäischen Staaten und die dort um sich greifende schroffe Armut soll auch in der BRD die Lohnabhängigen disziplinieren helfen: „Die Öffnung der osteuropäischen Staaten zur Marktwirtschaft schafft für die Tarifpolitik ebenfalls neue Rahmendaten, denn das Lohngefälle zwischen Deutschland und den östlichen Anrainstaaten kann Produktionsverlagerungen nach dort auslösen. Die Tarifpolitik muß sich mehr und mehr dem Wettbewerb der Standorte stellen.“ In der Tarifpolitik müßten „betriebsindividuelle Regelungen an Gewicht gewinnen“.

Für die Gewerkschaften zeichnen sich damit schwere Kämpfe ab, um den Lohnstandard im kommenden Jahr auch nur zu halten. Die Konzerne rechnen offenbar damit, durch Massenarbeitslosigkeit und Armut im Osten den Druck auf dem Arbeitsmarkt so steigern zu können, daß die Gewerkschaften Lohnsenkungen hinnehmen müssen. Wie angriffslustig die Konzernvertreter sind, kommt im Gutachten zur Sprache, wenn die Gutachter den Gewerkschaften mit Tarifbruch drohen, falls die Tarifabschlüsse nicht den Vorstellungen der Konzerne entsprechen: „Die Tarifvertragsparteien ... müssen ihren Mitgliedern klar machen, daß die Tarifautonomie ... in Frage gestellt wird, wenn durch überzogene Abschlüsse soziale Anpassungslasten ... verursacht werden ...“

Quelle: Jahrestag 1991/92 des Sachverständigenrats, November 1991 — (rül)

Gegen Fremdenhaß, für Asylrecht statt Abschottung!



Über 100 000 Menschen demonstrierten am 9. November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht. Die Demonstrationen und Kundgebungen wurden von vielen politischen Kräften getra-

gen. Beherrschend waren Forderungen gegen rassistische Hetze und Gewalt gegen Flüchtlinge, für das Recht auf Asyl, für menschenwürdige Unterbringung. Bild: Mannheim. — (evc)



Einen neuen Dreh, die Kampagne gegen Flüchtlinge anzuheizen, fand Bundesfinanzminister Waigel: Laut „Spiegel“ will er von den Ländern „ortsübliche Entgelte“, Mieten, für die Überlassung von Kasernen etc. als Sammellager erheben. Auch hafteten die Länder bei „Verschlechterungen an der Mietsache“. Etwa auch im Fall von Angriffen von Neonazis? — (WW, VSP; Bild: af/mz)

Mehr Zulassungsbeschränkungen

Hochschulrektorenkonferenz dehnt Numerus Clausus aus

Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK), die Vertretung der Rektoren und Präsidenten der Hochschulen in der BRD, hat auf ihrer letzten Plenarsitzung am 4. II. einstimmig beschlossen, die Zulassung zum Hochschulstudium durch Ausdehnung des Numerus clausus stark zu erschweren.

Die Rektoren erklären, „Qualität der Lehre und angemessene Studienzeiten“ seien anders nicht mehr zu sichern. So hat sich seit 1977, dem Jahr, in dem zahlreiche Zugangsbeschränkungen aufgehoben worden waren, die Studentenzahl auf über 1,5 Mio erhöht, die Zahl der verfügbaren Studienplätze beträgt dagegen 800 000. Das „Betreuungsverhältnis“ von Lehrenden zu Studierenden ist in den BRD-west-Ländern an den Universitäten von 1:11 auf 1:16 und an den Fachhochschulen von 1:18 auf 1:37 gestiegen.

Die Rektoren halten die 1989 und 1990 durch Sonderprogramme zur Verfügung gestellten Mittel für unzureichend und fordern eine Erhöhung der Stellenzahl. 30 000 Stellen für wissenschaftliches Personal seien erforderlich, um die Betreuungsrelationen des Jahres 1977 wiederherzustellen.

Der Rektorenbeschuß ist offensichtlich die Reaktion auf einen Schritt des Bundesbildungssministeriums. Das hatte durch seinen Staatssekretär Schaumann Anfang Oktober verlautbart lassen, daß „die Lehre für die Professoren häufig ein unattraktives Betätigungsfeld darstellt“ und der schlechte Zustand im Lehrbetrieb ein „originäres und von

Ausstattungsfragen unabhängiges Problem“ sei. Der Staatssekretär plädiert für „Wettbewerselemente im Lehrbetrieb als Instrumente der Selbststeuerung“.

Die schlechte Qualität des Lehrbetriebs ist kein Novum und bewiesen durch die traditionell hohe Zahl der Studienabrecher bzw. -wechsler und die Durchfallquoten bei den Examina. Das beunruhigt die Rektoren übrigens nicht. Bei der ganzen Diskussion über die Qualität der Lehre ist verdächtig, daß überhaupt nicht über die rechtliche Verfassung des Lehrbetriebs gesprochen wird. Es gibt keinen individuell einklagbaren Anspruch auf gewisse Qualitätsstandards. Ebensowenig gibt es eine didaktische Ausbildung für das akademische Lehrpersonal. Es kann jemand guten Gewissens die akademische Lehrbefugnis erwerben, ohne jemals gelernt zu haben, wie er eine Unterrichtsveranstaltung zu organisieren hat, damit deren Teilnehmer am Ende etwas gelernt haben können. Daran wollen weder Rektoren noch Ministerium etwas ändern.

Ein Bildungs- und Ausbildungsbedürfnis der Studenten ist auch keinesfalls Ausgangspunkt der Diskussion sondern, „die mittel- bis langfristige Wettbewerbsfähigkeit der BRD als moderner Industriegesellschaft“, wie die HRK erklärt. Hier liegt der Zweck, eine allgemeine Verbesserung des Lehrbetriebs ist dazu überhaupt nicht erforderlich.

Quelle: HRK-Pressemitteilung, 5. II. 1991; Information Bildung u. Wissenschaft 10 — (chf)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Gegen Diskriminierung von Widerstandskämpfern

Essen. Wie andere Organisationen hat auch die Initiative für die Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges gegen die Anerkennung beziehungsweise Kürzung der Renten antifaschistischer Widerstandskämpfer in der ehemaligen DDR protestiert. In einem Schreiben an Bundesinnenminister Schäuble heißt es: „Mit ihrem jetzigen Vorgehen gegen anerkannte Opfer des Faschismus macht die Bundesregierung erneut ihr gebrochenes Verhältnis zum antifaschistischen Befreiungskampf und zum Gedanken des Antifaschismus deutlich.“ Quelle: Antifaschistische Nachr. 24 — (wof)

Menschenhandel aus Kroatien

Die Baden-Badener Hotel- und Gaststättenvermittlung hat „bereits 125 Leute aus Kroatien im Hotel- und Gaststättengewerbe in Baden-Württemberg unterbringen können“. Beschäftigt werden sie mit dreimonatigen Saisonarbeitsverträgen. Auf Initiative des baden-württembergischen Innenministeriums können Saisonarbeiter aus Kroatien jetzt

auch über die drei Monate hinaus beschäftigt werden. Sie werden als Flüchtlinge anerkannt und erhalten sofort „Duldung“. Die baden-württembergische Fachvermittlung will weitere Arbeitskräfte aus Kroatien anwerben. Es seien noch 600 offene Stellen im Küchen- und Servicebereich zu besetzen. Deutsche Konsulate in Graz und Klagenfurt (Österreich) helfen bei der Ausstellung der Papiere, die Bundesanstalt für Arbeit deckt den Handel. — (rub)

Kurdistan: Hungerstreiks gegen Zwangsverlegung und Isolation

Anfang November hat die türkische Regierung 195 politische Gefangene — die meisten von ihnen sind Mitglieder der PKK, andere gehören den Organisationen Dev-Sol, Kawa, Acilciler, Kurtulus und TDKP an — mit Gewalt aus mehreren Gefängnissen in das neue Spezialgefängnis Eskisehir verlegt. Eskisehir bedeutet Einzelhaft, Isolationsfolter nach Stammheimer Muster. Den Familienangehörigen der Gefangenen wurde Besuchsverbot erteilt. Bei der mit äußerster Gewalt durchgeführten Zwangsverlegung wurden zahlreiche Gefangene verletzt, bei mindestens 13 Gefangenen ist der Gesundheitszustand kritisch. Ge-

gen diese Folter und Zwangsverlegung sind alle zwangsverlegten Gefangenen und 200 weitere politische Gefangene in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Kurdische und türkische Organisationen rufen zur Solidarität mit den Hungerstreikenden auf. — (rül)

Gesamtmetall: Neuer Chef will niedrigere Abschlüsse

Zum 1. Januar hat der Arbeitgeberverband der Metallindustrie (Gesamtmetall) einen neuen Chef. Der bisherige Vorsitzende Werner Stumpfe wechselt zum Springer-Konzern. Nachfolger wird Hans-Joachim Gottschol, ein von den großen Konzernen vorgeschoßener „mittelständischer“ Schrottunternehmer (800 Lohnabhängige) aus NRW. Noch bevor überhaupt im Amt, propagiert der neue Verbandsvorsitzende bereits eine härtere Linie der Kapitalisten in den kommenden Tarifverhandlungen: Die letzten beiden Lohntarifabschlüsse in der Metallindustrie seien „viel zu hoch“ gewesen: „Wir müssen uns stärker an der Produktivität orientieren“. BDA-Chef Murmann hat die Linie aufgegriffen und selbst die von Möllemann propagierten Abschlüsse unter 5 % als „zu hoch“ kritisiert. — (rül)

IG Metall ruft zu Warnstreiks bei Stahl auf

Zu Protestaktionen, der Verweigerung von Überstunden und zu Warnstreiks ruft die IG Metall in diesen Tagen die Belegschaften der Stahlindustrie NRW, Niedersachsen und Bremen auf. Der Grund: Auch in der zweiten Lohn- und Gehaltstarifverhandlung am 13. II. blieben die Kapitalisten bei ihrem Provokationskurs. Die Forderungen der IG Metall, insbesondere die Vorweganebung auf das Niveau der Metallindustrie, halten sie für „maßlos überzogen“. Die Stahlkonjunktur gehe zurück, die Produktivitätsvorteile der westdeutschen Stahlkonzerne gegenüber dem ausländischen „Wettbewerb“ seien dahin, die allgemeine wirtschaftspolitische Lage verlange „Korrektur“ und „Ausgabendisziplin“. Außerdem waren sie der IG Metall vor, „erstmals“ die Steuer- und Abgabenpolitik der Bundesregierung zum Gegenstand von Tarifverhandlungen zu machen. Während die Kapitalisten den Konflikt ins nächste Jahr ziehen wollen, strebt die IG Metall einen Abschluß vor Jahresende an. Falls sich bis Mitte Dezember ein Ergebnis nicht abzeichnet, will die IG Metall die Urabstimmung vorbereiten. — (wof)

Aktuell in Bonn**Teure Gesundheit**

In der „Welt am Sonntag“ hat Bundesgesundheitsministerin Gerda Hasselfeldt (CSU) einerseits dementiert, ein aus ihrem Haus stammender Sparplan sei „entscheidungsrelevant“. In ihm ist u.a. die Streichung aller Zuschüsse für Zahnersatz und Sehhilfen vorgesehen; insgesamt sollen weitere 16 Milliarden auf die Versicherten abgewälzt werden. Andererseits bestätigte die Ministerin, es bestehe „akuter Handlungsbedarf zur Eindämmung der drastisch gestiegenen Gesundheitskosten“. In jedem Fall würden die Beitragssätze erhöht — „spätestens 1993“.

Neue Schadstoff-Verordnung?

Umweltminister Töpfer hat aus Anlaß einer Studie des Umweltbundesamtes, die eine weiter steigende Schadstoffbelastung der Luft durch Verkehrsmittel unter Beweis stellt, mehrere neue Verordnungen angekündigt. U.a. sollen die Abgasnormen verschärft werden, um bis 1999 die Schadstoffemissionen auf ein Viertel zu senken. Die Lärmgrenzen je Fahrzeug sollen halbiert werden, an Tankstellen die Gasrückführung mit Saugrüsseln vorgeschrieben werden und der Schwefelgehalt im Diesel sowie der Benzolgehalt im Benzin verringert werden. Ab 1993 soll die KfZ-Steuern „schadstoffbezogen“ erhoben werden. Geplant ist eine Orientierung am „Schadstoffausstoß je Hubraum des Motors.“ Auf diese feine Art würden nicht die tatsächlich größten Verschmutzer, die großen PKWs, sondern die kleinen PKWs die meisten Steuern zahlen.

1 Milliarde für Wolgadeutsche

Mitte Oktober wurde bekannt: Bonn plant, 1992 100 Millionen Mark aus der Bundeskasse zu zahlen, „um beim Aufbau einer Wolgadeutschen Republik“ zu helfen. Ein Teil dieses Etats entsteht durch Umschichten von Titeln, die bisher auf die „Rückführung von Deutschen“ abzielten. D.h. es scheint eine Umorientierung dahingehend zu geben, möglichst viele Deutsche in der Sowjetunion zu halten und sie dort zu konzentrieren, wo es für deutsche Kapitalanlagen — gepaart mit der Errichtung von Freihandelszonen — interessant, profitabel, ist (Kalinograd; Leningrad). Die SPD hatte hochgerechnet, daß „1995 das Projekt die Milliardengrenze überschritten“ habe. Mitte November beschloß der Haushaltsausschuß das Projekt; die „Opposition“ der SPD mündete in Zustimmung.

ABM im All?

Raumfahrt ist unnötig wie ein Kropf und teurer als die Kosten für Flüchtlinge. Doch genug ist nicht genug: Derzeit fehlen den Betreibern der Weltraumprojekte, genauer: Daimler-Benz/Dasa, die eine und andere Milliarde Mark. Nun begab sich der Parlamentarische Staatssekretär Erich Riedl mit dem Vorschlag an die Öffentlichkeit: „ABM-Mittel zu Gunsten der Raumfahrt umschichten.“

ABM sei „konsumtiv“, Weltraumausgaben jedoch „investiv“, sicherten Arbeitsplätze, „gerade in den neuen Ländern“ — wo zufällig Daimler soeben eine neue Rüstungstochter mit Zeiss-Jena erwarb.

Bundeswehr in Bahrain

Von der Öffentlichkeit kaum bemerkt, dauert der Einsatz von Bundeswehreinheiten am Golf doch weiter an. Zwei Transall-Maschinen, drei CH-53-Hubschrauber der Heeresflieger aus Mendig und 48 Mann sind seit dem 2. Oktober in Bahrain am Persischen Golf stationiert und dienen hier als „Transporteinheit“ für die UN-Beobachter, die im Irak nach chemischen, biologischen und atomaren Kampfmitteln suchen. Sie fliegen täglich, manchmal mehrmals täglich die Route Bahrain-Habbaniyak, ein irakisches Flugplatz 80 km nördlich von Bagdad, von wo aus die UN-Emissäre ihre Kontrollen durchführen.

Irischer Friede

Vor zwei Jahren beschloß der Bundestag einen Boykott gegen die VR China wegen der Niederschlagung der Massendemonstrationen auf dem „Platz des Himmlischen Friedens“. Nun schloß Möllermann vor Ort einen Frieden mit den Pekinger Machthabern, der, da er irischer Natur ist, auch teuer kommt: Peking erhält einen 600-Millionen-Mark-Sonderkredit (ab dem 11. Jahr zurückzuzahlen bei vier Prozent). Erwartet werden u.a. Aufträge aus China für die deutschen Werften.

„Deutsche Minderheit“ in Bonn

Die mit massiver Finanzhilfe der Bundesregierung und des Bundesverbands der Vertriebenen aufgebauten „deutschen Freundeskreise“ sind nach den polnischen Wahlen jetzt auch im polnischen Parlament vertreten. Kaum gewählt, machten sie sich auf — nach Bonn. Dort empfing sie ihr Ziehvater, der CSU-Abgeordnete und Ex-Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen, jetzt „Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, CSU-MdB Koschyk. Man wolle „tausend Bündnisse“ zwischen Deutschen und der „deutschen Minderheit in Polen“ schaffen, verkündete „Freundeskreis“-Sprecher Bartodziej.

Was kommt demnächst?

Vom 21. bis 23. 11. wird der russische Präsident Jelzin in Bonn zu Besuch erwarten. Am 25. 11. will die CDU/CSU-Fraktion Schäuble zum Fraktionsvorsitzenden wählen. Bis 29. 11. soll der Verfassungsausschuß von Bundestag und Bundesrat konstituiert sein und seine Beratungen über Verfassungsänderungen nach der DDR-Annexion aufnehmen. Am 2. 12. beraten die Außenminister der EG über die Vertragsentwürfe zur Politischen Union, die auf dem EG-Gipfel am 9./10. 12. in Maastricht zur Abstimmung stehen.

Antifaschistischer Ratschlag in Dresden**Magere Beteiligung aus Ex-DDR/Interesse an Austausch und Diskussion festzustellen**

An dem antifaschistischen Ratschlag in Dresden vom 1. bis 3. November beteiligten sich über 500 Menschen. Vertreten waren mehr als 75 Gruppen, Organisationen und Initiativen. Die Beteiligung aus dem Osten fiel leider schlechter aus als von vielen erhofft. Sie stellten maximal 30 % der Teilnehmenden.

Der Ratschlag war untergliedert in vier Blöcke. Der erste am Freitagabend diente als Eröffnungsveranstaltung und wurde von der Vorbereitungsgruppe aus Dresden gestaltet. Es wurde unter anderem ein Film aus Schweden gezeigt, der die NSDAP-AO Connection quer durch das gesamte neofaschistische Spektrum belegte. Dieser Film wird hoffentlich bald allen Antifa-Gruppen für Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Die anschließende Diskussion machte schon deutlich, daß verschiedene Organisationen, besonders aus dem trotzkistischen Spektrum meinten, ihre strategischen Konzepte zum Diskussionsgegenstand des Ratschlages machen zu wollen.

Am Samstagmorgen fand ein Eröffnungsplenum statt, auf dem drei Einführungsvorträge gehalten wurden. Der erste befaßte sich mit der faschistischen Formierung und dem Widerstand dagegen in der DDR. Der zweite Beitrag knüpfte daran an und stellte die Entwicklung der faschistischen Organisation und Anhangsbildung in der ehemaligen DDR dar. In diesem Beitrag wurde die regionale Schwerpunktbildung und die damit verbundene Arbeitsteilung zwischen den neofaschistischen Organisationen dargestellt. Der dritte Beitrag, der von einem Vertreter des Ausländerrates Dresden gehalten wurde, befaßte

sich mit Problemen antirassistischer Politik, die sich nach seinen Ausführungen antiimperialistisch formieren muß. Die Flüchtlinge, die hierherkommen, sind ein Resultat dieser Weltwirtschaftsordnung und jahrelanger kolonialer Politik. Des Weiteren wurde in einem kurzen Beitrag über die internationale Unterstützung für antirassistische Arbeit in Deutschland durch Kundgebungen und Spendensammlungen in Oslo, Stockholm und London um den 9. November berichtet.

Der dritte Block umfaßte Arbeitsgruppen und Workshops zu verschiedenen Fragen, die in der antifaschistischen Bewegung diskutiert werden. (Aus einigen Arbeitsgruppen sind Berichte in den Antifaschistischen Nachrichten veröffentlicht.) Mehrere Arbeitsgruppen befaßten sich mit antirassistischer Politik. Eine AG diskutierte über Grundlagen und Ursachen des Rassismus. Eine weitere über die Asylrechtsdebatte und deren Auswirkungen. Hier wurde unter anderem ein Beitrag gehalten über die Situation in Kurdistan und über die BRD-Unterstützung für das türkische Regime bei der Unterdrückung des kurdischen Volkes. Weitgehender Konsens war in dieser Arbeitsgruppe die Forderung nach offenen Grenzen und Bleiberecht für alle. In einer weiteren Arbeitsgruppe wurde konkret über das Verhältnis zwischen Antifa-Gruppen und Flüchtlingsinitiativen diskutiert. In dieser Arbeitsgruppe wurde unter anderem festgestellt, daß Aktivitäten gegen die Abschottung Europas notwendig sind. In einem Workshop wurde über die Möglichkeiten einer Antifa-Projekt-

Vernetzung diskutiert. Insgesamt kann festgehalten werden, daß verschiedene Beiträge auf reges Interesse stießen. Deshalb sollen die Einführungsvorträge und Referate, die in den Arbeitsgruppen gehalten wurden, mit weiteren Materialien, als Broschüre veröffentlicht werden.

Als vierter Block fand am Sonntag ein Abschlußplenum statt. Dort wurden als erstes Berichte von verschiedenen Arbeitsgruppen und Workshops gegeben. Leider wurde in der anschließenden Diskussion versucht, ein gestorbene Projekt wieder für ca. 60 Minuten zum Lebensmittelpunkt der Antifabewegung zu erheben. Dies betrifft das Projekt einer zentralen Antifa-Demonstration, welches die Sozialistische Arbeitergruppe (SAG) schon lange vor dem Ratschlag inszenierte und dann alleine und verlassen zu Grabe trug. Auf dem Abschlußplenum versuchte die SAG, mit verschiedenen Beiträgen dieses Projekts wiederzubeleben. Hierbei unterlag die SAG gleich mehreren Irrtümern: Sie scheint zu erwarten, daß die Faschisten sich durch eine machtvollen Demonstration beeindruckt zeigen und verkennt dabei, daß alle Kraft nötig ist, um örtlich und regional antifaschistische Zusammenhänge und Strukturen aufzubauen bzw. weiterzuentwickeln. Es erscheint wirklich absurd, beispielsweise so eine Demonstration in Dresden durchzuführen, wo die Faschisten in linken Kreisen Schutzgelder in Form von Freibieren eintreiben. Insofern scheint der SAG und auch anderen immer noch nicht klar zu sein, daß im Osten andere Bedingungen bestehen. Dies zeigte sich auch auf dem Ratschlag, wo einige Teilnehmende am Samstagabend meinten, für den linken Kulturtreff Scheune den Selbstschutz organisieren zu müssen, obwohl diese das ausdrücklich nicht wünschten. Am Freitagabend hatte es einen Überfall auf die Scheune gegeben, und die Leute aus der Scheune hatten die Polizei gerufen, die die Faschisten vertrieben. Am Samstagabend standen dann die selbsternannten Schützer vor geschlossenen Türen, und es kam zu einer unnötigen Auseinandersetzung mit Verletzten.

Es zeigt sich gerade bei der SAG, daß sie die Antifa-Bewegung instrumentalisieren will. In einem Papier aus ihren Reihen heißt es: „Es ist das A und O der Einheitsfrontpolitik, Führungen rechter Organisationen, die für uns erreichbar sind (SPD z.B. ist nicht erreichbar) auch gegen ihren Willen in die Aktion hineinzubringen.“ Damit ist sie auf dem Ratschlag wieder einmal gescheitert und es bleibt zu hoffen, daß sich in der SAG die Position durchsetzt, daß eine Bündnispolitik nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung unterschiedlicher Interessen möglich ist, bei der das Gemeinsame herausgestellt werden sollte. — (hga)



Mehr als 10000 Menschen demonstrierten am 16. November in Berlin aus Anlaß des rassistischen Mordes an Mete Eksi. Er war nach dreiwöchigem Koma an seinen Kopfverletzungen am 13. 11. verstorben.

Internationale Maßnahmen gegen Flüchtlinge**Viele Einmischungsmöglichkeiten der Zielländer in die Herkunftsänder**

Am 30./31. 10. hat in Berlin eine internationale Ministerkonferenz über „Maßnahmen zur Eindämmung illegaler Einreisen aus und über Mittel- und Osteuropa“ stattgefunden.

den. Innenminister Schäuble hatte sie initiiert, um „das ausländerrechtliche und polizeiliche Instrumentarium in ganz Europa auf effektivem Niveau zu harmonisieren“.

An der Konferenz haben neben den EG-Staaten nicht nur Albanien, Bulgarien, Polen, Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien, Ungarn, Österreich, Schweiz und die Sowjetunion, sondern auch die sowjetischen Teilrepubliken Ukraine und Weißrussland sowie die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen teilgenommen. Die beschlossenen Maßnahmen erschweren nicht nur die Fluchtmöglichkeiten von Flüchtlingen, sondern verschaffen vor allem den sogen. Zielländern vielfältige Möglichkeiten zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Herkunftsänder sowie zur kontrollierten Steuerung des Arbeitskräftebedarfs aus den osteuropäischen Staaten. Folgende Maßnahmen wurden u.a. beschlossen:

Die Schleuserkriminalität und die unerlaubte Beschäftigung illegal eingereiste Ausländer sollen besser bekämpft werden, u.a. durch Regelungen zur „Übermittlung personenbezogener Daten“. Nicht die Kapitalisten, die Ausländer unterhalb jeglicher Mindeststandards illegal anheuern und beschäftigen, sollen ermittelt, sondern die davon be-

troffenen Arbeiter sollen gejagt werden.

Die Grenzkontrollen sollen verschärft und die „Überwachung der Grenzen außerhalb der Grenzübergänge durch Einsatz mobiler Kräfte in lageangepaßter Stärke“ intensiviert werden. Dabei soll „in enger Abstimmung bis hin zu Absprachen über eine Schwerpunktverteilung des Grenzschutzpersonals auf der Basis gemeinsamer Analysen und aktueller Lagebilder“ gehandelt werden, was im Grunde auf eine Ausdehnung des Operationsgebietes des Bundesgrenzschutzes auf das Territorium anderer Staaten hinausläuft.

Festgelegt ist weiterhin, daß Luftfahrtunternehmen „am Abflugort das Vorhandensein der für den Zielstaat erforderlichen Grenzübergangsdocumente kontrollieren“ dürfen. Dies bedeutet, daß z.B. deutsches Lufthansapersonal auf dem Territorium der Herkunftsstaaten Zoll- und Grenzkontrollfunktionen wahrnehmen und sich damit in elementare Hoheitsrechte einmischen kann. Entsprechendes soll sogar für Unternehmen gelten, die Ausländer auf dem See- oder Landweg befördern.

Aus dem „völkerrechtlichen Grundsatz der guten Nachbarschaft“ ergeben sich die Verpflichtung, „die aus dem eigenen Staat illegal in einen anderen Staat“ eingereisten und wieder abgeschoben Personen, zurückzunehmen. Diese Maßnahme kommt der Absicht der Bundesregierung entgegen, künftig Flüchtlinge, die einen „verfolgungssicheren“ Drittstaat als Durchreisestation benutzen müssen, bereits an der Grenze zurückzuweisen.

Darüber hinaus wurden Grundsätze vereinbart, wie der „kontrollierte“ Zugriff auf Arbeitskräfte der mittel- und osteuropäischen Staaten besser organisiert werden kann. So sollen z.B. die „Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit in den Grenzgebieten“ gefördert werden, „um grenzüberschreitende Arbeitnehmertätigkeit zu ermöglichen“. Weitere Vereinbarungen über Saisonarbeitsbeschäftigung sollen getroffen werden. Dies bedeutet eine weitere Ausdehnung von Beschäftigungsverhältnissen, die außerhalb tariflicher und gesetzlicher Schutzrechte liegen. — (rac)

**Verlagsmitteilung:
Einführung von Förderabos**

In Absprache mit Redaktion und Herausgeber der Politischen Berichte bietet der GNN-Verlag ab sofort allen Beziehern der Zeitschrift die Möglichkeit, die Zeitschrift im Förderabonnement zu beziehen. Ein Förderabo kostet 39,- DM im Halbjahr.

Warum machen wir dieses Angebot?

Den meisten Abonnenten dürfte schon bekannt sein: Um sein Verlagsprogramm zu den gegenwärtigen — wie wir meinen — günstigen Preisen anbieten zu können, ist der GNN-Verlag auf regelmäßige Spenden angewiesen. Ein- bis zweimal im Jahr unterrichtet der Verlag deshalb alle Abonnenten von GNN-Periodika über die laufende Arbeit, Vorhaben der nächsten Zeit, über seine wirtschaftliche Entwicklung und den daraus resultierenden Spendenbedarf für das jeweilige Jahr. Zur Zeit werden etwa 200 000 DM im Jahr benötigt. Daran wird sich auch

so schnell nichts ändern: Weder von der Auflageentwicklung noch von den Kosten her ist mit einer spürbaren Entlastung zu rechnen.

Die Einführung von Förderabonnements hat aus unserer Sicht zwei Vorteile:

— für den Verlag eine zusätzliche und kontinuierliche Spendeinnahme — die vielleicht dabei hilft, den sonstigen Spendenbedarf etwas zu verringern;

— für die Abonnenten die Möglichkeit, ihre Spende für den Verlag direkt mit dem Abo zu verknüpfen, das sie beziehen.

In Absprache mit Redaktion und Herausgeber rufen wir deshalb hiermit alle Abonnenten auf, sofern möglich ihr Abo in ein Förderabo umzuwandeln. Eine Antwortpostkarte, die ihr nur ausfüllen, unterschreiben und einwerfen müßt, liegt bei. Wir hoffen auf zahlreiche Förderabos!

Der Verlag

Jugoslawien: BRD drängt auf Intervention

Ziel ist die Zerstörung Jugoslawiens und die Bildung von abhängigen Satellitenstaaten

Welche brandgefährlichen außenpolitischen Phantastereien derzeit in Kreisen des Kanzleramts und der bundesdeutschen Monopolbourgeoisie gewälzt werden, dokumentierte beispielhaft am 11. November die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Sie veröffentlichte einen Aufsatz des Kanzlerberaters, Prof. Michael Stürmer, in dem dieser Deutschlands Rolle in Europa“ so beschrieb: „Zu klein als Hegemon, zu groß für das Gleichgewicht“. Der Aufsatz ist ein unverhüllter Aufruf zur weiteren Expansion, zur weiteren Ausdehnung von Macht und Einflussbereich von BRD-Konzernen und BRD-Staatsgewalt. Wer „zu klein“ ist, muß eben größer werden!

Eines der ersten Interventionsgebiete soll Jugoslawien werden, wo Kohl und Genscher keine Gelegenheit auslassen, um die Notwendigkeit einer gewaltsamen Einmischung in den von außen gesuchten Bürgerkrieg zu propagieren.

Angesichts dieser planmäßig den Bürgerkrieg anheizenden und auf eine Militärintervention des Westens hinzielenden Politik der Bundesregierung ist es schon grotesk, wenn der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Norbert Gansel, am 6. November im Bundestag diese Anheizung des Konflikts durch die Bundesregierung zu leugnen versucht, sie vor serbischer Kritik in Schutz nimmt und unversehens doch enthüllt, welche „Freunde“ dieser deutschen Expansionismus in kroatischen Kreisen hat. Gansel: „Daß es in Kroatien auch Kräfte gibt, die aus der Bundesrepublik unter Berufung auf das Verhältnis zwischen Hitler-Deutschland und dem faschistischen Ustascha-Regime militärische Hilfe wünschen, macht mir Sorge. Daß das noch mehr Sorgen unter Serben auslöst, kann ich verstehen. Wofür ich aber kein Verständnis haben kann, ist die Art und Weise, wie eine staatlich gelenkte serbische Propaganda versucht, die Bundesrepublik mit jenem Deutschland gleichzustellen, mit dem wir nichts mehr gemeinsam haben außer unserer Geschichte. Vor solchen böswilligen und hältlosen Unterstellungen nehme ich auch die Bundesregierung ausdrücklich in Schutz. Das gilt nicht für Äußerungen, die Bundesinnenminister Schäuble am Sonntag auf dem Deutschlandtag der Jungen Union gemacht hat. Ich zitiere: „Wir helfen nur, wenn die Aggressoren

überzeugt werden, daß andere bereit sind, notfalls mit militärischen Mitteln die Aggression zu beenden.“ — Das hat Schäuble gesagt, und er hat dabei auch eine deutsche Beteiligung befürwortet. So hilft man nur der serbischen Kriegspropaganda. Herr Schäuble, dem Frieden schadet man damit. Ein militärisches Eingreifen wäre völkerrechtswidrig, es würde das Blutvergießen zu vergrößern, und eine deutsche Beteiligung wäre verfassungswidrig.“

In derselben Bundestagsdebatte behauptete Kanzler Kohl scheinheilig, der Bundesregierung gehe es „vor allem darum, das serbische Lager von der Aussichtlosigkeit seiner Gewaltpolitik zu überzeugen.“ Zugleich bestätigte er aber, daß die Bundesregierung seit Ende 1990 offiziell vertritt, „daß wir zur Umsetzung der europäischen Sicherheitspolitik ein operatives Instrument brauchen und hierfür die WEU vorschlagen.“ Was ist das anderes als das Eingeständnis, daß die Europapolitik der BRD inzwischen offen mit militärischer Gewalt gegen andere Staaten in Europa — zum Beispiel gegen Jugoslawien — kalkuliert?

Die Zerstückelung und Zerstörung der osteuropäischen Staaten ist das nächste Ziel des BRD-Imperialismus auf dem Weg zur europäischen Hegemomialmacht Nr. 1. „Szenarien des Verfalles der SFRJ“ beschrieb schon Anfang dieses Jahres, also lange vor dem Eingreifen der jugoslawischen Volksarmee in den Konflikt zwischen den jugoslawischen Teil-Republiken, die „Österreichische Militärische Zeitschrift“ (Nr. 1/91, Seite 66) die Strategie der großdeutsch-katholischen Allianz von BRD, Österreich, Vatikan, kroatischer und slowenischer Regierung. Inzwischen werfen Blätter wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ bereits das nächste Ziel in Osteuropa auf: „Die Ehe zwischen Tschechen und Slowaken ist zerrüttet. Für den Erhalt des Bundesstaates besteht wenig Hoffnung“, wird am 14. II. der nächste Teilungsplan gegen die Staaten Osteuropas beschrieben.

Keineswegs sollen dabei aber neue, souveräne Staaten entstehen. Die Strategie des BRD-Imperialismus besteht vielmehr darin, in Osteuropa kleine, möglichst verfeindete und wirtschaftlich extrem abhängige Satellitenstaaten zu bilden, die zu einem gemeinsamen Wider-

stand gegen das Vordringen bundesdeutscher Konzerne nicht mehr in der Lage sind und auf den Status moderner Halbkolonien gedrückt werden sollen.

Außenminister Genscher bestätigte in der schon zitierten Bundestagsdebatte diese Strategie am Beispiel Jugoslawiens: „Meine Damen und Herren, zur deutschen Jugoslawienpolitik gehört auch, daß wir, gerade weil wir das Selbstbestimmungsrecht der Völker achten, nicht wollen, daß sich aus der Ausübung des Selbstbestimmungsrechts eine Renationalisierung der Politik in Europa ergibt und zu einer Balkanisie-

rung in Europa und auch in Jugoslawien selbst beiträgt. Deshalb ist es erforderlich, daß denjenigen Republiken, die jetzt ihre Unabhängigkeit suchen, aber auch denjenigen, die zusammenbleiben wollen, in der Europäischen Gemeinschaft durch Assoziierungsverträge ein Anker der Stabilität geboten wird...“

Die EG bzw. der großdeutsche Block aus BRD, dem Beitrittskandidaten Österreich und den mit BRD-Konzernen verbündeten als „Anker der Stabilität“ für einen halbkolonialen Osten, der deutschen „zivilisierten“ Konzern-Ausplunderung unterworfen ist — auf diesem Weg will die BRD wieder zur Hegemonialmacht in Europa aufsteigen. Noch freilich stellen sich nicht nur die Opfer, sondern auch andere imperialistische Mächte diesem Kurs entgegen.

Weder Frankreich noch Großbritannien sind bereit, die von der BRD angestrebte diplomatische Anerkennung Kroatiens und Sloweniens mitzuvollziehen, wohl wissend, daß damit unwiederbringlich der Schritt zur „Internationalisierung“ des Konflikts gemacht ist, den die BRD anstrebt, um mit Truppen intervenieren zu können. Dänemark, Belgien, Luxemburg und Portugal seien zu einer solchen Aktion schon bereit, meldet die „Welt“ am 14. II. Die USA dagegen sperren sich noch: Am 12. II. zitiert die „Welt“ den US-Botschafter in Belgrad, Washington bestehe immer noch darauf, „die Einheit des jugoslawischen Raumes“ zu erhalten.

Quellen: Bundestagsprotokoll vom 6. II.; FAZ, Die Welt, 8. II. bis 14. II. Österreichische Militärische Zeitschrift 1/91 — (rül)

Serbien für UNO-Truppen

Neue politische und militärische Lage durch Sieg in Vukovar

Mit dem Fall der Stadt Vukovar in Slawonien hat sich die militärische und politische Lage in Jugoslawien grundlegend gewandelt. Das kroatische Militär, das sich vollständig auf die Verteidigung der Stadt konzentriert hatte, ist nun geschlagen. Das wird Auswirkungen auf die militärischen Auseinandersetzungen in ganz Kroatien haben. Entweder werden die Kroaten nun versuchen, über Verhandlungen mit der Bundesarmee ihre militärischen Stellungen einigermaßen zu halten, oder, wie es sich in den letzten Tagen schon andeutete, nun vollständig den Einsatz auswärtiger Truppen anstreben. So hat der kroatische Präsident Tudjman die amerikanische Mittelmeerflotte zu Hilfe gerufen und der noch jugoslawische Staatspräsident Mesic (der aber die kroatischen Interessen vertritt) erst vor ein paar Tagen Truppen der italienischen Armee angefordert.

Die WEU hat jetzt schnell auf die Hilferufe ihrer Vasallen aus Kroatien reagiert. Unmittelbar nach Bekanntwerden der Kapitulation der kroatischen Truppen in Vukovar beschloß der WEU-Ministerrat die Entsendung von englischen, französischen und italienischen Kriegsschiffen in Richtung Jugoslawien. Gleichzeitig soll mit der Umzeichnung „humaner Korridor“ der Einsatz von Bodentruppen der WEU in Jugoslawien durchgesetzt werden.

Daß Bundesarmee und serbischer Regierung nun einem Einsatz von UNO-Truppen in Jugoslawien zugestimmt ha-

ben, ist in direktem Zusammenhang mit dem befürchteten Einsatz auswärtiger Truppen zu sehen. Da mit Sicherheit diese UNO-Kontingente sich aus Soldaten der Dritten Welt rekrutieren, anderes wird weder Belgrad noch die Bundesarmee hinnehmen, ist dies akzeptabler, als wenn irgendwelche WEU-Truppen in Jugoslawien stehen. Es zeigt sich ja auf den letzten UNO-Sitzungen, daß die Position der Imperialisten, insbesondere der BRD, nach weitestgehender Zerschlagung Jugoslawiens nicht mehrheitsfähig ist. Es war daher nicht unklug von Seiten Serbiens, sich auf die UNO zu stützen. Bei den sicher bald wieder beginnenden Verhandlungen über die Neuordnung Jugoslawiens ist dann mit mehr Unterstützung von Seiten der Dritten Welt zu rechnen.

Innerhalb des serbischen Lagers gibt es aber in jüngerer Zeit einige Widersprüche. So lehnt der Vertreter der Serben aus Krajina (liegt in Kroatien), Milan Babić, die EG-Vorschläge ab, die jedoch von der serbischen Regierung akzeptiert worden sind. Er deutete auch an, daß er trotz des Drucks, der aus Belgrad kommt, bei seiner Position bleibe, die laute: keine Zustimmung zu irgendwelchem Autonomiestatus innerhalb Kroatiens, sondern Anschluß an Serbien. Widersprüche scheint es auch zwischen Serben und der Bundesarmee zu geben. Die serbischen Regierung hat jetzt beschlossen, ein eigenes Berufsheer aufzubauen. Die Bildung eigener Armeen in den Republiken ist von Ser-

bien bisher immer abgelehnt worden.

In nachfolgender Dokumentation soll nun ein Überblick über die verschiedenen Positionen im serbischen Lager geben werden. Es handelt sich dabei um ein Spektrum, das von bürgerlich-modern (Erklärung der serbischen Nationalversammlung) bis hin ins äußerste rechte Lager reicht. Die schärfste Position nimmt hier die SPO ein. Sie ist streng monarchistisch ausgerichtet und steht in enger Verbindung mit den Četnik-Verbänden in Kroatien.

Es stellt sich, bei Betrachtung der Dokumente, natürlich die Frage, warum starke Kräfte in der EG, vor allem aus dem deutsch-österreichischen Lager, so vehement gegen Serbien Front machen. Gerade die Erklärung der serbischen Nationalversammlung (Freiheit des Unternehmertums, Prinzip Marktwirtschaft) spricht ja dem dauernd wiederholten Vorwurf eines serbischen Bolschewismus Hohn. Eher scheint der Punkt 8. eine Erklärung anzudeuten. Die Nationalversammlung beharrt hier auf den Prinzipien der Souveränität, des Nichtangriffs und der Nichteinmischung in die innere Angelegenheiten anderer Staaten. Es sind dies die Grundprinzipien der Blockfreienbewegung, die die Imperialisten schon seit Jahrzehnten zu wilder Hetze gegen die Unabhängigkeitsbewegungen veranlassen. Daher könnte es also sein, daß eine auf starke nationale Souveränität pochende serbische Bourgeoisie den Interessen eines Teils der EG-Imperialisten (deutsch-österreichischer Block) zuwiderläuft, die eher einen Zustand halbkolonialer Staaten auf dem Balkan bevorzugt. — (hav)

Auszüge aus einer Erklärung der serbischen Nationalversammlung vom 10. 10. 1991

7. Der gemeinsame Staat aller Völker und Republiken muß als freiheitlich bestimmter begründet sein in den Prinzipien, die grundlegend verkörpert sind in der Vorschrift des Gesetzes, in umfassenden zivilen und politischen Freiheiten, in gegenseitiger Respektierung individueller und gesellschaftlicher Interessen, in Marktwirtschaft und in voller Freiheit des Unternehmertums.

8. Während die Nationalversammlung diese Ansichten zur Lösung der jugoslawischen Krise und ihren Entwurf für einen zukünftigen gemeinsamen Staat auf diesen Gebieten darlegt, sucht sie stabile Beziehungen des Friedens und der Zusammenarbeit zwischen Nachbarn und mit der gesamten internationalen Gemeinschaft herzustellen, basierend auf der vollständigen Achtung der Prinzipien der Souveränität, des Nichtangriffs, der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten, und betont gleichzeitig die große Verantwortung aller Mitglieder der internationalen Gemeinschaft für die Erhaltung des Friedens auf dem Balkan und in Europa.

Quelle: Serbia 2/91 vom 25. 10. 1991, Zeitung des serbischen Informationministeriums

Auszug aus einem Interview mit dem serbischen Verteidigungsminister, General Tomislav Simović, über die Rolle der Jugoslawischen Volksarmee (JVA) in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen

„Dies ist ein Krieg zwischen Kroatien und Jugoslawien, ausgefochten durch die serbische Bevölkerung auf dem Ter-

Dokumentiert: Serbische Positionen im jugoslawischen Konflikt

gen Jugoslawien zu verbleiben.“

Quelle: a.a.O.

Auszug aus einem Interview mit Vuk Drašković, dem Vorsitzenden der serbischen Erneuerungsbewegung (SPO), mit der Redaktion von Globus, veröffentlicht in der kroatischen Zeitung Globus von 19. 7. 1991

„Eine Idee, der ich noch vor zwei Monaten Chancen gab, ist leider jetzt definitiv vom Tisch. Die ursprüngliche Idee der SPO ... war die Kantonierung Jugoslawiens. Wir gingen davon aus, daß die Grenzen zwischen den Republiken, die aber keine Staatsgrenzen sind und nicht den Charakter von international anerkannten Staatsgrenzen bekommen sollen, bestehen bleiben. Innerhalb der Republiken hätten durch Regionalisierung autonome Provinzen, Kantone geschaffen werden sollen — man sollte den nationalen Ansprüchen aller genügen ... Nun kann davon aber keine Rede mehr sein. Jugoslawien ist in Slowenien getötet worden. ... Jetzt können wir nur noch von einer sehr losen, konföderalen, monetären und ökonomischen Union zwischen einem Teil des jetzigen Jugoslawiens auf der einen und Kroatien und Slowenien auf der anderen Seite ausgehen. Zuvor muß man neue Grenzen zwischen Kroatien und Serbien und Kroatien und Bosnien-Herzegowina ziehen.“

Frage: Und wie sollen die nach ihrer Vorstellung aussehen?

Antwort: (Er legt eine ethnische Landkarte auf den Tisch) „Wir meinen, daß es nötig ist, daß das ganze Baranja, ungeachtet der ethnischen Zugehörigkeit der Bevölkerung an Serbien gehen soll, weil Baranja in der Zeit der Gründung

Jugoslawiens 1918 zum Königreich Serbien gehörte. (Baranja ist ein fruchtbares Hügelland zwischen der Donau und der unteren Drau, von dem der größte Teil zu Ungarn gehört und der Südzipfel Kroatiens — die Hauptstadt ist Osijek, die Bevölkerung mehrheitlich kroatisch und ungarisch.) Jedenfalls der Südteil davon, wo die Bevölkerung mehrheitlich serbisch ist, soll an Serbien angegeschlossen werden.“ (Danach erklärt Drašković, wie die ostwestlichen Grenzgebiete von Bosnien-Herzegowina an Kroatien angeschlossen werden sollen sowie unbedeutende Teile von Herzegovina, wo mehrheitlich Kroaten leben. Das Ganze läuft anderseits darauf hinaus, daß Teile Kroatiens, da, wo mehrheitlich Serben leben, aber auch da, wo das nicht der Fall ist, mit Bosnien vereinigt werden — und zwar sowohl in der unmittelbaren Nähe von Zagreb als auch im dalmatinischen Hinterland). „Das wäre der Staat der Serben und Moslems mit Zugang zum Meer.“

Frage: Die Moslems wären sicherlich nicht dafür.

Antwort: „Aber sie verlieren damit nichts ...“

Frage: Machen wir es kurz: Das, was sie vorschlagen, führt in ein unvorstellbares Gemetzel.

Antwort: „Ich sehe keine anderen Lösungen. ... Ihr (er meint die Kroaten, d. Red.) habt mit der Auf trennung Jugoslawiens angefangen. Jetzt muß man die Konsequenzen ziehen. Wer vernünftig ist, wird meinem Vorschlag annehmen. Wenn ihr nicht zustimmt, dann werdet ihr alles verlieren.“

Frage: Die Mazedonier werden gegen euch kämpfen, die Albaner, die Moslems und die Kroaten auch. Die Ungarn bedrohen ihr auch.

Antwort: „Zu einem Krieg dieses Ausmaßes kann es nicht kommen ... Der Krieg wird wie eine Schauer, wie eine sommerliche Wolkenbruch sein. Europa wird nicht zulassen, daß das ganze Land, der ganze Balkan in Flammen steht. Ich hoffe auf eine Patronat Europas, auch wenn das erniedrigend ist.“

Auszüge aus einem Interview mit dem Vorsitzenden der Serbisch Demokratischen Partei (SDS) in Kroatien, Jovan Rasković

„Wäre das neue Kroatien ein wirklich demokratischer Staat geworden, ein ziviles Gemeinwesen freier Individuen, dann hätten wir lediglich eine kulturelle Autonomie angestrebt.“ Wäre Kroatien ein „Staat des kroatischen Volkes“ geworden, in dem eine Volksgruppe die Souveränität allein beansprucht, so hätten die Serben eine „politische und territoriale Autonomie innerhalb Kroatiens“ angestrebt. Kroatien habe sich aber zum „Militarismus, Nationalismus, Antisemitismus hin entwickelt — und in diesem Staat können wir nicht leben.“

Als einzige Alternative sieht Rasković „eine Veränderung des Regimes in Kroatien und die Demokratisierung des politischen Lebens. Das kroatische Volk muß begreifen, daß es seine Verbündeten nicht unter den Albanern, Österreichern und Deutschen suchen und finden kann, sondern daß beim Aufbau einer Demokratie der einzige wahre Verbündete nur das serbische Volk in Kroatien sein kann. Jede andere Kombination führt zu Blutvergießen. ... Da gibt es nichts anderes als das Auslöschen des kroatischen Regimes unter Franjo Tuđman.“ Es gebe keine Chance zum friedlichen Zusammenleben, „solange die politische Struktur Kroatiens so ist wie sie ist.“

Quelle: Frankfurter Rundschau vom 19. 9. 1991

Internationale Umschau

Am 30. September 1991 traten Miguel Colina, Guillermo Rodriguez, Juan Ordóñez und Ramón Casanellas (das Foto wurde am 13.11. in einem Krankenhaus in Santiago aufgenommen), politische Gefangene in Chile, in einen Hungerstreik. Stellvertretend für alle, die noch — seit der Militärdiktatur Pinochets — hinter Gittern sind, wollten sie ein Signal für die Freilassung aller politischen Gefangenen setzen. Von den im März insgesamt noch 380 politischen Gefangenen sind noch knapp 100 in den Kernen. Nach 45 Tagen brachen die vier Gefangenen am 13.11. ihren Hungerstreik ab: „Der Kampf für die Freilassung aller politischen Gefangenen (muß) nun von der Öffentlichkeit geführt werden.“ Einen Tag zuvor fand in Santiago eine große Demonstration für die Gefangenen statt, zu der mehrere Menschenrechtsorganisationen aufgerufen hatten. In ihrem Verlauf wurden 258 Menschen festgenommen. — (jeh)

Streikende in Honduras ringen US-Konzern Zugeständnisse ab

Nach fast einem Monat Streik in dem kanadischen Bergbauunternehmen American Pacific (AP) haben die Streikenden durchgesetzt, daß die angekündigten Entlassungen vorerst zurückgezogen werden. Am 7. Oktober kündigte AP die Entlassung von 88 Arbeitern und Arbeitern an, die zuvor gegen Entlassungen protestiert und für das Recht auf Gründung einer eigenen, unabhängigen Gewerkschaft und für gleichen Lohn für gleiche Arbeit gekämpft hatten. Die Proteste und der Streik wurden auch weitergeführt, nachdem die Armee auf Seiten von AP in die Auseinandersetzung eingegriffen hatte. Schließlich rief die nationale Gewerkschaftsvereinigung für den 7. November zum Generalstreik auf. Einen Tag vorher gab AP nach. (Quelle: POONAL Nr. 20/91) — (uld)

Guatemala: Widerstandsdörfer schließen sich zusammen

Vor zehn Jahren vertrieb die guatemaltekische Armee mit Boden- und Luftangriffen die Bewohner von drei Kooperativen im Norden des Petén, um die kollektiven Wirtschaftsformen zu vernichten. Die Flüchtlinge versteckten sich seitdem in den Wäldern des Petén. In diesem Jahr versuchte die Armee mit einem erneuten Angriff, die Flüchtlinge zu vernichten. Die Vertriebenen kündigen an, daß sie nun die „Volksgemeinschaft im Widerstand im Petén“ (CPRP) gegründet haben, die für das Recht auf Rückkehr in die Dörfer kämpft. Quelle: POONAL 20/91 — (uld)

Madhya Pradesh: Ermordung eines Revolutionärs

Shankar Guha Niyogi, Gründer der Chhattisgarh Mukti Morcha (CMM), einer revolutionären indischen Bauern- und Arbeiterorganisation, wurde am 28.9.91 in seinem Haus erschossen. „... Er war ein unbekannter Kämpfer für die Unterdrückten der Region Chhattisgarh, eindeutig durch angeworbene Killer von Industriellen ... ermordet ... In den letzten Monaten wurde er mehrere Male durch die Regierung des Unionsstaates Madhya Pradesh mit finanzierten Anklagen inhaftiert. Arbeiterorganisationen bei der wachsenden Zahl von Beschäftigten in Chhattisgarh sollten unter Polizei- und -terror leben. ... Chhattisgarh ist eines der am stärksten wachsenden Industriezentren in einer sonst sehr rückständigen Region. Aber der Charakter der Industriellen ist derart feudalisch, daß sie nicht einmal die offiziell festgelegten Minimallöhne an ihre Beschäftigten zahlen. Die CMM, die Niyogi vor 20 Jahren gründete ... steht jetzt als Symbol seiner Achtung für die armen Stammesbewohner, die in dem bergigen Terrain von Chhattisgarh leben. Trotz der weitgehenden Stagnation der Gewerkschaftsbewegung half Niyogi den Arbeitern, eine kraftvolle Bewegung zu entwickeln, die es verstand, die Interessen der abhängigen Arbeiter mit denen anderer Teile der leidenden Bevölkerung zu verbinden.“

Quelle: Frontier, Kalkutta, 5.10.91 — (cog)

Patriotische Vereinigte Front zu Verhandlungen

Viele Kräfte des Befreiungskampfes in Azania/Südafrika haben sich mit den Befreiungsbewegungen ANC und PAC in der Patriotischen Vereinigten Front zusammengeschlossen, die vom 25. bis 27. Oktober eine Konferenz in Durban durchführte. Die Konferenz beschloß folgende Erklärung über das gemeinsame Vorgehen gegenüber dem Minderheitenregime: „1. Übergabe der Macht: Die Übergabe der Macht vom Minderregime an das Volk ist das Hauptziel unseres Kampfes. In Verfolgung dieses Ziels muß so früh wie möglich eine Allparteienkonferenz/Vorkonstitutionelle Versammlung (ACP/PCAM) einberufen werden. 2. Zweck der ACP/PCAM: Der Zweck ACP/PCAM soll sein, die Modalitäten der Übergabe der Macht an das Volk auszuarbeiten. Diese Modalitäten müssen die Errichtung einer gewählten Verfassunggebenden Versammlung zum Zentrum haben, gewählt auf der Basis „Ein Mensch, eine Stimme“ von allen Wahlberechtigten, in den Wahllisten eingetragenen Wählern, die Prinzipien der Verfassung auf Grundlage des Rahmens, der in den UNO/OAU-Erläuterungen umrisse ist, die Rückintegration der Bantustans und einen definitiven Zeitrahmen. 3. Einberufung: 3.1 Die ACP/PCAM muß einberufen werden durch einen unabhängigen und neutralen Einlader und nicht durch das Regime. PAC und ANC müssen über einen akzeptablen Einlader Übereinkunft erzielen. 3.2 In den nächsten Wochen soll ein Treffen mit dem Regime und anderen interessierten Parteien durchgeführt werden, um Zeitpunkt, Ort und Einlader für ACP/PCAM zu beraten. 4. Prozeß der Annäherung: 4.1 Bei Gegenständen, bei denen Übereinstimmung bei diesem oder künftigen Treffen der Patriotischen/Vereinigten Front herrscht, werden Aktionen und Positionen bekräftigt durch das Prinzip der Einheit in der Aktion und der Einheit im Ziel als eine Front. Bei Gegenständen, in denen kein Konsens gefunden werden konnte, werden die Bemühungen, gemeinsamen Boden zu finden, fortgesetzt. Sollte kein Konsens erreicht werden, können die Organisationen unabhängig agieren. 4.2. Die Patriotische/Vereinigte Front soll nach sechs Monaten erneut zusammengeufen werden mit dem Zweck der Berichterstattung, weiterer Konsultationen und gemeinsamer Planung.“ — (uld)

Wahl in Wien: Erdrutschsieg für faschistoider FPÖ

Triumph der FPÖ bei den Kommunalwahlen in Wien am 10. November: die Partei, in der unter Führung des Kärntner Landeshauptmanns Haider eine faschistoid-deutsch-nationale Fraktion den Ton angibt, wurde mit 22,6 % (+12,9 %) zweitstärkste Partei. Die SPÖ, die das „rote Wien“ seit Jahrzehnten allein regiert, mußte mit einem Ergebnis von 47,7 % (-7,2 %) erheblich Federn lassen. Die eigentliche Verliererin jedoch ist die konservative ÖVP, die von 28,4 auf 18,1 % regelrecht abstürzte. Die Nationalliberalen sind künftig mit 23 Abgeordneten im Gemeinderat vertreten, der im Wiener Stadtstaat gleichzeitig als Landtag gilt; aufgrund des geltenden (Mehrheits)-Wahlrechts wird die Stadt vermutlich auch weiter von der SPÖ und ihrem Bürgermeister Zilk allein regiert. Erstmals im Gemeinderat vertreten ist die „Grüne Alternative“, die es auf 9 % brachte. Die KPÖ erzielte 1,6 % (-1 %). Der erneute Wahlerfolg der FPÖ ist umso bedeutender, als er nur wenige Monate nach Haiders Äußerung erfolgte, in Nazideutschland habe es eine „ordentliche Beschäftigungspolitik“ gegeben. Viele hatten damals gehofft, er sei damit zu weit gegangen. Der Wahlkampf der rechtsextremen Partei war ganz auf das gegenwärtige Erfolgsrezept der Faschisten zugeschnitten: hemmungslose Ausländerhetze. Die Presse hat sich beeilt, Haiders Erfolg der Arbeiterbevölkerung anzuhängen. Obwohl sie zweifellos auch Stimmen aus der Facharbeiterenschaft erhielt: der FPÖ-Sieg geht in erster Linie auf Kosten der ÖVP. Offenbar findet innerhalb der besitzenden Klassen und der Mittelklasse eine starke Umgruppierung nach rechts statt. Die ist umso beunruhigender, als sie deutsch-national daherkommt und auf den Trümmern des realen Sozialismus in Südosteuropa alte Balkanräume nährt. — (jüg)

Türkei stiftet Unruhe: Aserbeidschan wird anerkannt

Die Türkei hat als erster Staat Aserbeidschan diplomatisch anerkannt. Dies beschloß die türkische Regierung unter Ministerpräsident Yilmaz am 9.11. Zu vor hatten rund 10000 Leute aus der autonomen Republik Nachitschewan (Aserbeidschan) am 29.10. die Grenze zur Türkei über einen neuen Grenzübergang überquert, um in der Provinz Kars in der Ortschaft Aralik den türkischen Nationalfeiertag zu feiern. Sie kehrten am 30.10. nach Aserbeidschan zurück. Diese Grenzüberschreitung ist von der Türkei propagandistisch betrieben worden. Zusammen mit der Anerkennung Aserbeidschans ließ die türkische Regierung unter Ministerpräsident Yilmaz verlauten, sie beabsichtige, Konsulate in Armenien sowie allen anderen sowjetischen Republiken einzurichten. — (rub)



Zu einem noch härteren Vorgehen gegen die baskische Befreiungsorganisation ETA haben reaktionäre Zeitungen und Parteien die französische Regierung aufgefordert. Der Vorsitzende der reaktionären „Volkspartei“ reiste nach Frankreich und beriet mit französischen Politikern der Rechten neue Verfolgungsmaßnahmen gegen ETA. Zugleich beschuldigte der spanische Regierungssekretär „für Sicherheitsfragen“, Vera, die baskische Partei „Herri Batasuna“, die den Unabhängigkeitskampf unterstützt, sie steuerte die Aktionen der ETA: Signal für eine geplante Verhaftungswelle auch gegen Funktionäre von Herri Batasuna. — (rül)

Krankheit kommt teuer**Haushalt- und Finanzdiskussion in Italien**

Den Druck, den die Vorbereitung der EG-Währungsunion ausübt, bekommt die italienische Bevölkerung zu spüren. Anfang letzter Woche hatte der italienische Schatzminister Carli seinen EG-Finanzministerkollegen den Plan der Regierung vorgelegt, wie Italien bis 1994 die Vorgaben der EG erreichen will: Verringerung des Haushaltssdefizits, Stabilisierung und Verringerung der Staatsschuld. Senkung der Inflation von jetzt 6,3 % auf 3,5 %. Die EG-Ministerrunde hat diese Ziele als ersten Schritt zur Kenntnis genommen, dem weitere Maßnahmen folgen müßten. Eine erste Probe aufs Exempel sei der Staatshaushalt 1992, der namentlich eine restriktive Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst bringen müsse.

Mit dieser Stellungnahme aus der EG im Rücken, die ihre Politik zugleich unterstützt und mit Kritik anstachelt, brachte die italienische Regierung ihre Haushalt- und Finanzgesetzsentwürfe im Senat ein. Bis letzten Sonntag sollten sie alle unter Dach und Fach gebracht werden. Schon zur Mitte der Woche war einer der zentralen Punkte, das Gesetz über die Selbstbeteiligung bei Krankheitskosten, mehrheitlich beschlossen worden. Die schon vorher hohe Selbstbeteiligung steigt weiter. Für Arzneimittel müssen bisher 40% ihres Preises selber bezahlt werden bei einer Obergrenze von 40000 Lire (ca. 53 DM). Quelle: L'Unità, 14. II. 91 — (rok)

Nach dem neuen Gesetz müssen nun 50% des Preises bei einer Obergrenze von 50000 Lire (ca. 67 DM) bezahlt werden. Ausgenommen sind wie bisher lediglich sogenannte lebensrettende Medikamente. Ein zusätzlicher Festbetrag auf jedes einzelne Medikament von bisher 1500 Lire (ca. 2 DM) wird auf 3000 Lire verdoppelt. Für die Beschreibung aller anderen medizinischen Leistungen mit Ausnahme der Einlieferung ins Krankenhaus wird ein solcher Festbetrag von 3000 Lire neu eingeführt. Die Selbstbeteiligung an Untersuchungen, Analysen, Röntgenaufnahmen u.a. wird von bisher 40% auf 50% die Eigenbeteiligung an Therapien von 30 auf 50 % erhöht. Nach einer Untersuchung des Internationalen Instituts für Studien und Gesundheitsinformation (ISIS) ist damit Italien unter den sieben führenden Industrieländern bei der Eigenbeteiligung an die erste Stelle gerückt.

Auf eine Lohnsenkung zwecks Sanierung des „Unternehmens Italien“ zielt auch nach wie vor der Industriellenverband Confindustria. In den seit Juni laufenden Verhandlungen über „Arbeitskosten“ verlangt er immer schärfer die völlige Abschaffung des Teuerungsausgleichs Scala mobile und spielt dabei auf Zeit. Zum Jahresende läuft die gesetzliche Regelung der Scala mobile aus.

Quelle: L'Unità, 14. II. 91 — (rok)

Pakistan: Massive Privatisierung**Nahrungsmittelzuteilungen an Arme werden stark gekürzt**

Die Koalitionsregierung des Premierministers Mian Nawaz Sharif regiert jetzt ein Jahr. Sechs Monate lang hatte sich die PPP der ehemaligen Ministerpräsidentin Bhutto von den Parlamentssitzungen ferngehalten, um gegen die putschartige Absetzung im Oktober 1990 zu protestieren. Vorausgegangen war ein massiver Korruptionsskandal.

Am 16. Juni verabschiedete die Nationalversammlung das Staatsbudget 1991/92, das ein Rekorddefizit veranschlagt (24,5 Mrd. Rupies). 6 Mrd. Rs sollen durch Steuererhöhungen ausgeglichen werden. Allerdings wurden die Höchststeuersätze für private Steuerzahler und Unternehmen um jeweils 10 % gesenkt. Die Sozialausgaben wurden um rund die Hälfte gekürzt. Einschränkungen vor allem in den Bereichen Bildung, ländliche Entwicklung und Sozialgesetzgebung sind festgeschrieben. Härtester Einschnitt bedeutet der fast komplett Wegfall der Zuteilung von Nahrungsmitteln an Bedürftige. Finanzminister Aziz wies die Hauptkreditgeber Pakistans darauf hin, daß die Verteidigungsausgaben nicht wesentlich überschritten würden.

Beschränkungen für den Import von Industrieholstoffen und technischen Gütern

wird es nicht mehr geben. Verstaatlichte Industrieunternehmen und Banken sollen repräsentiert werden, der bislang kontrollierte Devisenhandel ist freigegeben. Pakistanische fernöstliche Blätter sind irritiert über die „Hast“ des „Ausverkaufs“. „Der Kernpunkt der wirtschaftlichen Plattform des Premiers ist ein Plan, 115 staatseigene Betriebe so schnell wie möglich zu verkaufen.“ In einem Interview in derselben Zeitung visierte Sharif das Ziel an, 50 bis 70 Betriebe bis Jahresende verkauft zu haben. Die ganze Haushaltplanung sei darauf aufgebaut.

Am 18.7.91, zwei Tage nach der Verabschiedung des Budgets, wurde der 12. Verfassungszusatz verabschiedet, der der Regierung „zur Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität“ umfangreiche Sondervollmachten gibt. Die Polizei erhält ebenso wie paramilitärische Einheiten erweiterte Vollmachten vor allem in jenen Teilen des Landes, die zu „terrorist affected areas“ deklariert werden. Sie haben das Recht, Personen ohne Anklage zu inhaftieren und Bürgerrechte außer Kraft zu setzen.

Quellen: Far Eastern Economic Review, 29.8.91; Archiv der Gegenwart, 22.4. und 18.8.91. — (cog)

USA: Krankenversicherungskrise**37 Mio. Menschen sind ohne Krankenversicherungsschutz**

Die Krise der medizinischen Versorgung der US-Bevölkerung kann nicht mehr überstanden werden. Seit dem unerwarteten Wahlsieg des relativ unbekannten Kandidaten der Demokratischen Partei, Harris Wofford, über Dick Thornburgh, den wohlbekannten ehemaligen Gouverneur von Pennsylvania, vormaligen Generalbundesanwalt und Bush-Vertrauten, als Pennsylvanias Senator, schließen die diversen Pläne für eine nationale Krankenversicherung alliiert aus dem Boden. Wofford hatte den mangelnden Zugang zu medizinischer Versorgung für Millionen US-Bürger ohne Krankenversicherung zum zentralen Thema seines Wahlkampfs gemacht.

37 Millionen Menschen in den USA haben keine Krankenversicherung, darunter viele, die in kleinen Unternehmen arbeiten. Aber auch diejenigen, die durch ihren Arbeitgeber versichert sind, sind nicht unbedingt abgesichert. Eine Untersuchung im Jahre 1990 ergab, daß 73 % der großen Unternehmen und 44 % der Betriebe mit weniger als 1000 Beschäftigten selbst-versichert sind. Sie haben es dann in der Hand, Versicherungsleistungen für bestimmte Krankheiten, z.B. AIDS, zu begrenzen oder ganz auszuschließen. Präsident Bush

hatte geplant, dieses Thema bis nach den Präsidentschaftswahlen im November 1992 zu verschieben. Sein Gesundheitsminister hat noch keinen Plan ausgearbeitet. Die Dringlichkeit der Krise hat Bushs Plan, alle innenpolitischen Probleme zu übergehen und sich als der große weltpolitische Held zu präsentieren, zu Fall gebracht. Es mag gut sein, daß der Präsidentschaftswahlkampf um ökonomische und sozialpolitische Fragen geht und das, so wird spekuliert, konkurriert Bush den Sieg kosten.

Alle Bewerber der demokratischen Partei für das Präsidentenamt haben in Windeseile ihren jeweiligen Plan für eine umfassende Krankenversicherung vorgelegt. Die Republikaner drängten Bush, schnellstens etwas rauszubringen.

Eine Gruppe, die einige große Firmen und einige Gewerkschaften angehören, hat einen Plan vorgelegt, nach dem alle Firmen ihre Beschäftigten entweder privat versichern oder 7 % des Lohns an Pro-Health bezahlen und sie dort versichern. Die Beschäftigten müssen in diesem Fall 1,75 % ihres Lohns zuzahlen. Die Gewerkschaften bevorzugen das kanadische Modell mit einer einzigen nationalen Krankenversicherung, würden aber das andere Modell als Schritt dahin akzeptieren. — (ger. her)

Die Regierung Fujimori ist nun seit mehr als einem Jahr an der Macht, und die Polarisierung der peruanischen Gesellschaft ist noch stärker sichtbar. Es ist sich gezeigt, daß jenes berühmte „Phänomen Fujimori“ welches so viel Aufsehen und Aufmerksamkeit in dieser Zeit der imperialistischen Neuordnung erzeugt hat, bloß den Zerfall und das Ende des politischen Parteiensystems seiner zum Schein auf „repräsentativer Demokratie“ beruhenden Regierung markiert.

Fujimori und seine Regierung kamen ins Ruder, ohne ein Regierungsprogramm zu haben, so wie auch schon seine Vorgänger, und schon nach wenigen Monaten hat er alle seine Wahlversprechen gebrochen, hat sich der Großbourgeoisie und den Großgrundbesitzern verschrieben, dem US-Imperialismus ausgeliefert, das alles mit Unterstützung der Streitkräfte, er übertrifft an Schamlosigkeit sogar noch seine reaktionären Vorgänger. Das hat eine Verschärfung der Krise des parlamentarischen Systems zur Folge und den mehr oder weniger verdeckten Aufbau einer Diktatur.

Die Cholera, welche vor allem die Armen heimgesucht hat, ist nur eine von vielen Epidemien (TBC, Malaria, Lepra u.a.), die im Lande grassieren. — und da sind die sozialen Folgen der fortwährenden Ausbeutung. Die Seuche verbreitet sich unaufhaltsam in ganz Lateinamerika. Der Leiter des Panamerikanischen Gesundheitsbüros (OPS), Carlyle Guerra de Macedo, hat die Regierungen Lateinamerikas dazu aufgerufen, den Sozialausgaben in ihrem Budget den Vorrang zu geben, denn die Cholera ist eine Krankheit der Armut.

In nur sechs Monaten, von Januar bis Juli 1991, sind 251 568 Personen in ganz Amerika erkrankt und davon 2618 gestorben. Allein in Peru sind 89 % der Krankheitsfälle (223 564) registriert worden und 83 % der Todesfälle (2 163) — so erfährt man aus der „Erklärung von Lima“, einem Papier des IX. Nationalen Kongresses für Gesundheitswesen und Umwelt. Aber die offiziellen Zahlen müssen noch durch die vielen anonymen, nicht gemeldeten Fälle ergänzt werden. In den letzten Wochen hat die *Scache im nord-östlichen Teil des Urwaldgebietes (Iquitos)* verstärkt zugeschlagen, die Anzahl der neuen Cholera-Fälle ist hier zehnmal höher als an der Küste.

Was die Statistik nicht zeigt, ist die tägliche Tragödie von Millionen Familien, die Angst und Verzweiflung der Eltern, wenn sie ihren Kindern nichts auf den Tisch stellen können, die schrecklichen Auswirkungen der Krise auf den schwächsten und zerbrechlichsten Teil der Gesellschaft, auf die Kinder. Nach offiziellen Angaben sterben in Peru jährlich zur Zeit 90 000 Kinder unter 5 Jahren. Der größte Teil davon, 80 % sind aufgrund von akuten Magen-Darminfektionen und Erkrankungen der Atemwege zu verzeichnen. Krankheiten, die bei einer minimalen medizinischen Versorgung verhindert oder therapiert werden könnten. — und das bei Kosten von ein paar Dollar pro Kind (z.B. in Höhe einer Kinokarte und einer

Tasse Kaffee in einem europäischen Land). Viele der Kinder, die solche Krankheiten dennoch überleben, bleiben entweder körperlich oder psychisch geschädigt durch die chronische Mangel- bzw. Unterernährung. Die Verteidiger dieser ausbeuterischen Gesellschaftsordnung wollen die wahre Tragödie nicht sehen: im vergangenen Jahrzehnt, den 80er Jahren, sind in Peru über eine Million Kinder unter 5 Jahren gestorben — so viele Opfer hat der Krieg in Afghanistan gekostet, und es ist mehr als die Zahl der Toten im Golfkrieg. In Peru ist die Kindersterblichkeit doppelt so hoch wie in Ecuador und viermal so hoch wie in Chile, durchschnittlich 8 %. Im Andenhochland ist die Rate bedeutend höher.

Durch Fujimori hat sich die ohnehin katastrophale Situation noch verschärft. Er hat sich den Plänen des IWF völlig untergeordnet. Heute leben 70 % der peruanischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze, eine Situation, die in der Geschichte Perus noch nie dagewesen ist. Das sind die Kosten der „Wiedereingliederung in das internationale Finanzsystem“. Am 12. September ist mit dem IWF die Refinanzierung einer 1,7 Milliarden-Schuld verhandelt worden; und zwar ist dafür eine Unterstützergruppe, bestehend aus mehreren Ländern ernannt worden, welche die Finanzmittel folgendermaßen bereitstellen: die USA und Japan 400 Millionen US-\$, die BRD 135, Spanien 55, Kanada und die Gemeinschaft der Andenländer 40 Millionen US-\$ etc. Viele dieser Länder, die sonst so streng und anspruchsvoll sind in Bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte, fördern und unterstützen damit eigentlich eine der reaktionärsten Regierungen überhaupt. In den letzten Jahren hat Peru den traurigen Weltrekord im Verschwindenlassen von Verhafteten erreicht und gehalten. Seit dem Regierungsantritt Fujimoris sind ca. 4000 Menschen getötet worden; in nur einer Provinz (Huancavelica) sind ca. 300 Personen nach ihrer Verhaftung durch Armee und Polizei „verschwunden“. Amnesty International hat mehr als 150 solcher Fälle gemeldet und daraufhin ein Protestschreiben an die US-Regierung geschickt, in dem sie die Unterstützung der peruanischen Regierung seitens der USA im Rahmen des Abkommens zur Drogenbekämpfung (Mai 1991) verurteilt.

Das Abkommen, welches am 14. November in Kraft tritt, hat eine heftige und langanhaltende Auseinandersetzung im nordamerikanischen Parlament herbeigeführt, und das vor allem, weil die Verbrechen der peruanischen Streitkräfte inzwischen allbekannt sind und eine Intervention für die USA somit beträchtliche Risiken einschließt. Die sichtbare „Hilfe“ beträgt ca. 200 Millionen US-\$

für militärische Zwecke, außerdem gibt es aber noch eine Reihe von Nebenverträgen, die nicht öffentlich sind. Aber auch in den Teilen des Abkommens, die der Öffentlichkeit zugänglich sind, wird immer deutlicher vom „Kampf gegen Drogenhandel und Subversion“ gesprochen.

Die Ratifizierung des Abkommens hat Fujimori eigenmächtig beschlossen und das Parlament übergangen; auch bei der Umsetzung der Verträge hat weder das peruanische Parlament noch eine andere Institution irgendwelche Kontrollmöglichkeiten. Das peruanische Parlament erfährt oft erst aus den Medien den genauen Wortlaut der abgeschlossenen Verträge. Nur als der US-Senat wegen kontinuierlicher Menschenrechtsverletzungen mit der Einstellung der „Hilfe“ gedroht hat, rief Fujimori eiligst die rechten Parteien sowie die der parlamentarischen „Linken“ zu öffentlichen Diskussionen zusammen und versicherte sich der ideologischen, politischen und auch organisatorischen Unterstützung der katholischen Kirche. Die Situation ist dermaßen grotesk und die Regierung derartig reaktionär, daß selbst die rechtsgerichtete, konservative Presse folgendes veröffentlicht: „... Fujimori behauptet, daß die terroristischen Gruppen Rückschläge erlitten haben, die sie in ihr Anfangsstadium zurückversetzt haben. Aber was wir alle Tag für Tag beobachten und erleben ist, daß die Subversion an allen Fronten voranschreitet. (...) Wenn auch viele Peruaner das Eingreifen der Armee an den Universitäten unterstützt haben, so ist das an sich noch kein Triumph. Im Gegenteil, es zeigt die Schwäche des Staates und die Notwendigkeit, an die letzte Verteidigungslinie zu appellieren: die Streitkräfte. Die Tatsache, daß die Armee Aufgaben der Polizei, des Gesundheitswesens sowie verschiedener öffentlicher Ämter übernehmen muß, so wie es im Armenviertel Raucana zuletzt der Fall war, (Raucana wurde von der Armee eingenommen), ist ein deutsches Zeichen für die Schwäche des Staates. Es ist offensichtlich, daß die Streitkräfte nicht ewig Feuerwehr für alle aufflammbaren sozialen (oder anderen) Konflikte spielen können. Alles in allem trägt daher die Sturheit des Präsidenten in Bezug auf das Thema, welches Unternehmer und Bevölkerung so sehr beschäftigt, überhaupt nicht zu einer Kurskorrektur der Regierung in Sachen Terrorismusbekämpfung bei.“ (Caretas, 30. 9. 91)

Tatsächlich schreitet der Volkskrieg in Peru unaufhaltsam fort und hat inzwischen die Etappe des Strategischen Gleichgewichts erreicht. Das hat zu einer starken politischen Polarisierung der Gesellschaft geführt. Die Polizei, die den Kampf gegen den Volkskrieg be-

reits verloren hat, befindet sich in totaler Auflösung und beschäftigt sich mit Überfällen, Skandalen und Verbrechen. Die Armee übernimmt immer mehr eine politische Rolle und steht außerhalb jeglicher Kontrolle seitens des Parlaments oder des Justizapparates. Die revisionistischen Parteien der parlamentarischen Linken sind ebenfalls in Auflösung begriffen; sie verlieren ihren ohnehin schon reduzierten Einfluß auf die eigene schrumpfende Basis ... Seitdem die Kommunistische Partei Perus die Organisation der Volksmassen in den Armenvierteln und Fabriken der großen Städte verstärkt hat und die Massen politisch und militärisch für den bewaffneten Aufstand als letzte Etappe des Volkskrieges vorbereitet, versuchen all diese sogenannten „Verteidiger der Demokratie“, Teile der Bevölkerung zu mobilisieren, sie zu bewaffnen und als reaktionäre Kampfgruppen dem Volkskrieg entgegenzustellen. Dabei spielt die Kirche eine wichtige, ja militante Rolle. Nachdem die Parteien politisch gescheitert sind, versucht nun die Kirche, sich als Teil der ideologischen und politischen Führung der Konterrevolution darzustellen, organisiert unter dem Deckmantel der Wohltätigkeit und Gemeindearbeit die Massen und gibt der Repression moralische Rückendeckung. Am 12. Oktober wurde der „Rat für den Frieden“ gegründet, geleitet vom Vorsitzenden der peruanischen Bischofskonferenz, Jose Dammert. Aus seiner Rede stammt folgende Behauptung:

„... den Kräften, die für die Erhaltung der Ordnung in unserem Vaterland zuständig sind und von denen man heute den Heldenmut verlangt, den in historisch wichtiger Stunde seinerzeit Grau und Bolognesi an den Tag legten (Helden des reaktionären peruanischen Heeres zur Zeit des Krieges mit Chile 1881, Anm. d. Übers.) muß eine politische Orientierung gegeben werden. Außerdem ist es notwendig, ihnen alle materiellen Bedingungen zu schaffen, damit sie ihre unentbehrlichen Aufgaben mit Würde erfüllen können“ ... das heißt: den Volkskrieg niederzuschlagen, die hunderttausende von Bauern und anderen Vertretern der Volksmassen, die ihn führen! Bischof Ricardo Durand, der die Kampagne der Regierung gegen die Menschenrechtsorganisationen unterstützt, wirft diesen Organisationen vor, sie seien „Instrumente des Terrorismus“, wenn er behauptet: „... ich bin mit dem Präsidenten einverstanden, (...) man muß dieser Verschwörung des Narco-Terrorismus die Maske herunterreißen. Diese machen viel Geschrei, wenn es um Betroffene aus den Reihen des terroristischen Lagers geht, aber sie sagen nichts, wenn diese Polizisten und Militärs ermorden ...“ Die Vertreter von Organisationen, die der peruanischen Kirche nahestehen oder den revisionistischen Parteien verbunden sind, haben die Politik der Regierung Fujimori zum Thema Menschenrechte übernommen und „verurteilen“ die Menschenrechtsverletzungen seitens der „Terroristen“, während sie den Massenmord der Streitkräfte an tausenden und abertausenden von Bauern und Bewohnern von kleinen Hochlandstädten rechtfertigen. Das ist nur eines der Mittel, um die internationale Öffentlichkeit zu beeinflussen und ihre Unterstützung für die militärische Intervention der USA zu gewinnen, die bereits in vollem Gange ist. — (AKM)

Staatsterror als letztes Mittel

In Peru hat die konterrevolutionäre Gewalt in den letzten Wochen auf eine Weise zugenommen, daß die gesamte peruanische Öffentlichkeit von den Ereignissen erschüttert war. Zuletzt sind am 3. November in einem alten Armenviertel von Lima 16 Menschen bei einem Grillfest getötet worden. Die Bewohner des Viertels hatten das Fest organisiert, um mit dem Erlös die Reparatur der Wasser- und Abwasserinstallationen ihrer bescheidenen Häuschen zu finanzieren. Die Mehrheit der Anwesenden stammten aus der Provinz, aus Ayacucho, und gehörten zu den aus dem Hochland abgewanderten, verarmten Bauern, die die Armenviertel der großen Städte zu hunderttausenden bevölkern. Wie die Presse berichtet (El País vom 10. II. 91) kamen die Mörder, ungefähr sieben bis zehn Personen, gegen Mitternacht in zwei Bereitschaftswagen mit Blaulicht, stürmten das kleine Lokal, drehten die Musik auf volle Lautstärke und

feuerten mit Maschinengewehren auf die Anwesenden. Nur ein paar Häuser weiter, in der Nachbarschaft, gibt es mehrere Polizeigebäude, aber die Polizei behauptet, nichts gehört oder gesehen zu haben. Zu der Aktion hat sich eine bisher unbekannte „Anti-Sendero Todesschwadron“ bekannt. Die Polizei und Sicherheitskräfte benutzen also paramilitärischen Terror gegen die unbewaffnete Bevölkerung als Repressalien und Rache für die ständigen Niederlagen, die sie durch die immer massivere und umfassendere Offensive des Volkskrieges, geführt von der Kommunistischen Partei Perus (PCP, Sendero Luminoso), erleiden müssen. Der Volkskrieg hat in der gegenwärtigen Etappe das strategische Gleichgewicht erreicht, und die maoistische PCP intensiviert zur Zeit ihre politische und militärische Arbeit unter den Arbeitern und verarmten Bevölkerungsschichten der Randviertel in Lima und anderen großen Städten. — (AKM)

Polen — Ergebnisse der Sejmwahlen

Bundesdeutsche Presse und westliche Investoren äußern sich ziemlich unzufrieden

Die Bevölkerung Polens hat also gewählt. Und wie zu erwarten war, falsch. Von „Polens Fehlstart in die Demokratie“ („Die Zeit“ vom 1. II. 1991) ist die Rede. Denn die Bevölkerung hat es nicht geschafft, klare Mehrheitsverhältnisse in ihrem Parlament zu schaffen, was doch so notwendig ist, wenn man ausländische Investoren nach Polen bekommen will. Wie unreif diese Bevölkerung ist, kann man auch an der niedrigen Wahlbeteiligung (42 %) sehen.

So oder ähnlich ist der Grundton der Kommentare über die Wahl in Polen. Zwar mischen sich hier und da noch Kritiken an die Parteien, die ohne klare Alternativen kandidierten, aber schließlich sind auch sie ein Produkt des polnischen Volkes. Und das ist eben nicht reif, wie es ja auch nicht anders zu erwarten war. Kämpfen ist die eine Sache, aber aufzubauen...

Dabei kann man es durchaus anders sehen. Die fast sechzigprozentige Wahlverweigerung zeigt eine große politische Reife eines bedeutenden Teils der Bevölkerung. Sie ist weder dem Klerus noch den verschiedensten Populisten und Nationalisten auf den Leim gegangen.

gen. Zwar ist von den Sitzen im Sejm her die polnische Rechte als Siegerin hervorgegangen, aber bei anderer Sichtweise ist es gerade sie, die verloren hat. Schließlich hat sie in allen ihren Schätzungen kandidiert. Vor allem die offen antisemitischen und fremdenfeindlichen Organisationen haben „keine Schnitte“ bekommen. Der vordergründige Erfolg der rechtsnationalistischen „Katholischen Aktion zur Wahl“ (WAK) ist nicht zuletzt auf die massive Propaganda von Teilen der katholischen Kirche zu ihren Gunsten zurückzuführen — und dennoch hat sie gerade mal 4 % aller Wahlberechtigten auf sich vereinigen können. Alle katholischen Gruppen zusammen einschließlich des sich als christdemokratisch verstehenden Bündnisses um die Zentrumsunion (POC) bekamen knapp 25 % der abgegebenen Stimmen, d.h. also nur ungefähr 10 % aller Wahlberechtigten, so daß sich die katholische Kirche als die zweite große Verliererin betrachten darf. Auch die zentristische Demokratische Union (UD) Mazowieckis oder die mit den rechten Wahlbündnissen POC und WAK örtliche Wahlbündnisse einge-

gangene Gewerkschaft „Solidarität“ gehören zu den Verliererinnen.

Die Ursache für die Nichtteilnahme liegt vor allem darin, daß die Gründe für die Wirtschaftskrise und die schlechten Entwicklungsaussichten Polens nicht diskutiert wurden. Großen Teilen der polnischen Bevölkerung ist es bewußt, daß die wirtschaftlichen Richtungsentwicklungen nicht in Warschau, sondern in Frankfurt am Main oder bei der Weltbank fallen. Deshalb glauben sie in der großen Mehrheit auch nicht daran, daß eine neue Regierung eine grundsätzlich andere Wirtschaftspolitik überhaupt machen kann. Die ständigen Blockaden für polnische Waren auf dem Markt der EG, die vielen nichtgehaltenen Versprechungen der westlichen Unternehmer, in Polen zu investieren usw. haben der Bevölkerung die Augen geöffnet. Der kapitalistische Westen hilft nur solange, solange es für ihn profitabel ist, sobald er Nachteile dadurch verspürt, unterläßt er es. Und insofern ist es auch klar, daß die für Westeuropa und einen moderaten Kapitalismus stehende Demokratische Union (UD), geschweige denn die sozialdemokratischen Organisationen SP

und RDS, keinen überzeugenden Wahlsieg landeten, obwohl sie viele beliebte und in den Augen vieler Menschen vertrauenswürdige Politiker und Politikerinnen in sich vereinigen.

Daraus zu schließen, daß sich plötzlich ein linkes Bewußtsein in Polen gebildet hat, wäre falsch. Die Bevölkerung Polens ist in dem Dilemma, daß sie einerseits die Marktwirtschaft will, aber andererseits auch die Erfüllung einer sozialen Aufgabe des Staates fordert (ZW 256 vom 31. 10./1. 11. 1991). Anfangs hofften breite Teile — auch der Arbeiterklasse und der Bauernschaft —, daß nach einer kurzen Phase der massiven Verschlechterung der Lebensbedingungen von ein, zwei Jahren eine Besserung sichtbar würde. Deshalb gab es auch eine so hohe gesellschaftliche Unterstützung für die Regierung Mazowiecki in den Jahren 1989/90 (ZW 266 vom 13. II. 1991). Sehr schnell wurde vor allem für große Teile der Arbeiterklasse und der Bauernschaft deutlich, daß eine schnelle Verbesserung ihrer Lebensbedingungen eine Illusion ist. Aufgrund ihrer Erfahrung wollen die meisten Menschen aber auch nicht das alte System. Deshalb hat der Wahlblock der Nachfolgeorganisation der PVAP, das Bündnis der Demokratischen Linken (SLD), bei allem Achtungserfolg als zweitstärkste Sejmfraktion, auch nur

12 % der abgegebenen Stimmen, d.h. knapp 6 % aller Wahlberechtigten erhalten.

Die Wahlergebnisse räumen aber auch mit einem alten Mythos bezüglich der Bevölkerung Polens auf. Es reicht nicht, an geschichtliche Traditionen und die Begriffe Kirche und Vaterland anzuknüpfen, und der Wahlerfolg ist gesichert. In Polen lebt keine dumpfe, unbildete Masse, sondern eine denkende, von ihren Erfahrungen ausgehende Bevölkerung. Das zeigte sich bereits in den Auseinandersetzungen um die Einführung des Religionsunterrichts an den Schulen und an der Abtreibungsdiskussion. Insofern ist das Abschneiden der Demokratischen Union als stärkste Fraktion ein gutes Zeichen, denn sie galt in den Augen der katholischen Kirche nicht als wählwürdig (Polityka vom 2. II. 1991), obwohl sie viele aktive Katholikinnen und Katholiken vereinigt. Die Menschen wollen reale Alternativen, werden die nicht geboten, gibt's keine Stimmen. Stattdessen wird man sich wieder auf der Straße treffen. Die Demonstrationen und Streiks der letzten Monate um die reale Verbesserung der Lebensbedingungen werden sich in der nächsten Zeit wiederholen, gleichgültig, ob eine national-konservative oder eine liberal-konservative Koalition die Regierung stellt. — (W.)

AIDS-Dienste nach massiven Protesten gerettet

Durch Streichung der Bonner Subventionen sollten bayerische AIDS-Dienste gekippt werden

Die Drohungen der Bayerischen Staatsregierung, die ambulanten AIDS-Dienste nicht weiterzufinanzieren und auch die Zuschüsse für die AIDS-Beratungsstellen zu kürzen, haben sich dank massiver Proteste nicht bewährt: Die Beratungsstellen und die ambulanten Dienste sind gerettet. Damit ist der Frei-

Wie die AIDS-Modellprojekte „Ambulante Pflege“ in Nürnberg und Augsburg wußte auch die Münchner AIDS-Hilfe e.V. seit vier Jahren, daß die Finanzierung ihres Ambulanten Dienstes im September 1991 ausläuft. Deshalb versuchte sie mit ihren Kooperationspartnern Arbeiterwohlfahrt, Caritas und Bayerisches Rotes Kreuz die Anschlußfinanzierung zu sichern. Während die Landeshauptstadt München bereits im Frühjahr diesen Jahres ihre Absicht zur Weiterfinanzierung signalisierte und inzwischen über die Verwaltung die beantragten 871 000 DM auf den Weg gebracht hat, gab zwar Sozialminister Dr. Gebhard Glück immer wie-

der öffentliche Absichtserklärungen, Zusagen jedoch nicht.

Erst im Juli fand dann endlich ein Gespräch im Sozialministerium statt, in dem die Finanzierung der Ambulanten Pflege durch Krankenkassen, Kommunen und Sozialministerium gesichert schien. Als sich die Träger jedoch im September mit den Kassen im Sozialministerium trafen, um eine spezielle Gebührenordnung zu besprechen, machte das Land wieder einen Rückzieher: Zusagen könnten vor Abschluß des Nachtragshaushalts im Dezember nicht gegeben werden.

Als die Träger einen Tag später aus der Presse erfuhren, daß nicht nur die

staat Bayern das erste Bundesland, das alle Bundespflegemodelle übernimmt. Bayern war 1987 durch den Maßnahmenkatalog des damaligen Kreisverwaltungsreferenten P. Gauweiler scharf gegen HIV-Infizierte vorgegangen. Noch heute steht der AIDS-Test im Mittelpunkt bayerischer AIDS-Bekämpfung.

Weiterfinanzierung der Ambulanten Dienste beim Land völlig ungeklärt sei, sondern man auch darüber nachdachte, die Zuschüsse für die Beratungsstellen zu kürzen, um dadurch den Etat für anonyme kostenlose HIV-Tests bei niedergelassenen Ärzten zu erhöhen, befürchtete man ein Aus für diese Projekte.

Die Münchner AIDS-Hilfe versuchte deshalb soviel Öffentlichkeit wie möglich herzustellen, protestierte gegen die geplanten Mittelkürzungen und forderte die Bayerische Staatsregierung entschieden dazu auf, AIDS-Dienste und Beratungsstellen weiterzufinanzieren und auszubauen. An Info-Ständen, in Beratungsstellen, Kliniken und Schwer-

punktpräxen unterschrieben diesen Protest in zehn Tagen über dreieinhunderttausend BürgerInnen. Der Solidaritätsfaktor, die Spontaneität öffentlicher Aktionen, die allgemeine Unterstützung und die Medienwirksamkeit waren enorm.

Zur Eröffnung der Münchner AIDS-Tage entrollten MitarbeiterInnen der AIDS-Hilfe Transparente, auf denen sie Beratung, Betreuung und Pflege forderten. ACT UP (AIDS Coalition To Unleash Power), eine Gruppe von Menschen mit HIV/AIDS, die spontane politische Aktionen durchführt, ließ ein fünfzehn Meter langes Transparent mit der Aufschrift „AIDS-Hilfe sichern“ vom Münchner Alten Peter.

Diese öffentlichen Aktionen führten zum Erfolg. Anfang Oktober stellte das Ministerkabinett im Entwurf des Nachtragshaushaltes ausreichende Mittel zur Verfügung. Das Bayerische Sozialministerium sagte deshalb eine Personalfinanzierung zu, die Kassen machen großzügige Zugeständnisse.

Daß Sozialminister Glück sich darüber beschwerte, einzelne Träger hätten während laufender aussichtsreicher Verhandlungen in der Öffentlichkeit den völlig falschen Eindruck erweckt, die AIDS-Projekte seien in Gefahr, spricht eher für den Erfolg dieser öffentlichen Aktionen, die seinem Ministerium den Rücken stärkte. In Bayern ist damit etwas erreicht, was bisher in keinem Bundesland gesichert ist: die Übernahme der Modell-Pflegeprojekte. Bayern ist eben für manche Überraschung gut. Man kann nur hoffen, daß diese Unterstützung der Selbsthilfe und ihrer Beratungs- und Pflegeprojekte ein Signal zu künftiger Bayerischer AIDS-Politik ist, welche die bisherige Linie von Zwangsmäßigkeiten und Testpropaganda ersetzt. Doch statt so viel Optimismus bleiben erst mal gemischte Gefühle.

— (thn. Münchner AIDS-Hilfe)

Der bayerische Maßnahmenkatalog muß weg!

Zwangsmäßigkeiten und Testpropaganda schüchtern ein und verhindern effektive Hilfe

Indem der Freistaat Bayern als erstes Bundesland die Übernahme der AIDS-Pflegeprojekte sichert, übernimmt er eine unerwartete Vorreiterrolle in der Bundesrepublik. Jetzt

wäre es endlich an der Zeit, die bisherige bayerische AIDS-Politik mit ihren Zwangsmäßigkeiten und ihrer Test-Propaganda zugunsten effektiver Hilfe aufzugeben.

Als 1983/84 die ersten Informationen über eine tödliche Schwulenkrankheit nach Deutschland kamen, befürchteten Münchner Schwule zu Recht eine neue Welle der Diskriminierung und gründeten die erste AIDS-Hilfe. Schnell wurde Dr. Peter Gauweiler mächtiger und einflußreicher Gegner. Als Kreisverwaltungsreferent der Landeshauptstadt wollte er die schwule Subkultur „zerstören“, als Staatssekretär des Innern versuchte er 1987, durch interne Verwaltungsrichtlinien zum Bundesseuchengesetz, den sog. Maßnahmenkatalog, das Horrorszenario zu verhindern, das sein Berater aus Schweden, der selbsternannte AIDS-Experte Dr. Michael Koch, zeichnete. Trotz bundesweiter Proteste war der Maßnahmenkatalog mit seinen Zwangsvorladungen, Zwangsberatungen und Zwangstests nicht zu verhindern, die „harte Linie bayerischer AIDS-Politik“ war geboren.

Inzwischen ist eine „Massendurchseuchung“ nicht eingetreten, der Maßnahmenkatalog bereits vier Jahre alt und außer Diskussion. Es sei gar nicht so schlimm gekommen wie befürchtet, der Maßnahmenkatalog würde gar nicht so

häufig angewandt, eigentlich ließe es sich ganz gut mit ihm leben — das ist eine oft geäußerte Meinung. Doch sie bleibt falsch. Der Maßnahmenkatalog verachtet Menschen und deren Lebensstile, indem er sie zu „Risikogruppen“ macht. Intravenöse DrogengebraucherInnen, AsylbewerberInnen, nicht-europäische AusländerInnen, Inhaftierte und Beamte werden zu einer Infektionsgefahr, die sie nicht sind.

Infektionsrisiken bestehen bei Risikoverhalten, gegen das man sich schützen kann: beim Geschlechtsverkehr Kondome benutzen, nicht in den Mund abspritzen und beim intravenösen Drogengebrauch keine Nadeln tauschen. Das ist eine einfache Präventionsbotschaft, die erst einmal öffentlich gemacht werden muß, um dann den/die einzelne/n bei seiner/ihrer Entscheidung, bisheriges Verhalten zu ändern, zu unterstützen.

Das Wissen um eine HIV-Infektion verändert nicht das Verhalten und eine Verhaltensänderung erfordert kein Wissen um den Immunstatus, wie das Politiker wie Innenstaatssekretär Dr. Beckstein oder Ärzte wie Dr. Kathke, der Leiter des Münchner Gesundheitsamtes, immer wieder behaupten. Dafür hat die

schwule Subkultur, die als erstes und am stärksten von AIDS betroffen war und ist, das beste Beispiel gegeben. Gerade durch die bestehende schwule Infrastruktur konnten Schwule sich sehr schnell über Infektionsrisiken informieren und durch Verhaltensänderung darauf reagieren. Die rückläufigen Infektionszahlen bei Schwulen machen dies offensichtlich.

Wäre der Maßnahmenkatalog wirklich so erfolgreich wie oft behauptet, dann widerspricht es seiner inneren Logik, daß ausgerechnet die Gruppe der Hauptbetroffenen, nämlich die Schwulen, darin überhaupt nicht genannt werden und von ihm nicht betroffen sind.

Doch das hat wohl weniger sachliche als historische Gründe. So äußerte Peter Gauweiler einmal bei einer Podiumsdiskussion, daß nur die schwule Geschichte mit KZ und Rosa Winkel, die Aufnahme in den Maßnahmenkatalog verhinderte. Während die Schwulen also auf fünfzehn Jahre Schwulenbewegung mit einer gewissen Lobby zurückgreifen konnten, waren AsylbewerberInnen, DrogengebraucherInnen und Prostituierte machtlos.

Auch wenn die Infektionszahlen bei

AsylbewerberInnen, AusländerInnen und Prostituierten es noch nicht einmal erlaubt hätten, von Hauptbetroffenengruppen zu sprechen, erzeugte der AIDS-politische Aktionismus gegen „Risikogruppen“ und die bayerische Testpropaganda bei der sog. Allgemeinbevölkerung eine Nicht-Betroffenheit und Scheinsicherheit, die im Sinne der Prävention nur als kontraproduktiv zu bezeichnen ist.

Dieser Mißerfolg des Maßnahmenkatalogs macht sich auch an den „Erfolgen“ seiner Durchführung fest: In der ersten Jahreshälfte 1991 waren bei 4.176 obligatorischen, regelmäßigen Tests von Prostituierten und Fixern vier positive Testergebnisse. Das sind 0,09 Prozent.

Im Zusammenhang mit Anträgen auf Aufenthalterlaubnis sind im selben Zeitraum 7.326 AusländerInnen getestet worden, davon waren sechs positiv. Das sind 0,08 Prozent.

Von den 328 Personen, die im Rahmen von Ermittlungen der Gesundheitsärzte in dieser Zeit erstmals vorgeladen und getestet wurden, waren fünf HIV-positiv. Das sind 1,52 Prozent.

Von den getesteten Beamtenanwärtern war keiner infiziert. Das gibt eine durchschnittliche Infektionsrate von 0,4 Prozent bei Zwangstests.

Bei den 5.564 freiwilligen HIV-Tests in Gesundheitsämtern waren 39 positiv, also 0,7 Prozent.

Vergleicht man die Zahlen der freiwilligen Tests mit den Zwangstests, die durch Diskriminierung und Menschenverachtung erkauft sind, ergeben sich keine signifikanten Unterschiede.

Schon allein diese Zahlen sprechen dafür, auf Zwangsmäßigkeiten und Testpropaganda zu verzichten und stattdessen auf Freiwilligkeit, Aufklärung und individuelle Testberatung zu setzen.

Denn immer wieder beklagen AIDS-Berater, daß von vielen Heterosexuellen der Gang zum HIV-Test und ein Negativ-Ergebnis als Versicherung und Freischein gewertet wird, was gefährliches Risikoüberhalten erst provoziert.

Letztendlich macht sich diese gefährliche Unverhältnismäßigkeit bayerischer AIDS-Politik am Geld fest. Zur „Bekämpfung“ der Immunschwäche-krankheit AIDS stehen dem Freistaat für 1992 zehn Millionen DM zur Verfügung, die sich folgendermaßen aufteilen: 7 Millionen DM für den HIV-Test, 2 Millionen DM für zehn psychosoziale AIDS-Beratungsstellen, eine Million DM für Ambulante AIDS-Pflegedienste in Nürnberg, Augsburg und München. Die Zahlen sprechen für sich. Mit den überflüssigen sieben Millionen für zusätzliche HIV-Tests bei niedergelassenen Ärzten, eine Möglichkeit, die es nur in Bayern gibt, könnten sowohl bestehende AIDS-Projekte ausgebaut als auch bisher nicht bezuschüttete Selbsthilfeprojekte wie die Bayerischen AIDS-Hilfen unterstützt werden.

Alle Vernunft spricht für die Abschaffung des Maßnahmenkatalogs und die Ersetzung der Testpropaganda durch individuelle Testberatung. Es wäre höchste Zeit, daß der Freistaat diese Konsequenzen zieht und eingesteht, daß die „harte Linie bayerischer AIDS-Politik“ aus der Ungewißheit des Neuen geboren wurde, die sich nach der Erfahrung der letzten vier Jahre als unbrauchbar erwies. Aus Fehlern ließe sich lernen.

— (thn. Münchner AIDS-Hilfe)



Verdächtig ist jeder. Am 4. April 1987 demonstrierten in München auf Betreiben des damaligen Anti-Strauß-Komitees (ASK) 10000 Menschen gegen die geplanten AIDS-Zwangsmäßigkeiten der Bayerischen Staatsregierung. Der sogenannte Maßnahmenkatalog wurde am 25. Februar 1987 als Kabinettsbeschuß der Öffentlichkeit präsentiert und im Mai 1987 von der CSU-Mehrheit im Bayerischen Landtag trotz massiver Proteste großer Teile der Bevölkerung nur leicht geändert verabschiedet. Er trägt den Titel: „Aids, Vollzug des Seuchenrechts, des Ausländerrechts und des Polizeirechts“. Schon dieser Titel läßt ahnen, daß es seinen Schöpfern nicht nur um die Bekämpfung der Krankheit Aids geht, sondern um polizeistaatliche Maßnahmen gegen Infizierte, vor allem gegen Ausländer, Homosexuelle, Drogenabhängige und Prostituierte, die man als Ursache dieser Krankheit ausgemacht hatte. Es wurde von Seiten der Staatsregierung laut über eine mögliche Kon-

zentrierung von HIV-Positiven nachgedacht. Zentralanliegen des Maßnahmenkatalogs ist der Zwangstest: „Personen, bei denen sich ergibt oder anzunehmen ist, daß sie krank, krankheitsverdächtig, ansteckungsverdächtig, Ausscheider oder ausscheidungsverdächtig sind, haben gemäß § 33 Abs. 2.1 Vorladungen des Gesundheitsamtes Folge zu leisten und die erforderlichen Untersuchungen zu dulden. Leistet der Betroffene bei der Blutentnahme Widerstand, ist polizeiliche Vollzugshilfe in Anspruch zu nehmen. Die Voraussetzungen eines Ansteckungsverdachtes sind erfüllt: bei männlichen und weiblichen Prostituierten, intravenös Drogensüchtigen (Fixern) ... HIV-Infizierte, die nachweisbar uneinsichtig sind, zum Beispiel weil sie wiederholt seuchenrechtlichen Anordnungen zuwiderröhren haben und dadurch HIV weiterverbreiten und andere gefährden, können gemäß § 37 abgesondert werden.“ — (ecg)



Münchner AIDS-Hilfe e.V.
Gemeinnütziger Verein
Mitglied der Deutschen AIDS-Hilfe e.V.
Mitglied des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Corneliusstr. 2
Postfach 14 04 65
8000 München 5
Telefon (Büro) 089/26 80 71
Fax 089/26 34 55

Sechs Millionen für sinnlosen AIDS-Test

... aber nur drei Millionen für Aufklärungsarbeit.

Die SPD-Landtagsfraktion und alle namhaften AIDS-Beratungsdienste in Bayern sind der Ansicht, daß die jetzt praktizierte Form der kostenlosen HIV-Untersuchungen kein Beitrag zur Prävention ist. Dies Gelder — sechs Millionen Mark — wären besser in den Beratungs- und Betreuungsdiensten für AIDS-Kranke und in der gezielten Aufklärungsarbeit zur Vermeidung von Risikoüberhalten angelegt. Dies betonen der sozialpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Karl-Heinz Müller, und die Vertreter der Deutschen AIDS-Hilfe, der Arbeitsgemeinschaft bayerischer AIDS-Hilfen, der AIDS-Beratungsstellen München, Nürnberg und Regensburg, der AIDS-Beratungsstelle der Inneren Mission Nürnberg, der ambulanten Aidspflegedienste der Münchner Arbeiterwohlfahrt und Vertreter von Selbsthilfegruppen in einem Fachgespräch im Bayerischen Landtag.

SPD und AIDS-Beratungsdienste kritisieren, daß im Nachtragshaushalt die Mittel für den AIDS-Test um 1,55 Millionen Mark auf sechs Millionen Mark angehoben werden sollen, die für Aufklärungs- und Beratungsmaßnahmen aber nur um 950000 Mark auf 3,19 Millionen. Der AIDS-Maßnahmenkatalog der Bayerischen Staatsregierung, so stimmen die Gesprächspartner weiter überein, sei ohne jeden Wert für die AIDS-Prävention. Er sei nur der Beleg dafür, daß in beispieloser Weise eine Krankheit politisiert wurde. SPD und AIDS-Beratungsdienste: „Statt Hilfen anzubieten, werden mit dem Maßnahmenkatalog der Staatsregierung bestimmte Personengruppen stigmatisiert. Für den SPD-Sozialpolitiker Karl-Heinz Müller heißt dies: „Der Maßnahmenkatalog der Staatsregierung muß weg. Stattdessen müssen die Aufklärungsmaßnahmen über Ansteckungsrisiken verstärkt und AIDS-Erkrankten Lebenshilfen gegeben werden.“

Presseerklärung der SPD-Landtagsfraktion, 17.10.91

9. November 1938 / 1991

Demonstration gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit

Hamburg. Mehr als 5000 Menschen folgten am 8. November einem Aufruf von über 50 politischen Organisationen und Initiativen und demonstrierten aus Anlaß des 53. Jahrestages der Reichspogromnacht gegen Faschismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. In seinem Schlußteil wendet sich das Aufrufflatt ausdrücklich gegen die regierungsmäßliche Ausländerpolitik, die allen wie neuen Faschisten Morgenluft beschert.

„Die PolitikerInnen müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, die Faschisten erledigten ihre Dreckarbeit, wenn sie ein weiteres Anheizen der sogenannten „Asyldebatte“ mit den rassistischen Angriffen legitimieren und dabei Tote bewußt in Kauf nehmen. Wir wollen am 53. Jahrestag des Novemberpogroms aller Opfer des Faschismus gedenken. Wir wollen darauf aufmerksam machen, daß — wenn nicht Lehren aus der Geschichte gezogen werden, die einen anderen Charakter haben als Sonntagsreden — der faschistische Mob nicht aufhören wird, sondern eine weitere Eskalation vorprogrammiert ist. Wir setzen unsere Solidarität mit allen Flüchtlingen und ImmigrantInnen gegen den rassistischen Terror.“

Aus der Geschichte lernen heißt nicht nur, am Jahrestag des Novemberpogroms nicht zuzuschauen, sondern einzutreten, heißt nicht hinzuholen, daß rassistischer Terror alltäglich bleibt. Die Grenzen, die der „freie Kapitalfluss“ niedergesessen hat, dürfen jetzt nicht für die Menschen wiedererrichtet werden, deren Existenzgrundlage den Marktgesetzen zum Opfer gefallen ist.“ Die Demonstrationsroute folgte der Geschichte ganz bewußt: Sie ging aus vom „Platz der jüdischen Deportierten“ und endete vor der Ausländerbehörde, dem neuen Zentrum von Deportationen.

Zu Sonntagsreden am Tag zuvor (7. 11.) hatten mit großseitigen Zei-

tungsanzeigen die Hamburger SPD mit Bürgermeister Voscherau, die Alterspräsidentin der Bürgerschaft Fera (CDU) u.a. — so die Fraktions sprecherin der GAL und die Vorsitzenden von DBG und DAG in Hamburg — aufgerufen. Neben ausgesprochen scheinheiligen Appellen zum Schutz der ausländischen Mitbürger — scheinheilig angesichts der Spitzenposition, der sich der Voscherau-Senat beim Abschieben röhmt — liefert aber vor allem folgender Absatz ein deutliches Indiz für das tatsächliche Ziel der Rathausdemonstration: „Denken wir auch daran: Jede Ausschreitung gegen Asylsuchende und Ausländer weckt in der Welt neue Befürchtungen. Deshalb muß gerade das vereinigte Deutschland das Menschen- und Grundrecht auf politisches Asyl aktiv verteidigen.“ Die Hamburger SPD konnte es sich nicht leisten, zum 9. 11. einfach stumm zu bleiben. Also suchte sie diesen Tag für einen Staatsakt zur außenpolitischen Läuterung zu nutzen. Auf dem Rathausmarkt trafen sich dann allerdings nur 1500 Menschen.

Entsprechend diesen Absichten hatten vorher bereits Jusos, DGB-Jugend und SPD die Aktionseinheitsverhandlungen zur Demonstration am 8. 11. 1991 verlassen, nachdem sie ihr Staatsaktprogramm nicht durchsetzen konnten. Das Vorgehen des DBG und der Einzelgewerkschaften in Hamburg wird in dieser Hinsicht mittlerweile unerträglich. Sie haben sich absichtsvoll mit der Unterstützung der Rathausaktion isoliert, es dann nicht einmal mehr geschafft, ihre Mitglieder wenigstens rechtzeitig zum Rathausmarkt zu mobilisieren, und werden uns jetzt wieder mit den sattsam bekannten Spruch „die Mitglieder wollen ja nicht“ nerven. Erfreulich war da schon, wenigstens die eine oder andere Fahne einer Einzelgewerkschaft auf der Demonstration am 8. 11. vor der Ausländerbehörde zu sehen. — (mek)



Landesweiter antifaschistischer Ratschlag

Ein zweiter Ratschlag im März soll die Landtagswahlen vorbereiten

Stuttgart. Rund 100 Leute beteiligten sich an dem „landesweiten antifaschistischen Ratschlag“ am 10. November in Stuttgart. Er sollte, wie es in dem Aufruf hieß, zur „Diskussion und Organisierung eines gemeinsamen Widerstan-

des gegen soziale Diskriminierung, Nationalismus, Rassismus, Sexismus, faschistische Tendenzen und Krieg“ beitragen und dazu dienen, „eine Bestandsaufnahme zu machen und Widerstandsmöglichkeiten zu erörtern.“

Der Vorschlag zur Durchführung dieses Ratschlags entstand nach einer landesweiten antifaschistischen Demonstration am 2. Februar dieses Jahres. In einer Vorbereitungsguppe arbeiteten Leute aus der VVN, der Volksfront und autonomen Antifa-Gruppen (Antifa-AK Heilbronn, Antifaplenum Stuttgart) mit. Es war das erste Mal, daß über einen längeren Zeitraum hinweg eine Zusammenarbeit aus diesen unterschiedlichen Spektren gelang. Nach einer landesweit geführten Diskussion über den Aufruf unterstützten schließlich neben vielen Antifa-Gruppen und antifaschistischen Zusammenschlüssen fast alle linken Organisationen oder Teilgliederungen davon, mit Ausnahme der MLPD, den Ratschlag. Eine Einbeziehung der Gewerkschaften, die vor allem von der VVN versucht wurde, gelang leider nicht. Es unterstützten aber einige Einzelpersonen mit gewerkschaftlichen Funktionen den Ratschlag. Alfred Hauser, VVN/BdA, beendete seine Begrüßungsrede mit den Worten: „Ich bin mir bewußt, daß für solche Bündnisse eine Voraussetzung nötig ist: Gegenseitige Achtung und Toleranz. Davon hängt

auch das Gelingen unserer heutigen Beurteilung ab ...“

In sechs Arbeitsgruppen wurden folgende Themen behandelt: In der AG „Neuformierung der Rechten“ wurden die ideologische und organisatorische Neuformierung der Rechten sowie die inhaltlichen Berührungspunkte oder Widersprüche zwischen Konservatismus und Faschismus erörtert. Die AG „AusländerInnen- und Asylpolitik“ befaßte sich mit den Ergebnissen des sogenannten „Allparteienkompromisses“ zum Asylrecht und dem Charakter der Wanderungsbewegungen in und aus der BRD. In der AG „Notstandsgesetze und innere Repression“, referierte Alfred Hauser über die Notstandsgesetze, mit denen sich der BRD-Staat ein umfangreiches Instrumentarium zur inneren Kriegsvorbereitung und Unterdrückung von Widerstand geschaffen hat. Außerdem wurde auch über die Situation der politischen Gefangenen diskutiert, deren Kampf in den Gefängnissen gegen die Haftbedingungen und um den Erhalt ihrer politischen Identität bestand. Die Beiträge und Diskussionen auf dem Ratschlag werden in einem Reader veröffentlicht. — (rac)

Demonstration für Asyl in Walsrode

Walsrode / Soltau. Rund 250 Personen beteiligten sich am 9. 11. in Walsrode an einer Demonstration unter dem Motto „Schützt das Asylrecht — Stoppt den Fremdenhaß“. Aufgerufen dazu hatte die Antifaschistische Initiative, der Kreisvorstand der Grünen und die Kreisgruppe der Volksfront. Ein Flugblatt der Antifa-Initiative, das sich mit den gängigen Vorurteilen gegen Asylbewerber und Ausländer argumentativ auseinandersetzt, wurde während des Marsches durch die Innenstadt und ein Wohnviertel in 500-facher Auflage verteilt. Auf der anschließenden Kundgebung sprachen Andrea Hoops, MdL der Grünen, ein Mitglied von amnesty international, ein Vertreter des Kurdischen Kultur- und Beratungszentrums in Celle, und ein Mitglied der Antifa Initiative, ausdrücklich auch als Funktionär der ÖTV und des DGB. — (sts)

Irving-Veranstaltung findet statt trotz Saakündigung durch OB

Pforzheim. Fabrikant und CDU-Mitglied Dreher sorgte dafür, daß der britische Faschist Irving in Pforzheim seine volksverhetzende Propaganda vor 100 geladenen Leuten treiben konnte. Nachdem der Oberbürgermeister den Mietvertrag für die Stadthalle fristlos gekündigt hatte, — wegen des Tatbestands der Volksverhetzung — mietete Dreher einen Saal und sorgte für das handverlesene Publikum, zu dem auch der Terrorist Röder, der bereits dreizehn Jahre wegen faschistischer Bombenanschläge in Haft saß, zählte. Dreher wurde von der CDU nahegelegt, aus der CDU auszutreten, was er abgelehnt hat. Für ein Ausschlußverfahren gab es zwei Gegenstimmen im CDU-Kreisvorstand. Der SPD-Landtagskandidat Neugebauer erklärte, nur mit Rückendeckung „einflußreicher Kreise in der CDU“ habe Dreher die Einladung Irvings wagen können. Mittlerweile ermittelte die Staatsanwaltschaft gegen Dreher wegen Beihilfe zur Volksverhetzung. — (map)

Ökofaschist Bruker konnte nicht reden

Kiel. Am 9. 11. sollte auf Einladung der Gesellschaft für Gesundheitsberatung Dr. M.O. Bruker in der Kieler Uni einen Vortrag zu „Gesundheit — und was jeder einzelne dazu beitragen kann“ halten. Nachdem dies bekannt wurde, forderte der AStA den sofortigen Widerruf der Raumzuweisung durch das Rektorat: „Dr. Bruker ist nicht irgend ein harmloser Mediziner, sondern war u.a. Mitunterzeichner der „Bürgerinitiative Ausländerstop“, einer Nebenorganisation der rechtsradikalen NPD, die unter der Parole „Ausländerstop jetzt!“ Unterschriften gegen die „Überflutung mit Ausländern“ sammelte.“ Nach dem Protest des AStA sagte das Rektorat den Vortrag ab. — (clm)

„Volkstrauertag“: Deserteure offiziell geehrt

Mannheim. Der „Volkstrauertag“ fand in diesem Jahr — zumindest was die zentrale Feierstunde auf dem Hauptfriedhof betrifft — in entmilitarisierter Form statt. Dies ist ein Ergebnis öffentlicher Auseinandersetzungen in den Jahren 1987/88. Damals wurde dem vom VDK (Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge) organisierten militärischen Aufzug jeweils eine alternative Ehrung des deutschen Deserteurs unmittelbar entgegengesetzt. 1989 fiel daraufhin die Feierstunde ganz aus; seit 1990 wird sie von einem „Arbeitskreis Volkstrauertag“ organisiert, bestehend aus: VDK, Stadt, MAFA (Mannheimer Arbeitskreis für Frieden und Abrüstung), DFG/VK, VVN/BdA und (nominell) DGB. In diesem Jahr trug die Feierstunde überwiegend antimilitaristischen Charakter: Die Ansprache hielt Prof. Dr. Niedhart, Ordinarius für Neue Geschichte (Uni Mannheim). Er sprach von der Unmöglichkeit, Opfer und Täter — wie beim „Volkstrauertag“ vorgesehen — gleichermaßen zu betrauen und kritisierte in diesem Zusammenhang die Legende von der im Gegensatz zur SS „ehrenhaften“ Wehrmacht. Der aktuell vielgerühmte Generalfeldmarschall Rommel habe lediglich aus einem schärferen Kosten-Nutzen-Denken heraus opponiert. „Der sogenannte Volkstrauertag macht erst Sinn, wenn die jüdische Gemeinde daran teilnehmen kann“, (die sich weigert, die Täter mit zu ehren). Auf drei Stationen eines sich anschließenden Schweigezuges über den Friedhof wurde über drei exemplarische Einzelschicksale berichtet, darunter über einen Mannheimer, der von Wehrmachtoffizieren wegen Desertion in Frankreich erschossen worden war. — (th)



Stuttgart. An die 10000 Menschen folgten am 9. 11. dem Aufruf „Miteinander leben — Gegen Fremdenhaß und Gewalt“. Viele Gewerkschaftsmitglieder waren dabei und viele junge Leute. Hauptredner waren Pfarrer Baumgarten, Sprecher der Asyl- und Flüchtlingsgruppen in Baden-Württemberg, und der DGB-Landesvorsitzende Pommerenke. OB Rommel hielt ein Grußwort für die Stadt. — (rac, Bild: ulk)

300 gegen Gewalt Demonstration auf Föhr

Wyk auf Föhr. Die kürzlich anlässlich gewaltiger Angriffe gegen Ausländer auf der Insel Föhr gegründete „Bürgerinitiative gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit“ (vgl. PB 23/1991) rief für den 2. November zu einer Demonstration unter dem Motto „Wehret den Anfängen“ auf. In einer Erklärung der Bürgerinitiative hieß es dazu: „Machen wir gemeinsam deutlich, daß es eine große Mehrheit in unserer Gesellschaft gibt, die tolerant genug ist, um ein friedliches Miteinander mit unseren ausländischen Mitbürgern zu ermöglichen. Gewalt und Hass dürfen kein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein ...“ Rund 300 Leute kamen zu der Demonstration; es wurde die größte, die bisher in Wyk stattgefunden hat. Weitere Aktivitäten — u.a. die Bildung von Arbeitskreisen — sind geplant. — (hel)

3500 demonstrierten gegen Rassismus und Neonazis

Mannheim. Am 9. November demonstrierten etwa 3500 Menschen gegen „Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Neonazismus“. Viele Transparente und die Rednerinnen und Redner der Kundgebung forderten das uneingeschränkte Asylrecht und Bleiberecht für alle. Zu der Demonstration hatten 50 Gruppen, Organisationen und Parteien aufgerufen. Nicht mit dabei: der DGB, der zu der gleichzeitig in Stuttgart stattfindenden Demonstration aufrief. Die Mannheimer SPD rief zu beiden Veranstaltungen auf. Entgegen einem späteren Delegiertenbeschuß unterstützt die SPD-Stadtratsfraktion die Position des Oberbürgermeisters für eine Grundgesetzänderung. — (scr)

Gegen Rassismus

Trotz Zerwürfnis gemeinsame Kundgebung in Berlin

Berlin. Ungefähr 60000 nahmen an der Kundgebung anlässlich des Jahrestages der Reichspogromnacht in Berlin teil. Nur schwer war die einheitliche Kundgebung zustande gekommen. Bis schließlich ein klärender Brief der Netzwerk Friedenskooperative vorlag, hatten die Grünen den Einfluß örtlicher Gruppen ausschließen wollen, weil es sich angeblich in Berlin um eine zentrale Bündnisveranstaltung handele. Die Friedenskoordination, die unabhängigen Antifa-Gruppen, PDS, das Neue Forum und zahlreiche weitere im „Berliner Bündnis 9. November“ zusammengeschlossene Gruppen, die sich in der Flüchtlings- und Immigrantenarbeit engagieren, hatten vor allem kritisiert, daß der von den Grünen inspirierte Aufruf die Einrichtung von Sammellagern und die verschiedenen Vorstöße (u.a. von Konrad Weiß vom Bündnis 90) zur Quotierung nicht angreift, Bleiberecht und Abschiebestopp nicht thematisiert werden. Nachdem schließlich das Bündnis 9. November und PDS und andere zu eigenen Demonstrationen aufgerufen hatten und der DGB sich außerstande sah, überhaupt noch zu einer der Aktionen aufzurufen, lenkte die AL ein und es wurde eine gemeinsame Kundgebung vereinbart.

5000 Teilnehmer etwa hatte die Demonstration des Bündnisses, etwas mehr

waren es bei Neuem Forum, PDS und anderen Ostgruppen, die von der Gethsemanekirche losgingen und sich mit dem Bündnis am Monbijoupark trafen. Von dort zogen die Teilnehmer zu der Abschlußkundgebung im Lustgarten. Die Mutter des 1989 im Märkischen Viertel erstochenen jungen Türk Ufuk Sahin sagte: „Die Mörder meines Sohnes sind zwar bestraft worden, aber was geschieht mit jenen, die die Menschen aufeinander hetzen?“ Die Ausländer, die vor Hunger und Tod nach Deutschland fliehen, sollten mit Wärme und Menschlichkeit empfangen werden und nicht mit Polizei, Gesetzen und Keulen. Die Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte, Alisa Fuss, erklärte, daß sie sich durch die gegenwärtigen brutalen Angriffe auf Ausländer an die Situation von 1933 erinnert fühlt. Eine Arbeitsimmigrantin aus Mozambique warf den Deutschen vor, Weltmeister darin zu sein, aus Tätern Opfer zu machen, sie habe kein Verständnis für die Leute, die die Überfälle auf Ausländer und ihre Heime machen. Ein Opfer aus Hoyerswerda schilderte, daß bereits vorher die Asylsuchenden dort häufigen Raubüberfällen ausgesetzt waren, daß die Polizei sich weigerte, Anzeigen entgegen zu nehmen, weil die Opfer den Namen des Täters nicht angeben könnten. — (chk)

Ausländerbeirat direkt gewählt

Kleiner Schritt zur politischen Gleichberechtigung

München. Bei der ersten Direktwahl zum Münchener Ausländerbeirat am 10. November beteiligten sich 20,2 Prozent der 162 989 Stimmberchtigten — also 32 935 Nichtdeutsche. Zum Vergleich: in Nürnberg betrug die Beteiligung 16,4 Prozent, in Stuttgart 26 Prozent.

Die vierzig Sitze verteilen sich auf: Griechische Einheit sechs Mandate, Kroatische Liste und die türkisch-muslimische Solidaritätsliste je fünf Mandate, die DGB-Liste, die fortschrittliche türkische Liste Gleichheit und die dem türkischen Konsulat nahestehende Liste Tüdekk je vier Mandate, Internationale demokratische Solidarität, Jugoslawische Liste, Internationale Demokratische Ausländerliste je zwei Mandate und Griechisches Europa, Vertrauensperson, die kroatische Liste Demokrat, die Albanische Liste, Liberale Liste und Münchener Ausländische Arbeitnehmer je ein Mandat.

Die Internationale Liste 2 des DGB — sie erhielt nur vier Mandate — hatte sich einem mehrfachen Mandatsanteil ausgerechnet und zählt, an diesen Erwartungen gemessen, zu den Verlierern dieser Wahl. Der Bürgerkrieg in Jugoslawien hat auf die größte Gruppe der nichtdeutschen Einwohner in München seinen Schatten geworfen. Die kroatische Liste erhielt mit fünf Mandaten deutlich mehr als die Jugoslawische Liste (2 Mandate),

die Albanische Liste erhielt ein Mandat, während die ebenfalls kandidierende serbische Liste unter einem Prozent der Stimmen blieb.

Die antiimperialistische kurdische Liste Demokrat, die mit der kurdischen Unabhängigkeit sympathisiert, erhielt immerhin ein Mandat. Im Ausländerbeirat soll u.a. für folgendes Programm eingetreten werden: „Wir, ‘Liste Demokrat’, treten für die Interessen aller ausländischen Minoritäten ein. Einen der Schwerpunkte unserer Forderungen bildet die Einbeziehung der Kurden als eine ausländische Minorität in die anderen Ausländern zuerkannten Rechtskomplexe wie Unterricht der Muttersprache für kurdische Kinder, Ausstrahlung von TV- und Radiosendungen auch für Kurden, Einrichtung von Beratungsstellen, Streichung des Verbots der Vergabe kurdischer Namen an Kinder u.a., was andere ausländische Gruppen seit Jahrzehnten genießen.“

Die zu den Ausländerbeiratswahlen gebildete Liste wird nach Auskunft des gewählten Ausländerbeiratsmitglieds Fatah Kameran als politische Aktionsseinheit weiterbestehen und für die Arbeit in diesem städtischen Ausschuß Impulse liefern. Eine Zusammenarbeit mit anderen fortschrittlichen Beiräten zeichnete sich ab. — (dil)

Der Pflegenotstand wird festgeschrieben

Heidelberg. Die Budgetverhandlungen für die Orthopädische Klinik sind im Schiedsstellenverfahren festgesetzt worden mit der Auflage, eine Wirtschaftlichkeitsprüfung durchzuführen. Die Krankenkassen fordern in allen Bereichen Stellenreduzierungen, weil nach dem Krankenhausbedarfssplan 78 Betten abgebaut wurden. Der Pflegebereich ist um 13 % und der medizinisch-technische Bereich um 10 % unterbesetzt, die Größenordnung, die analog dem Bettenabbau und alten Anhaltszahlen wegfallen muß. Rein rechnerisch besteht kein Personalmangel mehr. Der sogenannte Stellenüberhang jetzt wird wahrscheinlich die Wirtschaftlichkeitsüberprüfung nicht überstehen. In den Budgetverhandlungen war keine Rede davon, daß verbesserte Anhaltszahlen im Pflegebereich Einfluß nehmen. — (irs)

Ciba Geigy: Bedenken nicht ausgeräumt

Weinheim. Die Firma Ciba Geigy in Lampertheim will ihre Zinn-tetrachlorid (TCST)-Produktion verdoppeln. TCST wird als Stabilisator für Kunststoffe eingesetzt. Gegen die Erweiterung haben über 60 Lampertheimer Bürger Einspruch erhoben. Bei dem Erörterungstermin stellten sie die Forderung, daß bei der Entladung des Chlors aus Kessellwagen eine „Einhaltung“ der Entladestation und die Erstellung einer Sicherheitsanalyse notwendig seien. Es wird auf den Zwischenfall von 1988 verwiesen, bei dem das giftige Gas freigesetzt wurde und als Dampfwolke durch Lampertheim trieb. Die Forderung der Einsprecher wurde von den Technikern der Firma zurückgewiesen. — (mil/AGCH)

Gespräch zwischen IG Chemie und CDU Niedersachsen

Hannover. Niedersachsen müsse die aus der Wiedervereinigung resultierenden Chancen konsequent nutzen und durch eine systematische und gezielte Wirtschaftsstrukturpolitik die Bedingungen für eine positive Entwicklung für Unternehmen und Arbeitsplätze verbessern. Diese Auffassung haben nach einem Gespräch zwischen Vertretern der IG Chemie-Papier-Keramik und der CDU Niedersachsen in Hannover Hermann Rappé für den Hauptvorstand der IG Chemie und Josef Stock für die niedersächsische CDU vertreten.

IG Chemie und CDU-Niedersachsen plädieren für einen zügigen Ausbau der Ost-West-Verkehrsverbindungen, für den Aufbau einer eigenständigen Abfallentsorgungsstruktur in Niedersachsen, für eine Energiepolitik, die den Betrieben die gleichen Stromkosten garantiert wie im europäischen Ausland, schließlich für eine Abgaben- und Steuerpolitik, die Belastungen der Unternehmen nicht weiter verschärft. Beide Seiten bemängeln eine viel zu lange Dauer der Genehmigungszeiten für industrielle und gewerbliche Anlagen. Hier seien auf Dauer erhebliche Standortnachteile zu befürchten. Dies gelte um so mehr, wenn zeitliche Verzögerungen ausschließlich politisch begründet seien.

Angemahnt wurde als wichtiger Standpunkt für niedersächsische Gewerbe-, Handels- und Industriebetriebe der Aufbau einer eigenständigen Entsorgungsstruktur. Auf Dauer würden ansonsten die Nachbarbundesländer von niedersächsischen Versäumnissen profitieren. Damit würden nicht nur Unternehmensstandorte, sondern auch Arbeitsplätze in erheblichem Umfang gefährdet. — (ret)

Gewerkschafterdelegation protestiert gegen Kurdenprozeß

Düsseldorf. Eine Delegation von 43 Gewerkschaftsmitgliedern besuchte am 5. November den nun über zwei Jahre sich hinschleppenden Prozeß gegen 16 Mitglieder und Sympathisanten der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) vor dem Staatschutzenat des OLG Düsseldorf. In einer Erklärung kritisieren sie den Prozeß scharf: „Was sich uns darstellte, war ein groteskes und skandalöses Schauppiel, in dem ein sich ständig widersprechender Kronzeuge vom Vorsitzenden Richter durch die Verhandlung gehievt wurde ... drängt sich uns das Bild auf, daß hier keine Wahrheitsfindung stattfindet, sondern daß mit Hilfe eines offenbar nicht beweisbaren Schuldvorwurfs mit allen Mitteln zu einer Verurteilung gekommen werden soll ...“ Einstimmig forderte die Delegation die sofortige Einstellung des Verfahrens. — (rül)

Aids-Hilfe protestiert gegen Mittelkürzungen

Stuttgart. Am 14. November protestierte die Aids-Hilfe mit einem „Die-In“ vor dem Rathaus gegen die ab Januar 1992 geplanten Kürzungen im Aids-Bereich. Obwohl die Zahl der erkrankten Menschen steigt, sollen zwei von den drei hauptamtlichen Mitarbeitern nicht mehr weiterbeschäftigt werden. Die Aids-Hilfe beschreibt die Folgen: Kürzung der Öffnungszeiten der Beratungsstelle, keine Möglichkeit der fachlichen Betreuung von Betroffenen, Wegfall der Beratung in sozialrechtlichen Fragen, keine Möglichkeit zur Organisation von häuslicher Versorgung bis hin zur Sterbegleitung, Wegfall der Mitbestimmungsmöglichkeiten in Gremien wie dem Landesarbeitskreis Aids. Aids-Hilfe und VSE (Verein für sexuelle Emanzipation) sammeln Unterschriften für eine Protestnote, mit der das Land Baden-Württemberg und die Stadt Stuttgart aufgefordert werden, die Fortführung der bisherigen Aids-Arbeit langfristig abzusichern. — (evc)

Kampf um Betriebsrat bei Leiharbeitsfirma

Emden. Gegen die massiven Drohungen der Geschäftsführung der Firma bildeten die Beschäftigten des Leiharbeitsbetriebes Ensogold einen Wahlvorstand für die Betriebsratswahl. Der Ensogold-Geschäftsführer hatte dem örtlichen IG Metall-Sekretär mit polizeilichen Maßnahmen und Entlassung aller Beschäftigten gedroht. Der Ensogold-Geschäftsführer werden willkürliche Lohnkürzungen vorgeworfen. Die im Schiffbau tätige Leiharbeitsfirma hatte im letzten halben Jahr 110 von 250 Beschäftigten entlassen, in letzter Zeit wurden fünfzehn Arbeitsgerichtsklagen gegen die Firma eingereicht.

Quelle: metall, Ausgabe Bezirk Küste, 18.10.91 — (jot)

AEG Olympia wird geschlossen

Anhaltender Widerstand / Massenarbeitslosigkeit in Wilhelmshaven

Wilhelmshaven. Am 25. Oktober veröffentlichte die AEG ihr Konzept für die Zukunft des AEG-Olympia-Werkes Roffhausen bei Wilhelmshaven. Der Sektor Bürokommunikation mit weltweit 6 700 Beschäftigten wird abgestoßen. Das Wilhelmshavener Werk wird zum 31.12.1992 endgültig geschlossen, die dort beschäftigten Menschen werden

bis zu diesem Zeitpunkt nach und nach entlassen. Bereits im Vorfeld war die Betriebsversammlung vom 11. Oktober von der Solidarität mit den Olympia-Beschäftigten geprägt. Viele Betriebe aus der Region hatten Abordnungen entsandt, die vollständige Belegschaft der Gießerei aus dem benachbarten Sande war gekommen.

Heinz Dürr, öffentlich eine Bestandsgarantie für das Werk Roffhausen gegeben. Nach Schätzungen der Stadt Wilhelmshaven wird die Werksschließung mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote von 15 auf 28 % zu Buche schlagen. Allein die Gemeinde Schortens, in der das Werk Roffhausen liegt, rechnet mit 600 Arbeitslosen, einem Kaufkraftverlust von 30 Mio. DM und einer jährlichen Mindereinnahme von Steuern in Höhe von 5 Mio. DM. Auch Entlassung von mehreren tausend Olympia-Beschäftigten in den 70er Jahren konnte die Gemeinde nicht auffangen, der Aufbau von zwei Gewerbegebieten seit Mitte der 70er Jahre erbrachte nur 350 neue Arbeitsplätze. Die in werkseigene Wohnungen lebenden Menschen sind durch die Umwandlung in Eigentumswohnungen zusätzlich betroffen, da die angeblich „günstigen Kaufbedingungen“ von den dann Arbeitslosen kaum erfüllt werden können. Vor zwanzig Jahren hatten noch 14 000 Menschen in Roffhausen gearbeitet, davon in den Olympia-Zweigwerken 6 500. — (jot)

Arbeitsmarkt-Deregulierung

Das Geschäft mit Flüchtlingen und Saisonarbeitskräften

Karlsruhe. Rassismus und Ausländerhaß fördern den Druck auf den Arbeitsmarkt. Zur weiteren „Deregulierung“, d.h. Beseitigung der tariflichen und gesetzlichen Schranken, der gesellschaftlichen und moralischen Standards, unter denen eine Arbeit aufgenommen werden darf, ist die öffentlich geschürte Diskussion über „Ausländerflut“ und „Scheinasylanten“ ein geeignetes Mittel: Warum soll für diese Leute auch noch deutsches Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht gelten?

Dazu die Daten aus dem Bericht der Bundesanstalt für Arbeit: Für 619 900 ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter aus Nicht-EG-Ländern stellten die Behörden von Januar bis September 1991 eine Arbeitserlaubnis aus, 41 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Davon erhielten erstmals 319 100 eine Arbeitseraubnis, das ist eine Steigerung um 61 %. Nicht deutlich wird bei diesen Angaben, wieviele Flüchtlinge, die in der BRD um Asyl ersucht haben, eine Arbeit aufgenommen haben und wieviele ausländische Jugendliche erstmals eine Arbeit aufnahmen.

Die Zahl der Arbeitserlaubnisse für neu eingereiste ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter stieg um 53 % auf 141 600, davon kamen 44 % aus Polen, 16 % aus Jugoslawien, 9 % aus Ungarn und 8 % aus der CSFR. Von ihnen erhielten 135 100 (37 % mehr als im Vj.) eine sog. allgemeine Arbeitserlaubnis, d.h. für ihren Arbeitsplatz gab es keine Bewerbungen deutscher oder langjährig in der BRD lebender ausländischer Arbeitskräfte.

Weitere 87 800 Nicht-EG-Bürger erhielten eine Saison-Arbeitserlaubnis für drei Monate. Sie sind aus Polen, Jugoslawien, der CSFR und Ungarn, demnächst auch aus Rumänien. Diese Saison-Arbeitserlaubnis gibt es seit Januar 1991. Seit diesem Jahr existieren Kontingentverträge mit den dortigen Regierungen. Beschäftigt werden sie vorrangig im Hotel- und Gaststättengewerbe, in der Metallbe- und verarbeitung, im Bau und Schaustellergewerbe.

Baden-Württemberg ist das Bundesland, in dem ein Drittel der Saisonarbeitsbeschäftigten arbeiten. Nach Arbeitskräften aus Polen sind Leute aus Jugoslawien die zweitgrößte Gruppe. Zahlreiche Kroaten aus Jugoslawien, deren Saisonarbeitsverträge abgelaufen sind, sind z.Zt. in Baden-Württemberg mit einem dreimonatigen Touristenvisum verblieben. Das Land Baden-Württemberg hat als erstes Bundesland die Ausländerbehörden angewiesen, Saisonarbeiter aus Kroatien als Flüchtlinge anzuerkennen und die Duldung auszu sprechen. Damit sollen diese Arbeitskräfte zu den Niedrigstbedingungen dem Arbeitsmarkt erhalten bleiben. Mit Menschen aus Kroatien ist Geschäft zu

machen. Die Baden-Badener Hotel- und Gaststättenvermittlung hat „bereits 125 Leute aus Kroatien im Hotel- und Gaststättengewerbe in Baden-Württemberg unterbringen können“. Beschäftigt werden sie mit dreimonatigen Saisonarbeitsverträgen. Als ausgebildete Fachkräfte mit „Deutschkenntnissen“ sind sie „besonders beliebt“. Jetzt will die Baden-Badener Fachvermittlung im Stile einer Schlepperorganisation weitere Arbeitskräfte aus Kroatien anwerben. Es seien noch 600 offene Stellungen im Küchen- und 400 Stellen im Servicebereich zu besetzen.

Zur Umgehung der Probleme mit den amtlichen Formalitäten in den jugoslawischen Kriegsgebieten erteilen mittlerweile die deutschen Konsulate in Graz und Klagenfurt in Österreich die notwendigen Papiere. Diese Praktiken werden nun nachträglich auf Regierungsanweisung von der Bundesanstalt für Arbeit Nürnberg gedeckt.

Die Stadt Leonberg leistet bei diesen Schlepperdiensten „partnerschaftliche Hilfe“. „Das arbeitslose Personal“ aus dem Fremdenverkehrsgewerbe der Partnerstadt Rovinj soll ab Mitte November untergebracht werden.

Zynisch stellt die Bundesanstalt für Arbeit fest, „daß es trotz vieler deutscher Arbeitsloser offensichtlich dort Beschäftigungschancen gibt, wo die Arbeitsbedingungen vielen Deutschen nicht attraktiv genug sind“.

Rund 2 000 bis 3 000 polnische Arbeiterinnen und Arbeiter arbeiten ohne Papiere bei der Weinlese und im Baugebiet in der Pfalz mit Duldung der Behörden. Das Arbeitsamt folgt bei seinen Kontrollen nicht „den materiellen Schaden wegen Schwarzarbeit“: „Die Polen schlafen zu viert im Fiat 500, haben keine Duschen und Toiletten. Wir können das nicht dulden, auch wenn die Arbeiter selbst sich nicht beschweren.“ Gejagt werden also nicht die Unternehmen, die die Zwangslage der aus Polen kommenden Menschen ausnutzen, sie ohne Unterkunft und Verpflegung ohne Sozialversicherung für maximal zehn Mark die Stunde beschäftigen — gejagt werden die Menschen, die unter unwürdigen Bedingungen „in der Pfalz am Straßenrand campieren“. Die Überwachung der Einhaltung von Arbeitsgesetzen, Tarifverträgen, Sozial- und Rentenrecht wird so durch Faustrecht auf dem Arbeitsmarkt ersetzt.

Kein Wunder, daß Unruhe unter den Beschäftigten dieser Branchen entsteht. Die Bundes- und Landesregierungen versuchen, diese mit Hetze über „Wirtschaftsflüchtlinge“ und „Überfremdung“ zu kanalisieren, ihre Begründung für „Deregulierungsmaßnahmen“ zur Beseitigung gesellschaftlicher Standards. Quellen: Handelsblatt vom 10.10.91 BNN vom 22. und 24.10.91 — (rub)



Essen. Unter der zentralen Forderung „Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch“ demonstrierten am 15.11. über 1 000 Leute. Aufgerufen hatten die IG Metall im Rahmen der Bundesfrauenkonferenz und der DGB. Ein Stand der „Aktion Lebensrecht“ fand wenig Interesse, obwohl der Essener Weihbischof Grave die Demonstration als „Affront“ gegen alle gewerkschaftlich organisierten Katholiken angriff. Die Kundgebungsrednerinnen riefen zu weiteren Aktionen gegen den § 218 auf. — (syb)



Köln. 5000 Personen beteiligten sich in Köln am 9. November an einer Demonstration gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. Ihr Protest richtete sich auch gegen den Kölner Regierungspräsidenten Antwerpes, der die ihm unterstehenden kommunalen Behörden in einem Rundschreiben unverhüllt aufgefordert hatte, die Lebensumstände von Asylbewerbern weiter zu verschlechtern. — (rül, Bild: af/mz)

Aus Ländern und Gemeinden

OVG Schleswig: Asylbewerber haben das Recht zu „wohnen“

Schleswig/Halstenbek. Das OVG Schleswig hob das Urteil des VG Schleswig auf, nach dem für Anwohner fünf Asylbewerber eine zumutbare Belastung sind und stellt fest, daß Asylbewerber in Schleswig-Holstein das Recht zu „wohnen“ haben, nicht in überfüllten Unterkünften hausen müssen und nicht in Gewerbegebiete abgeschoben werden dürfen. Das OVG sieht in Leichtbaubauten eine Wohnung gemäß Baunutzungsverordnung. Die nun festgelegte Begrenzung auf acht Asylbewerber hängt ausschließlich mit der Wohnunggröße (90 qm) zusammen. Eine zu massierte Belegung stelle einen „lagerähnlichen Charakter“ dar und füge sich nicht in die typische Wohnnutzung mit seinen Einfamilienhäusern. Diese Überbelastung sei „bau- und nachbarschutzrechtlich“ unzulässig. Mit diesem Urteil (Az: 1 M 49/91) steht das OVG Schleswig gegen vergleichbare Fälle der OVG's Saarland, Münster, Berlin sowie des Verwaltungsgerichtshofs Mannheim, die stets den Einwänden Recht gaben und Wohnunterkünfte für Asylbewerber in reinen Wohngebieten nicht gestatteten. — (sip)

Nachtragshaushalt: Protest im Rathaus

Freiburg. Bei der ersten Beratung des Nachtragshaushalts 1991/92 protestierten am 12. II. zahlreiche städtische Beschäftigte im Ratssaal gegen geplante Sparmaßnahmen der Verwaltung. Die Zuschauertribüne war völlig überfüllt und mit zahlreichen Transparenten geschmückt. Die Verwaltung hat einen Nachtrag vorgelegt, der (vor allem, um die von der Stadt zu tragenden Kosten der Deutschen Einheit auszugleichen) ab 1992 schwere Kürzungsmaßnahmen zu Lasten der städtischen Beschäftigten vorsieht. Geplant ist u.a.: absoluter Stellenstop, viermonatige Stellensperre bei Neubesetzungen, Streichung des Essenzuschusses. Reaktion der Fraktionen: vorsichtige Distanzierung von Verwaltungsplänen. — (kh)

Gemeinden drohen mit Klagen gegen Landesregierung NRW

Düsseldorf. Der Deutsche Städetag hat den Gemeinden in Nordrhein-Westfalen geraten, gegen die von der SPD getragene Landesregierung zu klagen. Grund ist die Rechtsverordnung der Landesregierung, nach der Gemeinden bereits im laufenden Haushalt Jahr die Sozialhilfe für Flüchtlinge nicht erstattet bekommen, deren Asylgesuch abgelehnt wurde, die aber wegen der Verhältnisse in ihrem Heimatland nicht abgeschoben werden können. Einige Gemeinden, darunter Korschenbroich, haben angekündigt, daß sie auch deshalb gegen das Land klagen werden, weil die Landesregierung festgelegt hat, daß Sozialhilfe an Asylbewerber den Kommunen zu einem höheren Anteil vom Land erstattet wird, wenn sie in Naturalien beziehungsweise Gutscheinen für Nahrungsmittel und Kleidung sowie einem minimalen Taschengeld (70 DM im Monat) ausgegeben wird. Die Gemeinden erklären, es gehe um mindestens 130 Millionen DM, die die Landesregierung ihnen vorenthalte, die aber für die ordentliche Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge benötigt würden. — (mld)

Konstituierende Ratssitzung OB sorgt für Ordnung

Hannover. Entgegen der niedersächsischen Gemeindeordnung und der Geschäftsordnung des Rates wurden für die konstituierende Ratssitzung am 7. II. schon eine Woche vorher Eintrittskarten, vorwiegend an Fraktionslobbyisten, ausgegeben. Der erwartete Protest gegen den Einzug der Rep und der ÖDP blieb nicht aus. Die VVN ließ jedem Ratssitzung über die GABL einen offenen Brief gegen den Einzug der Faschisten zukommen. Zuschauer entrollten ein Transparent „Schluß mit der Ausländerhetze von SPD bis Reps“. Der Polizist Prieb, ÖDP-Ratscherr, riß es herunter als „Unterstützungsgeste“ für den Oberbürgermeister. Dieser wiederum half der Polizei durch Fingerzeig, Störer aufzufinden. Die GABL protestierte durch zeitweisen Auszug. — (bee)

Landwirte demonstrieren gegen sinkende Einkommen

Stuttgart. Etwa 10000 Bauern protestierten am Mittwoch, den 13. November, mit einer landesweiten Demonstration gegen die Agrarpolitik der EG und der Bundesregierung: Die Einkommen seien dieses Jahr erneut um 20 % gesunken, es gebe gerade noch 215 „Bauern-Azubis“. Auf zahlreichen Transparenten wurde u.a. höhere Erzeugerpreise und „Gerechtigkeit für die Landwirtschaft“ gefordert und festgestellt: „Das Geschäft mit dem Osten geht auf der Bauern Kosten“. Der Bauernverband hat gegen die Vorschläge der EG-Kommission weitere Bundes- und EG-weite Aktionen angekündigt. — (eve)

Heftiger Widerstand gegen bundesweite REP-Demo in München

München. Am 16. II. führten die Republikaner ihre bundesweite Demonstration „gegen die Diffamierung unserer Partei in den Medien, gegen den Verfall der Inneren Sicherheit, gegen das Versagen der Altparteien in der Asylpolitik“ durch. Nach Bekanntwerden der Genehmigung durch die Stadt München gab es heftige Proteste. Die Landesbezirksfrauenkonferenz vom 9. II. und die Delegiertenkonferenz von HBV München verabschiedeten ein Protestschreiben an das KVR: „... Es ist uns unverständlich, daß das Kreisverwaltungsreferat in einer Situation, wo Menschen aus anderen Ländern wegen ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe brutal angegriffen werden, eine solche Demonstration genehmigt. ... Wir fordern das Kreisverwaltungsreferat und die Stadt München auf, die Genehmigung für diese Demonstration zurückzunehmen.“ Der Beauftragte der Ev. Kirche betrachtete es als „eine Verhöhnung unseres demokratischen Rechtsstaates, daß Gruppierungen die Möglichkeit eingeräumt wird, nationalistische und rassistische Parolen gegen Flüchtlinge und Ausländer mediawirksam zu verbreiten.“ Ein Bündnis von 50 Gruppen rief zum Widerstand auf: „Den REP-Aufmarsch verhindern!“ Rd. 400 Menschen besetzten den Sammelplatz der Reps. Unter massivem Polizeieinsatz konnten rd. 400 Reps und ca. 100 Skinheads und Hooligans ihre Demonstration beginnen. Dazu das KVR: die Anmeldung sei „emotionslos“ nach den Grundsätzen des Versammlungsrechts bearbeitet worden, alles weitere sei „reine Polizeiangelegenheit.“ — (ccg)

Haushalt 1992 stößt auf Widerstand

Gegenpositionen gegen die Politik der Großen Koalition in Köln

Köln. Der von einer Großen Koalition von SPD und CDU angepeilte Haushalt für 1992 stößt auf stärkeren Widerstand als in vergangenen Jahren. Unter der Losung „Köln muß sozial bleiben! ... Alle gemeinsam gegen einen Haushalt, der die Bevölkerung Kölns für die von Bonn diktierte Finanznot zahlen läßt“ fand am 18. 9. 1991 eine Versammlung der vom Sparkurs Betroffenen in der Juizi Köln-Süll statt. Ein Ergebnis der Versammlung war die Erarbeitung des unten wiedergegebenen Aufrufs, mit dem u.a. zu einer größeren Aktion am 28. 11., der Einbringung des Haushalts in den Stadtrat, mobilisiert wird.

Schon in den letzten Wochen fanden Aktionen statt. Die Jusos verteilten zur Ratssitzung am 26. 9. Flugblätter für

einen rot-grünen Haushalt. Zwei Tage später demonstrierten 100 Eltern und Kinder in der Südstadt gegen die Kürzung von Betreuerstellen für eine Kindereinrichtung. Am 31. 10. war ein Jugendaktionstag.

Eine wichtige Rolle spielt die Diskussion in den Gewerkschaften. Auch hier findet der Aufruf Unterstützung. Die ÖTV hat sich deutlich gegen die Kürzungen im Sozialbereich und gegen den vorgesehenen Abbau von rund 2400 Stellen, u.a. durch Privatisierungen im Putzdienst, ausgesprochen. Eine ursprünglich für den 7. 10. geplante Gesamtversammlung der Stadt in der Kölner Sporthalle wurde von der Verwaltungsspitze verboten. Quellenhinweis: „Lokalberichte Köln“, 19, 20, 21/91 — (wof)

Nein zum Haushalt des „sozialpolitischen Rückschritts ins vorige Jahrhundert“ (ÖTV) Für einen Haushalt im Interesse der arbeitenden Bevölkerung

Die Kölner ÖTV, Gliederungen anderer Gewerkschaften des DGB, die Jungsozialisten in der SPD, einige Ortsverbände der SPD, die Grünen im Rat, zahlreiche Einrichtungen, z.B. der Kölner Jugendring, und Einzelpersonen haben bereits einen Haushalt der sozialen Demontage in unserer Stadt abgelehnt.

Die Vorbereitungen dazu werden diktiert von der arbeitnehmerfeindlichen Umverteilungspolitik der Regierung Kohl und ihrer Parteien CDU/CSU und FDP.

Sie treiben die Städte in die finanzielle Katastrophe. Sie wollen das Milliardenprogramm „Aufschwung Ost“ auf dem Rücken der Länder und Gemeinden finanzieren. Gleichzeitig entziehen sie ihnen mit ihrer Steuer- und Finanzierungspolitik immer weiter eigene Einnahmequellen. Und zugleich veröden auch die Städte im Osten.

Deshalb hat die SPD-Fraktion im Rat nicht das Recht, gemeinsam mit der CDU einen Haushalt gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu verabschieden.

Mit der CDU kann es keine „Konsolidierung“ des Haushaltes geben.

Der geplante soziale Kahlschlag in Köln muß gestoppt werden! Andere politische Entscheidungen sind nötig!

* Keine Standardsenkung der kommunalen Leistungen, Erhalt der Lebensqualität für alle Kölner BürgerInnen!

- Keine Kürzungen bei den Jugendeinrichtungen und Bürgerzentren;
- Keine Einschränkung der Gesundheits- und Sicherheitsvorsorge;
- Keine Reduzierung der Beratungs- und Hilfsseinrichtungen (z.B. Erhalt des Maßnahmenprogramms für ausländische MitbürgerInnen, Erhalt des schulpsychologischen- und medizinischen Dienstes und der Sozialarbeit an den Schulen, Erhalt der Mieterberatung, Erhalt der AIDS-Beratung);
- Keine Einschränkung von Bildungs- und Kulturangeboten;
- Keine Schließung oder Privatisierung von Schwimmbädern;
- Keine weiteren Kürzungen der Zu-

schüsse im Kulturhaushalt.

* Kein Abbau von rund 2400 Stellen in fast allen Bereichen der Stadt, keine Arbeitsverdichtung für die Beschäftigten!

* Keine Privatisierung städtischer Aufgaben und Dienstleistungen wie z.B. der Reinigung, der Bäder, der Grünflächen, Kantinen, Schulbusse für Sonderschulen, städtischen Druckereien, in der Stadtverwaltung, im Rechts-, Vermessungs- oder Katasteramt, im Fuhrpark!

Um diese Forderungen, für die die Kölner ÖTV in ihren Informationen „ÖTV gegen Stellenkürzung und Sozialabbau“ eintritt, durchzusetzen, brauchen wir die Einheit der ArbeitnehmerInnen, der gesamten betroffenen Bevölkerung, der Jugendlichen und Arbeitslosen und ihrer Organisationen gegen den geplanten Sparhaushalt.

An erster Stelle sind die Gewerkschaften und die SPD gefordert.

Die Mandatsträger von SPD und Grünen sind verpflichtet, ihr Mandat im Interesse derer wahrzunehmen, von denen sie es erhalten haben! Deshalb ist es richtig, daß die Grünen im Rat einen solchen Haushalt ablehnen.

Wir rufen alle Gewerkschaftskolleginnen und SozialdemokratInnen, die Mitglieder der Grünen und alle Betrof-

fenen auf, gemeinsam die Initiative für eine einheitliche Kundgebung vor dem Rathaus am 28. 11., den Tag der Einbringung des Haushalts, für einen Haushalt im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und aller Betroffenen zu ergreifen und sich in ihren Organisationen dafür einzusetzen.

Darüberhinaus schlagen wir zunächst an weiteren Aktionen vor:

- Versammlung in den Bereichen und Einrichtungen (z.B. Sozial- und Gesundheitsbereich; 17. 10., 20 Uhr MALT Altstr. 6, Köln-Mülheim);
- Delegation zur ÖTV, zu den SPD-Fraktionen in den Bezirkvertretungen und zur SPD-Ratsfraktion;
- Anlässlich der Ratssitzung am 31. 10. bereiten Jugendeinrichtungen einen „Aktionstag der Jugend“ vor dem Rathaus vor. (Treffen: 16. 10., 10.30 Uhr, Stollwerk, 4. Stock);
- Versammlung in den Stadtteilen.

* * *

Dieser Aufruf ist das Ergebnis der Versammlung von ca. 80 KollegInnen aus verschiedenen Bereichen und Einrichtungen, darunter zahlreichen Jugendeinrichtungen, von GewerkschafterInnen und gewerkschaftlichen Funktionsträgern, von SozialdemokratInnen, sozialdemokratischen Mandatsträgern und zahlreichen JungsozialistInnen, von Mitgliedern der Grünen und des Bündnis '90, Mitarbeitern in den „Arbeitskreisen für Arbeitnehmerpolitik“ und zahlreichen Betroffenen am 18. 9. 91 im Jugendzentrum Sülz . . .

Anträge zum Haushalt sind möglich

die vierwöchentliche Frist für Einwendungen.

§ 66 Erlaß der Haushaltssatzung

(3) Der Entwurf der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen ist nach vorheriger öffentlicher Bekanntgabe an sieben Tagen öffentlich auszulegen. Gegen den Entwurf können Einwohner oder Abgabepflichtige innerhalb einer Frist von einem Monat nach Beginn der Auslegung Einwendungen erheben. In der öffentlichen Bekanntgabe der Auslegung ist auf die Frist hinzuweisen; außerdem ist die Stelle anzugeben, bei der die Einwendungen zu erheben sind. Über die Einwendungen beschließt der Rat in öffentlicher Sitzung.“

Sozialminister Jansen: „Ich bleibe da knallhart . . .“ Asylpolitik der schleswig-holsteinischen Landesregierung

Kiel/Norderstedt. Dieselben 65 Flüchtlinge, die nach der sechswöchigen Kirchenbesetzung in Neumünster dann doch gegen ihren Willen nach Greifswald „umverteilt“ wurden, sind, nachdem sie dort am 3. II. im Anschluß an ein Fußballspiel von 200 Hooligans überfallen wurden, mit Hilfe von Unterstützern zurück nach Schleswig-Holstein in die Norderstedter Schalomgemeinde geflohen. Die Kriminalisierung der Unterstützer, von der Landesregierung, über die Presse betrieben, gelingt zunehmend weniger: Die Flüchtlinge haben sich versucht zu organisieren und einen siebenköpfigen Sprecherrat gebildet. Sie lehnen auch die jüngsten „Umverteilungs“vorschläge in die Ex-DDR wegen der dort noch größeren Gefahren für sie ab und fordern weiterhin eine menschenwürdige Unterbringung in Schleswig-Holstein. Demonstrationen in Norderstedt, Preetz (400), Haffkrug (300), Elmshorn (600), Kiel (über 5000), aber auch Briefe, Resolutionen, wie z.B. vom Kreisjugendausschuß des DGB Kiel/Plön, ASten, DPG-Jugend, IG Medien, ja zum Teil Kommentare in

den Kieler Nachrichten (KN) machen deutlich, daß die Durchsetzung der reaktionären Asylpolitik konkret doch auf einigen Widerstand stößt.

Die Landesregierung bleibt nach einem Treffen mit dem Innenminister Mecklenburg-Vorpommerns „knallhart“ und droht den Flüchtlingen sogar mit Nachteilen in ihren ab 21. II. anlaufenden Anhörungsverfahren. Geht es nur um „Gesichtsverlust“, wie ein Kommentator der KN schreibt? Das kann es nicht sein. Ohne Rücksicht auf Gesicht wurden innerhalb von vier Jahren alle Wahlauflagen der Landes-SPD von 1988 — wie dezentrale Unterbringung, Barauszahlung der Sozialhilfe — über den Haufen geworfen. Es geht um die Vorreiterrolle, die die Landes-SPD in bezug auf die Verfahrensbeschleunigung in den letzten Jahren gespielt hat, es geht auch um das bundesweite Flüchtlingskonzept der SPD, das die umfassende Durchlöcherung des Asylrechts ohne eine Grundgesetz-Änderung ermöglichen soll. Nach dem „Allparteienkompromiß“ hat die CDU weiteren Druck auf die SPD ausgeübt, ohne die

Grundgesetz-Änderung ginge doch nichts. Der „Fall Norderstedt“ ist deshalb so prinzipiell, weil er das Konzept der SPD in Frage stellen könnte, weil er klarmachen würde, daß dort, wo die Flüchtlinge nicht mehr nur als „Flut“ o.ä., sondern als Menschen sichtbar dastehen, solch eine menschenverachtende Politik schwieriger durchzusetzen ist.

Es wird in der nächsten Zeit um so wichtiger sein, in der Unterstützung für ein Bleiberecht für Flüchtlinge weiterzumachen und auch bestehende Widersprüche zur herrschenden Regierungspolitik in kommunalen Parlamenten usw. zu vertiefen. Die im April anstehenden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein sind dafür eine günstige Gelegenheit. Das Kieler Aktionsbündnis gegen Rassismus und Abschiebung gibt seit kurzem ein vierwöchentliches, vierseitiges landesweites Infoblatt „grenzenlos — gegen Rassismus, Faschismus und Menschenverachtung“ heraus, das den gemeinsamen Widerstand gegen die reaktionäre Ausländer- und Asylpolitik ausdrücken und entwickeln helfen soll. — (dam)

Kommentiert

Umschulung ist etwas Feines und im Osten groß in Mode gekommen. Wer von den zahlreichen westdeutschen „Schulen in freier Trägerschaft“ irgendwo tummelt sich auf dem ostdeutschen Bildungsmarkt; denn dieser boomt — Treuhand sei Dank. Ein Ende ist vorerst nicht abzusehen, und so sind zweistellige Zuwachsraten auf diesem spezifischen Markt für den Westanbieter Ehrensache. Sogar für einige kleinere Ost-Initiativen fällt noch etwas ab, zum Beispiel Computer-Kurse für Einsteiger. Außerdem beschäftigen die meisten westlichen „Bildungsträger“ auch diesen und jenen vorteilhaft eingekauften Ost-Dozenten — natürlich nur auf weitgehend wertneutralen Gebieten wie Sprachen, Computer-Umgang usw. Andere Fächer werden „Ossis“ nicht anvertraut. Was sollten sie auch dazu sagen können — es war ja nicht ihre Welt ...

Freilich, die Qualität der Angebote ist schwankend: Oft werden die „Ossis“ für dümmer gehalten, als sie tatsächlich sind. Ehrliche „Wessi“-Dozenten stellen dann ihre Vorbereitung um, damit nicht der Eindruck entsteht, die „Ossis“ sollten „runterqualifiziert“ werden.

Im ganzen aber scheinen wohl alle am Umschulungsgeschäft Beteiligten zufrieden. Das hat durchaus praktische Gründe: Wer umschult, versaut die Arbeitslosenstatistik nicht. Er ist ja nicht arbeitslos. Das freut die Regierung. Die „Bildungsträger“ freuen sich über den Zulauf, kassieren sie doch vom Staat pro Nase und Monat um die 1000 DM und kommen obendrein in den Geruch selbstloser Entwicklungshilfe für den unbedarfen Osten. Der Umschüler schließlich bezieht, solange er umschult, Unterhaltsgeld. Das ist für ihn erst einmal das wichtigste. Ihn tröstet auch die Aussicht auf das Arbeitslosengeld, das er nach erfolgter Umschulung beanspruchen kann. Zum Glückskind wird der Umschüler, wenn ihm hier und da auch noch Nützliches geboten wird, das durchaus vorkommt. Auf jeden Fall wird er „positiv motiviert“ und mitunter mit Themen konfrontiert, über die er in seiner jetzigen Situation nicht unbedingt nachdenken würde. „Ossi“ lernt zum Beispiel, interkulturell zu kommunizieren (was immer das auch ist). Dabei macht er sich bewußt, daß der Deutschen Machtbegriff nahezu ausschließlich negativ belegt ist, was sich hinreichend aus der deutschen Geschichte erklärt. Natürlich schießt „Ossi“ — eifrig wie er ist — über das Lernziel hinaus, wenn er meint, deutsche Geschichte und eigene Erfahrung gäben ihm nicht nur das Recht, sondern machen es ihm nachgerade zur Pflicht, staatlicher und anderer Macht gegenüber mißtrauisch zu sein.

Oder „Ossi“ Lernprozeß führt ihn zur Erkenntnis, daß Sensibilität kein nationales Charakteristikum der Deutschen ist. Das stimmt mit seiner alltäglichen Erfahrung auf das schönste überein.

Bei solchen Erkenntnissen gerät er ins Grübeln. Schuldbeußt gibt „Ossi“ dann sogar zu, daß er im Vergleich zum „Wessi“ (der sich früher auch Bruder und/oder Schwester nannte) noch immer viel zu naiv, viel zu obrigkeitsgläubig ist: Er denkt eben, daß Kanzler Kohl das meint, was er sagt, und das hält, was er verspricht, während sein mit vier Jahrzehnten Demokratie-Vorsprung ausgestatteter West-Bruder weiß, daß Kanzlers Worte und Taten nur im Ausnahmefall deckungsgleich sind.

„Ossi“ muß eben noch viel lernen, zum Beispiel auch, daß es in der Betriebswirtschaft Modelle gibt, die klipp und klar beweisen, daß es für den Lohnabhängigen keine Ausbeutung gibt. Er, der von seinem Lohn Abhängende, bekommt, was er zum Gewinnmaximum beigetragen hat. „Das hätte Marx wissen müssen“, denkt sich „Ossi“ da. „Er hätte sich die ganze mühsame Arbeit an drei Bänden Kapital (und mir manche Stunde dazu im Parteilehrjahr) sparen können.“ Apropos Parteilehrjahr: „Ossi“ lernt nun Marktwirtschaft, und dies „durchaus mit heißem Bemühen“, wenn auch wenig faustisch. Nur manchmal beschleicht ihn das Gefühl, diese oder jene Erscheinung, die mit den Segnungen der Marktwirtschaft verbunden ist, schon aus dem Parteilehrjahr zu kennen. Nur war das damals graue Theorie, die Praxis heute ist viel farbiger. Sie könnte auch der geschulteste Agitator nicht ausmalen!

(M. Walter)

Mit einem Defizit von 30 Mrd. DM rechnet die Treuhand-Anstalt (THA) für 1992. Auf insgesamt 102 Mrd. DM befinden sich die Altschulden der Betriebe der Ex-DDR zum 1. Juli 1990. 180 Mrd. DM Umsatz, ähnlich wie 1991, sind für die Noch-THA-Betriebe in 1992 prognostiziert. Da viele Betriebe wegen des zusammengesunkenen DDR- und RGW-Marktes einen Jahresumsatz verzeichnen, der geringer ist als ihre Bilanzsumme, ist das Vermögen dieser Betriebe weit oberhalb der 180-Mrd.-DM-Linie anzusiedeln. Zusammen mit den bereits verkauften „besten Stücken“ kann vielleicht von der doppelten Summe ausgegangen werden. Hiergegen die Gesamtverschuldung gezeichnet, würde einem Kapitalisten-West ob der mehr als hervorragenden Eigenkapitalquote das Herz voll sein. Auch ein Verlust von 30 Mrd. DM wiegt da relativ wenig.

Nun behauptet die Treuhandanstalt, die neben den Betrieben der Ex-DDR über die Hälfte ihres Grund und Bodens verfügt, „ihre“ gesamtes Vermögen beläuft sich (zum 1. Juli 1990) auf ca. 200 Mrd. DM. Das erklärt sich daraus, daß die Treuhandanstalt das DDR-Volksvermögen an westliche Kapitalisten verschleudert. Z.B.: Carl Zeiss Oberkochen erhält das sicherlich in die hunderte Millionen DM gehende Vermögen von

Die Treuhand-Skandale

Carl Zeiss Jena für 1 DM. Damit nicht genug. Als „Anschubfinanzierung“ gibt es seitens der THA für Oberkochen 587 Millionen DM hinzu. Gerade 3000 Arbeitsplätze verspricht Oberkochen zu erhalten. Das ist ein Zuschuß von 20000 DM pro Arbeitsplatz. Dieser Vorgang rechnet natürlich nicht zu den Skandalen.

Tatsächlich halten sich insbesondere die BRD-Kapitalisten mit dem Kauf von DDR-Betrieben zurück und untergraben so den Wert dieser Firmen. Die Alternative hätte bestanden in der Devise „erst sanieren, dann privatisieren“, aber das war politisch nicht gewollt. Hunderte von Betrieben, die von den alten Geschäftsführern und Belegschaften unter THA-Regie saniert wurden und werden, zeigen, daß diese Alternative in großem Maßstab zu realisieren gewesen wäre. Hier soll nicht weiter erörtert werden, daß es richtig gewesen wäre, die Betriebe dann den Belegschaften bzw. Kommunen zuzueignen.

Ganz anders verhält sich die THA, wenn es darum geht, bisherigen Betriebsleitern volkseigener Betriebe die Fortführung in eigener Regie zu erlauben

(management-buy-out / MBO). Kaum 10 % der bisher verkauften DDR-Betriebe konnten von den bisherigen Leitern (mit oder ohne Belegschaftsbeteiligung) erworben werden, fast ausnahmslos handelt es sich dabei um Gaststätten etc. und Kleinstbetriebe. Die offizielle Sprachregelung lautet: MBO ist gewünscht; liegen zwei gleichwertige Konzepte vor, so ist der MBO-Variante der Vorzug zu geben. Nun ist es so, daß zum Konzept auch ein Kaufpreis gehört. Systembedingt war es DDR-Bürgern nicht gegeben, Vermögen anzuhäufen. ebenso systembedingt scheitern nun oft MBO-Wünsche am Unvermögen, einen hohen Kaufpreis bezahlen zu können. Warum es hier keine „Anschubfinanzierung“ gibt? Diese, so lautet es mehr oder weniger offiziell aus der THA, sei nur bei großen Firmen gerechtfertigt, denn diese ziehen Zulieferer und weitere Beschäftigung mit sich. Daß Kleinbetriebe Kleinstbetriebe (Bäcker, Handwerker etc.) am Leben halten, wird dabei „vergessen“. Die THA-Skandale, die in den Medien als solche gelten und doch nur Übertreibungen des Prinzips sind, halten jetzt dafür her, daß

möglichst keine Betriebe mehr zu geringen Preisen verkauft werden sollen. Das trifft in erster Linie nun die MBO-Interessenten und in zweiter westdeutsche Mittelständler.

Des öfteren haben die alten Leiter ihren Betrieb „hübsch“ gemacht, um ihn zu übernehmen, was seitens verschiedener THAen zum Anlaß genommen wurde und wird, ihn „kurz vor zwölf“ Westlern anzubieten. Resultat s.o. Ist ein MBO erfolgreich, so wird propagiert, daß nun Gleichberechtigung im Konkurrenzkampf herrsche. Davon ist man weit entfernt. Von der Vermögenslosigkeit der neuen Inhaber und manchen strukturellen Defiziten (fehlende gewachsene Vertriebswege etc.) abgesehen, kann eine geschäftliche Fläche auch nicht durch das Aufdecken „stillen Reserven“ abgefangen werden, da die Betriebe allesamt zum 1. Juli 1990 bewertet wurden und ebendiese bisher nicht bilden konnten. Mit der Ver- bzw. Behinderung von MBOs trägt die THA auch zur weiteren Zerschlagung regionaler wirtschaftlicher Zusammenhänge bei. Denn gerade in diesem Rahmen versuchen viele kleinere Unternehmen, ihr Überleben zu sichern, gibt es doch noch alte Verbindungen. Aber auch hier wird als „alte Seilschaft“ denunziert, was im Westen als Geschäftsverbindung läuft. (Quelle: FAZ v. 26.10., 12.11.91 — wal)

Ostdeutscher Rundfunk in westdeutschem Griff

Mit der Wahl eines (westdeutschen) Intendanten des brandenburgischen Rundfunks und dem Beitritt Mecklenburg-Vorpommerns zum NDR ist die Neuordnung des Rundfunk- und Fernsehfunks der DDR in der festgelegten, am 31.12.91 ablaufenden Frist zum großen Teil abgeschlossen.

beiterzahl auf eine Größe von etwa 5300 gebracht.“ 14000 waren es gewesen, als der CSUler sein Amt angetreten hatte. Zunächst hatte er mit einer Fragebogenaktion gesäubert: Die Beschäftigten wurden in drei Gruppen eingeteilt und erhielten den Stempel: *keine Weiterbeschäftigung* — dies traf knapp 200; *Weiterbeschäftigung zunächst ohne Leistungsfähigkeit* — dieser Gruppe angehörende Beschäftigte wurden „nach Plan“ bevorzugt entlassen; oder *Weiterbeschäftigung unproblematisch*. Wiederum rückwirkend erläutert Mühlfenzl seine Entlassungskriterien: „Es geht ... keineswegs nur um eine Selektion bezüglich der Vergangenheit der Personen, sondern vor allem wohl um das Einpassen in neue, andere Strukturen.“

Ohne rechtliche Grundlage teilte Mühlfenzl der ARD im Dezember '90 die Frequenzen des ersten DFF-Fernsehprogramms zu. Die ARD übernahm wohl die Frequenzen, nicht aber die Journalisten des Programms. Systematisch „abgewickelt“, d.h. zerschlagen wurde auch das Auslandskorrespondentennetz. Auch hier drängte sich die ARD, Büros und Technik des Netzes zu übernehmen, ebenfalls ohne Korrespondenten. Diese seien „in jeder Hinsicht nicht bekannt“, und überhaupt wolle man auf keinen Fall „Collegen aus der DDR so ungeprüft sozusagen in die Tagesschau übernehmen“. (2)

Gleich in seiner „Dienstanweisung 01“ stellte er klar, wer künftig das Sagen hat: „... öffentliche Erklärungen für die Einrichtung (d.h. das Funkhaus — Red.), insbesondere über zukünftige Programmentscheidungen, Inhalte, personal-, medien- und geschäftsspezifische Entscheidungen ... (sind) mit dem Rundfunkbeauftragten oder seinem Stellvertreter abzustimmen“.

Der stellvertretende Intendant Hildebrandt von „Demokratie jetzt“, der mit anderen die Neugestaltung des Funks eingeleitet hatte, reagierte in einem Interview mit scharfer Kritik: „Mir kommt es manchmal so vor, als hätten wir einen Krieg verloren und müßten uns nun in die bedingungslose Kapitulation begeben ... Ich bin 50 Jahre alt und habe mein Leben auf dem Gebiet der ehemaligen DDR verbracht. Und ich habe, solange ich berufstätig bin, noch nie erlebt, einschließlich der Zeit meiner Wehrdienstverweigerung, daß ich derartige Weisungen zur Kenntnis nehmen mußte.“ (1) Er nahm auch die Dienstanweisung nicht zur Kenntnis, kritisierte öffentlich die von Mühlfenzl eingeleiteten Säuberungsmaßnahmen — und wurde gekündigt.

Mühlfenzl wütete weiter. In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung sagte er am 7. Oktober 1991 rückblickend: „Nach Plan haben wir stufenweise im Drei-Monatsrhythmus die Mitar-

sich nicht noch Private finden, eingestellt.)

Der Sender Freies Berlin übernimmt Ostberlin für 72 Mio. DM Mehreinnahmen an Gebühren, außerdem reißt er sich wahrscheinlich einen nicht kleinen Teil der Liegenschaften und des Vermögens des Funkhauses Berlin unter den Nagel, ohne in nennenswertem Umfang Ostberliner Funk-Beschäftigte einzustellen. Brandenburg baut einen eigenen kleinen Sender auf. Mecklenburg-Vorpommern tritt als viertes Land dem NDR bei (s.u.). In Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt wird ab dem 1. 1. 92 der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) senden.

„Wir brauchen über Jahre eigene Rundfunk- und Fernsehprogramme“, hatte der Ostberliner Hörfunkintendant Singelnstein einmal gesagt. Das Beispiel MDR macht überdeutlich, daß die westdeutsche Kolonialmacht nichts der Bevölkerung der DDR selbst überläßt, und schon gar nicht den Aufbau eines Rundfunks. Sie baut den MDR von oben nach unten auf und sichert damit ihre Kontrolle darüber, was und wie zukünftig gesendet wird.



Gegen die drohende Schließung des kritischen Jugendsenders DT 64 gibt es zahlreiche Initiativen. Am 16./17.11. demonstrierten in Dresden und Leipzig mehrere tausend meist Jugendliche für den Erhalt des Senders: auf einer Kundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz nahmen 400 teil. Allein in Thüringen wurden insgesamt 21000 Unterschriften gesammelt. Die Fraktion der PDS-Linke Liste im Brandenburger Landtag brachte am 6.11. den folgenden Entschließungsantrag ein: „Der Landtag möge beschließen: 1. Die Landesregierung wird aufgefordert, in Wahrung der Medienehre des Landes Brandenburg die Rundfunkfrequenzen für den Sender DT 64 zu erhalten und nicht an Dritte zu vergeben. 2. Die Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit den Regierungen der anderen neuen Bundesländer dafür einzutreten, die Sendefrequenzen für DT 64 zu erhalten.“

übernommen die Bauherrenfunktion. die Hamburger Firma „Quickborner Society – Internationale Managementberatung“ wurde für die Ausarbeitung des Struktur- und Führungskonzeptes des MDR ausgewählt.

Der MDR hat angekündigt, 2000 Beschäftigte einzustellen zu wollen. Die entlassenen bzw. gekündigten Beschäftigten des Staatsrundfunks können sich einzeln bewerben und werden einzeln ein-

gestellt. Er könne es den Ländern nicht verdenken, sagte Mühlfenzl im Interview mit der *Süddeutschen Zeitung*. „wenn sie beim völligen Neuaufbau eigener Rundfunkanstalten sich auch die Leute aussuchen wollen, die ihren Mann am richtigen Platz stehen können.“ Die *Frankfurter Allgemeine* drückte dies so aus: „... die überzeugten Verfechter der Medienpolitik der SED dürfen im neuen Rundfunksystem keinen Platz finden.“ (4)

MDR streicht Regionalprogramme zusammen

Die IG Medien wirft den aus den alten Bundesländern stammenden Verantwortlichen des neu gegründeten Mitteleuropäischen Rundfunks die Mißachtung der Hörerinteressen vor. Entgegen den Zusicherungen, die der Intendant Udo Reiter (CDU) auf Personalaussammlungen abgegeben hat, will die neue Landesthekhausdirektorin Ulrike Wolf (CDU) dem Vernehmen nach die tägliche Sendezeit der bisherigen Regionalprogramme um mehr als 90 Prozent zusammenstreichen: von derzeit sechs Stunden beim Sachsenradio auf 24 Minuten! Die Zusammenstreichung regionaler Informationen werde, so befürchtet die IG Medien wohl zu Recht, mit dem drastischen Abbau von Beschäftigten einhergehen.

Der NDR expandiert

Der NDR hatte sich von Anfang an zum Ziel gesetzt, Mecklenburg-Vorpommern seinem Sendegebiet anzuschließen. Dabei war ein gewisser Widerstand der mecklenburgisch-vorpommerschen Landesregierung zu brechen. Arrogant verlangte der Hamburger Bürgermeister Voscherau von seinem Kollegen Gomolka Aufklärung, warum dieser den Beitritt zum NDR-Staatsvertrag als drittbeste Lösung bezeichnet habe. (5) Das *Handelsblatt* legte nahe, falls Mecklenburg-Vorpommern auf einem eigenen Sender bestehe, die Aufnahme in die ARD zu verweigern, d. h. vor allem vom Finanzausgleich auszuschließen. (6)

Der NDR gewinnt durch den Anschluß viel. Er kann mit 97 Mio. DM zusätzlichen Gebühreneinnahmen kalkulieren und hat, nach Anfangsinvestitionen von 130 Mio., mit zusätzlichen Aus-

gaben von höchstens 50 Mio. zu rechnen. Hinzu kommt, so der NDR-Intendant, daß der NDR „durch ein vergrößertes Sendegebiet ... für west- und ostdeutsche Unternehmen als Werbeträger immer interessanter“ werde. (7) Hieß es zunächst, daß der NDR im Schweriner Funkhaus 500 Rundfunkangestellte neu einstellen werde (7), so ist heute nur noch von 300 der Rede. (8) Überwiegend könnten sich, so das großzügige Angebot, Mitarbeiter der jetzigen ostdeutschen Rundfunkeinrichtungen bewerben. Selbstverständlich werde man jeden einzelnen auf seine politische Vergangenheit und auf seine Qualifikation „genauestens prüfen“.

Fazit

Von den 14000 ostdeutschen Funkangestellten werden bei Jahresanfang gut 2500 übrigbleiben, weniger, als allein der Bayerische Rundfunk Beschäftigte hat. Von den Programmen der ostdeutschen Sender werden nur einige wenige übernommen, die kritischen fast durchweg gestrichen. „Der Osten wird stumm“, kommentierte Otto Köhler in der *Zeit*. (2) „Übrig bleibt eine von westdeutscher Politik gestaltete und beherrschte Rundfunklandschaft-Ost.“ (9)

Quellen: (1) Zitiert nach *Die Zeit*, 7.6.91; (2) *Zeit*, 28.6.91; (3) *Süddeutsche Zeitung*, 29.8.91; (4) 3.9.91; (5) *Frankfurter Rundschau*, 16.8.91; (6) *Handelsblatt*, 31.7.91; (7) *Handelsblatt*, 6.8.91; (8) *FAZ*, 12.9.91; (9) *Zeit*, 3.10.91 — (sc)

Kurz berichtet

Dorfläden verschwinden, die Lebensqualität sinkt

Neben solchen Tatsachen wie das „moderne Bauernlegen“, die Einschränkung des öffentlichen Personennahverkehrs, die durch Nach-Perspektivlosigkeit in vielen Dörfern verursachte verstärkte Migration u. a. vollzieht sich schrittweise und ungehindert auch noch eine Verdunstung des Versorgungsnetzes für die Landbevölkerung vor Ort. Bekanntmaßen waren in der DDR besonders die Konsumgenossenschaften die Träger der einfachen Dorfläden und vieler ländlicher Einkaufseinrichtungen. Auf Treuhänder-Entflechtungsgeheiß wird sich in allen fünf neuen Bundesländern bis Ende 1991 die Zahl dieser Läden von ehemals nahezu 28500 auf 14000 Geschäfte reduzieren. Und vorgesehen ist eine weitere Schrumpfung auf 7500. Zum größten Teil ersatzlos! Dieser gleiche Prozeß vollzieht sich im Lande Brandenburg, nur — bei einer Siedlungsdichte von 91/qkm und großen Landesteilen, die noch viel dünner besiedelt sind — mit wesentlich größeren sozialen Auswirkungen.

Was bedenklich stimmt — und wo die landeshoheitliche Steuerung und Aktivitäten der Kreisämter einfach gefordert sind —, ist das Zusammenfallen verschiedener negativ wirkender Komponenten für die ländliche Bevölkerung:

- Die Migration weg vom Dorf führt zu einer weiteren Überalterung;
- diese Überalterung schränkt die persönliche Mobilität der Landbevölkerung weiter ein, was durch die Einschränkung des öffentlichen Personennahverkehrs noch verstärkt wird;
- die Lebensqualität in vielen kleinen Dörfern und Vorwerken im Land Brandenburg reduziert sich beträchtlich, wenn bei weniger Arbeitsplatzangeboten nun auch noch Schulen, Gemeindeschwesternstation, Bibliotheken und „Tante-Emma-Läden“ verschwinden.

Die HBV arbeitet in diesem Zusammenhang an einem Konzept, das vorsieht, an die 400 ländlichen Einkaufszentren in den neuen Bundesländern jeweils 5 bis 10 kleinere Nahversorgungsläden anzubinden. Dieses Konzept kann auch von den PDS-Abgeordneten mitgetragen werden. — (Nach einem Artikel von G. Wullekopf, in: *Kommunalpolitisches Forum* 10/91)

ÖTV gegen § 218

Am 6. und 7.11.91 wurde auf der ÖTV-Bezirkskonferenz Nordwest-Mecklenburg/Vorpommern, etwa 180000 Mitglieder, u. a. folgender Antrag zum § 218 auf den Weg gebracht:

„Die Gewerkschaft ÖTV wendet sich entschieden gegen die bisherige Praxis des § 218 in den alten Bundesländern. Sie bekräftigt den Beschuß des Gewerkschaftstages 1984 und 1988 nach Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch und bekämpft jeden Versuch, gesetzliche Regelungen zu schaffen, die Frauen weiterhin kriminalisieren, diskriminieren, entmündigen und einschüchtern. Die ÖTV fordert die Errichtung ambulanter Schwangerschaftsabbruchmöglichkeiten in Krankenhäusern und Fachpraxen im gesamten Bundesgebiet. Lohnfortzahlung bei Schwangerschaftsabbruch darf nicht zur Diskussion stehen. Die betroffenen Frauen dürfen nicht erfaßt werden. Die ÖTV tritt ein für die kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln, für eine sexualbejahende Aufklärung in den Schulen und für die Schaffung eines flächen- und bedarfsdeckenden Angebots an Kinderkrippen und Tagesstätten. Sie fordert das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht der Frauen, ohne Zwangsberatung und Wartefristen. Die ÖTV soll initiativ dafür tätig werden, auch Zusammenschlüsse und Initiativen aus der Frauenbewegung, die Forderungen in diesem Sinne erheben, zu unterstützen.“ — (aal)

DGB-Gesetzesinitiative für Mitbestimmung der PR

Wie der stellvertretende DGB-Landesvorsitzende Berlin-Brandenburg, Bernd Rissmann, in Potsdam vor der Presse mitteilte, hätte der Landesverband einen in mühseliger neumonatiger Kleinarbeit erarbeiteten Gesetzesentwurf über die Mitbestimmung der Personalräte im öffentlichen Dienst dem Landesparlament zugeleitet. Dieser Entwurf sei unter Aufarbeitung der positiven und negativen Erfahrungen mit dem Bundespersonalvertretungsgesetz von 1974 in den Altbundesländern und unter Anleihen aus Schleswig-Holstein entstanden. Das Gesetz soll vor allem den Landesbedienten Anhörungs- und Mitwirkungsrechte in allen personellen, organisatorischen und betriebswirtschaftlichen Angelegenheiten garantieren. Es regelt die

Mitsprache der Personalräte beim Aufstellen von Sozialplänen, bei der Festlegung des Beschäftigtenbedarfs sowie bei der Leistungseinschätzung und Maßnahmen zu deren Überprüfung. Positiv zu werten ist, daß die Gesetzesvorlage auch Festsetzungen zur Stärkung der Jugend- und Auszubildendenräte vorsieht. Um die Frauenposition in den Personalräten zu stärken, sieht der Entwurf eine Quotenregelung entsprechend der Beschäftigtenstruktur der jeweiligen Einrichtung vor. Hier liegt eine unterstützende Initiative des DGB-Landesverbandes vor, der man nur die volle Zustimmung des Landesparlaments wünschen kann.

Wir von der „linken Oppositon“ wären auch dafür, daß diese Rechte und Pflichten künftig nicht nur auf die Personalräte des öffentlichen Dienstes beschränkt blieben!

(aus: *Kommunalpolitisches Forum* 10/91)

Einschüchterungsversuche mit dem § 218

In den neuen Bundesländern kommt es vor, daß Frauen vor einem Schwangerschaftsabbruch schriftlich bestätigen müssen, über die westdeutsche Rechtslage informiert worden zu sein. Zur Information erhalten die Frauen zuvor ein Blatt, auf welchem die geltende Indikationsregelung des § 218 dargelegt wird, d. h. mitsamt den Strafandrohungen. Damit sollen offensichtlich die Frauen verunsichert werden und Angst bekommen, zweitens soll die Stimmung verbreitert werden, als sei schon sicher, daß dieser § 218 für die ganze BRD durchgesetzt werde. Die FDP-Bundestagsabgeordnete Uta Würfel hat dagegen protestiert und von der Bundesregierung eine Stellungnahme dazu verlangt. — (sul, ÄZ vom 7.11.91)



Beschäftigte und Patienten des Humaine Klinikums in Bad Saarow (Brandenburg) fordern den Erhalt ihres Krankenhauses, da es medizintechnisch gut ausgestattet ist, für Verkehrsunfallopfer ideal liegt und zudem wirtschaftlich arbeitet. Staatssekretär Affeld (SPD, aus NRW stammender Ministerialbeamter) habe Vorurteile, weil das Krankenhaus einst zur NVA gehörte, vermutet der Betriebsrat. — (har)

Diskutiert: Wie weiter mit der PDS?

Wie weiter mit der PDS, lautet eine Titelzeile auf der Seite II der Politischen Berichte Nr. 23/91. Die PDS stellt zur Zeit wahrscheinlich eine Sammelbewegung linker Kräfte dar, deren Absichten, besser vielleicht deren politisches Konzept, wie die Gedanken von Martin Harnack in der oben genannten Nummer zeigen, nur schwer erkennbar sind. Für politisch engagierte Menschen ist es nicht ohne Bedeutung, welchen weiteren politischen Weg die PDS gehen wird. Bisher hat die PDS nach der Wende ständig weitere Mitglieder verloren, und für die kommenden Bundestagswahlen sieht es nicht rosig aus. Es ist eher zu erwarten, als auszuschließen, daß die PDS ihre Sitze und Stimmen im Bundestag verlieren wird.

Die Ursachen für diese Entwicklung sind sicher sehr differenziert, aber es kann auch keinem politisch denkenden Menschen gleichgültig sein, was mit der PDS passiert. Ihr Verschwinden würde zunächst jeder Opposition, die links von der SPD steht, auf längere Zeit die Möglichkeit nehmen, im Bundestag präsent zu sein.

Der Zusammenbruch der DDR und die damit entstandenen sozialen und wirtschaftlichen Probleme werden für eine längere Zeit für sozialen Zündstoff in ganz Deutschland sorgen. Die kleinen und großen Sorgen der Menschen verlangen deren politische Artikulation. Die Partei, die für die realen Bedingungen machbare Konzepte anbietet, wird auch auf die Zustimmung der Wähler treffen.

Gemessen an diesem Hintergrund zeigen die Gedanken von Martin Harnack, wenn sie eine tragende Meinung in der PDS widerspiegeln, daß die PDS die aus dem politischen Alltag entspringenden Probleme weder umfassend sieht noch die Fähigkeit erkennen läßt, daraus Politik zu machen, die wirkliche Veränderungen zur Sicherung der Interessen der arbeitenden Menschheit herbeiführen kann.

Eine Ursache dieser Entwicklung besteht sicher im Umgang mit der Geschichte sowie mit Begriffen und Inhalten, die Geschichte, Gegenwart und Zukunft beschreiben.

Es ist sicher richtig, davon auszugehen, daß Martin Harnack daran interessiert ist, der PDS auf ihrem komplizierten Weg voran zu helfen. Aus diesem Grund ist er der Überzeugung, daß nur ein radikaler Bruch mit der SED und der KPdSU die Glaubwürdigkeit der PDS verbessern kann. Wahrscheinlich erkennt Martin Harnack aber nicht, daß er mit seinen Argumenten, sich von der SED und KPdSU zu verabschieden, gewollt oder ungewollt den Marxismus als Theorie über Bord wirft und sich damit weitgehend der Möglichkeit beraubt, ein alternatives Konzept zum Kapitalismus zu entwerfen.

Solche Gedanken wie: „Die kommunistischen Parteien haben vor der Ge-

schichte nicht nur jämmerlich versagt, sondern auch ungeheure Schuld auf sich geladen“ und „Nicht nur unzählige Tote haben sie auf dem Gewissen, sondern auch eine wohl noch lange nachwirkende geistige Verkrüppelung ganzer Völker“ pauschalieren sicher in einer Weise, die nicht dazu beitragen kann, die Wahrheit zu finden, und schränken in der PDS die Möglichkeit zu einer sachlichen Diskussion ein.

Ein solcher Umgang mit der Vergangenheit löst nicht ein Problem. Es ist anzunehmen, daß Martin Harnack Mitglied der SED war, falls nicht, ändert das auch nichts an der Bewertung seiner Gedanken. Martin Harnack macht den Versuch, nicht Menschen, sondern Symbole für gesellschaftliche Fehlestellungen verantwortlich zu machen. Eine Partei kann aber keine Verantwortung für ein reales Ereignis tragen, sondern immer nur ihre Mitglieder oder Führer, d. h. konkrete Menschen. Die SED und KPdSU bestanden aus Mitgliedern, und deren konkretes Verhalten in der Gesellschaft war es, das die gesellschaftliche Fehleistung herbeiführte oder begünstigte. Nicht wenige ehemalige Funktionäre, die Verantwortung trugen, haben heute jeder politischen Tätigkeit abgeschworen und lehnen damit auch ihre Verantwortung für die Vergangenheit ab. Das wäre alles noch einleuchtend, aber wie viele arbeiten heute z. B. in der Treuhand oder anderen Einrichtungen und helfen dabei, das ehemalige Volkseigentum völlig uneigennützig einem neuen Besitzer zuzuführen. Die Bewältigung der Vergangenheit wird durch die Öffentlichkeit ohnehin symbolisch auf die PDS übertragen, und die PDS selbst übernimmt durch eine solche Argumentation wie der von Martin Harnack freiwillig alle Schuld, statt sie denen zu geben, die sie wirklich haben. Aber nicht nur das. Martin Harnack behauptet, im realen Sozialismus seien die Völker geistig verkrüppelt. Hat der Sozialismus stalinistischer Prägung die Bildung völlig vernachlässigt? Bei allen Fehlern, die gemacht wurden, eine solche Behauptung läßt sich nicht beweisen. Die Untersuchung, was war richtig, was war falsch, wer ist verantwortlich, wer nicht, was hätte anders gemacht werden müssen und was nicht, wird auf diese Weise durch pauschale Aussagen ersetzt, die letztlich bei jedem denken den Wählern auf Ablehnung stoßen müssen.

Eine ähnliche Wirkung haben wahrscheinlich auch solche Aussagen wie: „Letztlich haben die kommunistischen Parteien die Gesellschaft, die sie aufheben wollten, noch einmal geschaffen, nur nahezu in fast allen Punkten schlechter.“ Denkbar ist, daß die Kommunisten eine gesellschaftliche Ordnung aufheben wollten, aber die Gesellschaft selbst? Der Marxismus will keine Gesellschaft aufheben, er geht vielmehr davon aus,

dass die Veränderung gesellschaftlicher Ordnungen das Ergebnis dialektischer Entwicklung ist.

Die Kritik der von Martin Harnack dargestellten Gedanken soll nicht dem Zweck dienen, die Absichten, der PDS mehr Geltung in der Gesellschaft zu verschaffen, in Zweifel zu ziehen, aber es ist zweifellos auch nicht falsch, Bedenken anzumelden, ob dieses Ziel auf diesem Wege erreicht werden kann. Weiter ist davon die Rede, daß in der PDS eine direkte Demokratie verwirklicht werden soll. Das hätte zur Folge, daß ständig alle Mitglieder befragt werden müßten, wie zu verfahren ist. Es reicht aber schon ein Blick auf die Realität in der Bundestagsfraktion der PDS, um zu erkennen, daß sich die Mitglieder der Fraktion keineswegs an demokratisch gefaßte Beschlüsse halten, sondern ihr Abstimmungsverhalten ausschließlich ihrer Entscheidung unterliegt. Wie soll direkte Demokratie organisiert werden? Hoffentlich nicht so, daß sich die Mitglieder der Partei treffen, Stunden oder Tage diskutieren, um in der Überzeugung auseinanderzugehen, daß ohnehin keiner an die gefaßten Beschlüsse gebunden ist. In einer Demokratie heutiger Prägung entscheiden Mehrheiten. Eine moderne Gesellschaft ist seitens arbeitsteilig organisiert, daß es völlig undenkbar ist, darauf zu verzichten, gewählten Personen Vollmachten zu übertragen, damit sie im Sinne der Mehrheit handeln. Was ist aber von einer direkten Demokratie zu halten, wenn sie selbst in der bestehenden PDS nicht zu verwirklichen ist? Eine Gesellschaft zu fordern, in der direkte Demokratie herrscht, und diese Absicht vielleicht noch dem denkenden Wähler als Alternative zum Kapitalismus anzubieten, muß deshalb die Chancen der PDS bei den Wählern weiter mindern.

Zweifel an der Redlichkeit der PDS müssen dem Wähler auch kommen, wenn er bei Martin Harnack liest, daß die PDS keine Machtambitionen hat, sondern durch die Überzeugung getragen ist, daß die jetzige Gesellschaft nicht das Ende der Gesellschaftsentwicklung ist, und wenige Sätze später davon die Rede ist, den heutigen Problemen zu „Stimme und Macht“ zu verhelfen.

Die wenigen Gedanken zu den Überlegungen von Martin Harnack zeigen, daß guter Wille allein die Probleme der PDS nicht lösen kann. Jeder, der die Situation so sieht, wie sie hier dargestellt wurde, darf sich deshalb der Aufgabe nicht entziehen, zu helfen und helfend zu verändern. Für die unmittelbare Gegenwart ist das eine erstrangige politische Aufgabe aller linken Kräfte in diesem Lande.

Von Vorteil wäre es, wenn es gelänge, die Diskussion darüber weiter zu führen und vielleicht auch Martin Harnack zu bitten, seine Meinung zu den geäußerten Kritik öffentlich zu machen.

— (W.T.)

Schon immer war in Italien alles ein bißchen anders als hierzulande. Massenhafter, bewaffneter Widerstand beschleunigte die Niederlage des Faschismus in den vierziger Jahren; als sich 1967 die Studenten und ein Jahr später die Arbeiter erhoben, um gegen ein System der Klassenherziehung, der totalen Funktionalisierung aller Lebensäußerungen, gegen die Organisation der Produktion und die Perspektivlosigkeit eines Daseins zwischen Fließband und Wohnsilo, Anpassung und Marginalisierung zu kämpfen, beinhalteten ihre Aktionen eine tatsächliche, greifbare Dimension von Kollektivität, und die Kämpfe trugen, nicht nur objektiv, sondern auch in den Köpfen ihrer ProtagonistInnen selbst, einen offensiv antikapitalistischen Charakter. Als — infolge, aber auch gegen die Endgültigkeit ihrer Niederlage — in den beginnenden siebziger Jahren die bewaffnete Organisation auf den Plan tritt, erwächst sie aus diesen Kämpfen, ist tief verwurzelt in den militärischen Traditionen der Arbeiterklasse, kann sich, zumindest über mehr als ein Jahrzehnt, auf eine breite Basis unter den Lohnabhängigen und Studenten stützen und wird zu einer politischen Kraft, die die italienischen Klassenauseinandersetzungen der siebziger Jahre entscheidend beeinflußt.

Seitdem sich, bedingt durch die politischen Fehler und militärischen Niederlagen des bewaffneten Kampfes in Westeuropa (die in Italien ihren Ausdruck zunächst im „Strategischen Rückzug“ von 1982 fand), durch weltweit veränderte Machtkonstellationen und fortschreitende imperialistische europäische Vereinheitlichung für die Linke hier und anderswo die dringende Notwendigkeit neuer strategischer Perspektive stellt, ist auch das Bewußtsein über die Notwendigkeit der Geschichtsaufarbeitung der bewaffneten Formationen in diesen Ländern gewachsen. Geschichtsaufarbeitung als Aufräumarbeit und Abfallverwertung, wie sie derzeit einen konjunktuellen Aufschwung (in Diplomarbeiten zur RAF unter dem Aspekt des „Terrorismus als Resultat von Prozessen sekundärer Devianz“, „Instanzenkonflikt“ und „Wertewandel der Gesellschaft“, in 400seitigen, Marketingkonzepten entstammten Erledigterklärungen bürgerlicher Großverlage) erlebt, ist dabei ebenso entbehrlich wie das Festhämtern dieser Diskussion auf das Terrain Gefangene/Staat — und dient hier wie dort eher den Interessen der Herrschenden. Auch wenn gerade unter den vorher erwähnten Gesichtspunkten und im Rahmen eines — wiederum in Italien begonnenen — europäischen Projekts exemplarischer Befriedung durch Abschwörung/Amnestie einerseits und Isolation/Differenzierung/Vernichtung andererseits die Situation politischer Gefangener aus den Guerrillabewegungen und auch die „Reproduktionsbedingungen“ dieser Bewegungen selbst in den achtziger und neunziger Jahren zunehmend mehr „Gemeinsamkei-

„Die verwundeten Gesichter zeigen . . .“

Neuerscheinung zur Aufarbeitung der Geschichte des bewaffneten Kampfes in Europa



Stefan Seifert: Lotta armata — Bewaffneter Kampf in Italien, Die Geschichte der Roten Brigaden, ISBN 3-89408-013-2, Edition ID-Archiv, Berlin-Amsterdam, 1991

ten“ aufweisen, ist es notwendig und unerlässlich, die Erfahrungen in den einzelnen Ländern unabhängig voneinander zu untersuchen. Solche Untersuchungen sind Teil einer unter anderem von den Gefangenen hier zurecht und längst überfällig auch unter dem Gesichtspunkt ihrer eigenen, freien und ungehinderten Kommunikationsmöglichkeit eingeforderten Diskussion der vergangenen zwei Jahrzehnte.

Mit dem Buch „Lotta armata — Bewaffneter Kampf in Italien / Die Geschichte der Roten Brigaden“ hat der Autor Stefan Seifert für das „Beispiel Italien“ einen Beitrag zu einer solchen Untersuchung vorgelegt, der nicht nur durch sorgfältige Recherche und faktische Genauigkeit, sondern auch durch den — weitgehend gelungenen — Versuch überzeugt, die Geschichte der „bewaffneten Partei“ mit ihren sozialen, politischen und kulturellen Entstehungs- und Entwicklungshintergründen zu verknüpfen und auch für LeserInnen ohne tiefegehende Italienkenntnisse darzustellen.

1968 und davor

„Ebensowenig wie die miserablen Studienbedingungen die einzige Ursache für die Studentenbewegung waren, läßt sie sich auf das Jahr 1968 reduzieren. Und: Ebensowenig, wie ... die Auswirkungen der internationalen Ereignisse von 1967 und 1968 auf die Studentenschaft unterschätzt werden dürfen, kann die Studentenbewegung nur als Antwort darauf verstanden werden.“ Nicht nur was die Explosion der Universitäten und die kurzlebige aber gewaltige Dynamik der Bewegung betrifft, die auf dem Campus beginnt und die

Straße erobert, vermeidet der Autor jede verkürzte Linearität einer simplifizierten historischen Ableitung. In einer kurzen — insgesamt auch ein wenig zu kurzen — Exposition entwirft er ein brauchbares Raster der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Italiens vor 1968, der Rolle der Kommunistischen, Sozialistischen und Christdemokratischen Partei, der traditionellen Arbeiterorganisationen und des Einflusses der „Neuen Linken“ auf die theoretischen Debatten. Auf dem Hintergrund der Veränderung der Produktionsverhältnisse — z.B. Einführung der halbautomatischen Fließbandproduktion in den fünfziger Jahren, Überangebot unqualifizierter Arbeitskräfte aus dem Süden — und der damit verbundenen Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse wird klar, warum die Interessen des Massenarbeiters der sechziger Jahre zunehmend weniger durch die traditionelle Arbeiterbewegung repräsentiert werden und neue, autonome und militante Organisationsansätze und Kampfformen entstehen.

1969 und danach

Daß der PCI, der bereits bei der Restauration des Kapitalismus im Nachkriegsitalien eine vom Autor als „unruhig“ bezeichnete, aber leider nur in Umrissen beschriebene Rolle zu kam, „spätestens Ende der sechziger Jahre jeglichen Kredit als Hoffnungsträger einer wirklichen — und erst recht revolutionären — Umgestaltung verspielt“ hatte, scheint, trotz bemühter (aber leider ebenfalls zu schematischer) Genauigkeit, mit der Seifert den Weg der Partei von der „Opposition neuen Typs“ über den „historischen

Kompromiß“ bis zur (durch die Entführung Moros gescheiterten) „Regierung der Nationalen Solidarität“ verfolgt, zu kurz gegriffen. Die Erfolge der unternehmerischen Gegenoffensiven nach 1969 begründen sich nicht nur in der beispiellosen Repressionswelle und den Ergebnissen der „Strategie der Spannung“, sondern auch in den von PCI und Gewerkschaften mit Erfolg geführten Kanalisierungskampagnen der politischen Kämpfe auf das soziale Feld von Reformprogrammen (Wohnung, Steuern, Gesundheit), in denen viele nach wie vor auch Schritte auf einem „italienischen Weg zum Sozialismus“ sahen. Daß die PCI als vermeintlich einziger Garant gegen einen Rechtsputsch zahlreiche Wahlstimmen erhielt, steht damit nur in einem bedingten Zusammenhang. Nur der fortgeschrittenste Teil der Arbeiterklasse vollzog den endgültigen Bruch mit der PCI. Und — zunächst — wiederum nur wenige wandten sich dem bewaffneten Kampf zu. Selbst die Roten Brigaden bezeichneten in einem ihrer ersten Papiere die PCI als „starke demokratische Kraft“ und rechneten sie erst nach Berglingers programmatischer Verkündung des „Historischen Kompromisses“ zum herrschenden Machtblock, der an den Punkten seiner inneren Widersprüche getroffen und schließlich zerschlagen werden müsse.

Der bewaffnete Weg

Die eigentliche Stärke des Buches besteht darin, daß es Stefan Seifert gelingt, auf dem knappen Raum von rund 200 Seiten die Theorie und die Praxis der Roten Brigaden (BR) von den Anfängen der „bewaffneten Propaganda“ bis zu ihrem (vorübergehenden?) Abtreten von der politischen Bühne Ende der achtziger Jahre weitgehend bruchlos nachvollziehbar zu machen, ohne daß es dazu des für die meisten unmöglich und auch für „geübte“ LeserInnen reichlich mühsamen Studiums umfangreicher Originaltexte der BR bedarf. (Italienische Autoren haben hierzu allein für den Zeitraum bis Mitte der siebziger Jahre zwischen 300 und 400 Seiten gefüllt, ohne damit substantiell sehr viel ergiebigere Beiträge zu liefern.) Der Drahtseilakt, komplizierte — und im Original meist umfangreiche — theoretische Einschätzungen auf ihren Kern zu reduzieren und, ohne daß daraus allzu verfälschende Plattheit entsteht, in kürzester und allgemein verständlicher Form darzulegen, gelingt in den meisten Fällen. Die relativ ausführliche Chronologie der Beschreibung von Aktionen der BR wird dadurch nie zur (im Kopf der LeserInnen) zusammenhanglosen Aneinanderreihung. Insbesondere die inneren Widersprüche der Organisation, die sie, neben anderem, Anfang der achtziger Jahre in die Defensive des „Strategischen

Rückzugs“ drängte und wenige Jahre später zur Spaltung (und zur Gründung einer neuen Struktur durch eine aus der Organisation ausgeschlossene Minderheit) führen, werden anschaulich vermittelt. Erwähnenswert ist auch — gerade beim Umgang mit Originaltexten und Zitaten — daß bei den Übersetzungen aus dem Italienischen, die sich bei politischen Papieren oft als äußerst problematisch erweisen, mit großer Sorgfalt umgegangen wurde. Die oft übliche und unsinnige „Eindeutschung“ unübersetzbare Begriffe fehlt ebenso wie ängstlich am Original entlanghangelnde Schablonensätze.

Knast und Ende?

Bereits ab Mitte der siebziger Jahre wandte die Organisation — in der Folge zahlreicher Verhaftungen von Militanten — ihre Aufmerksamkeit auch dem Gefängnis zu. Mit der „Neugliederung des Gefängniswesens“ und der Schaffung der Sondergefängnisse im Sommer 1977 traten auch die Gefängniskämpfe in eine neue Phase, in denen die Gefangenen aus der BR eine entscheidende Rolle spielen und in denen die „Schlacht von Asinara“ im Oktober 1979 und der Aufstand in Trani 1980 lediglich die Höhepunkte markieren. Die Entstehung der „fronte carceri“ (Knastfront) durch BR-Militante ist ebenso wie zahlreiche Angriffe auf Gefängnisverantwortliche (Ärzte, Wachpersonal) ein Ausdruck dafür, welche Bedeutung die BR dem Kampf im und gegen das Gefängnis zuerkannten. Von der Entführung des Genueser Richters Sossi 1974 über Aldo Moro bis zur Gefangennahme des für die Hochsicherheitsgefängnisse verantwortlichen Richters Giovanni D’Urso 1980 reichen auch die Versuche, gefangene MitkämpferInnen zu befreien, bzw. durch Aktionen von außen auf die Gefängnisbedingungen Einfluß zu nehmen.

Obwohl die wesentlichsten Fakten zu diesem Bereich der Politik der BR in Seifers Buch enthalten sind, finden sie sich leider nicht in einem erschließbaren, sondern nur relativ mühsam zu tektonisierender Zusammenhang der allgemeinen Entwicklung. Ein eigenes Kapitel hierzu oder ein Exkurs, wie zur „Bewegung von ‘77“ und der Verfolgung der Autonomie im April 1979 wäre zu wünschen. Auch deshalb, weil die „Kontinuität politischer Gefangenenschaft“ letzten Endes ein zentraler Punkt der Kontroversen (auch der Gefangenen selbst) um Amnestie, Abschwörung oder Festhalten an revolutionären Prinzipien in den letzten Jahren ist. Eine Debatte, die das Buch wiederum in seinen wesentlichen Zügen ausreichend darstellt. Bedauerlicherweise wird die Tatsache, daß die Situation in den Gefängnissen nicht nur durch eine Diskussion und Kontroverse unterschiedlicher

Standpunkte der Gefangenen, sondern ebenso sehr durch die staatliche Strategie der Spaltung, Differenzierung und — letzten Endes — lebenslanger Einbettierung der nicht zum Dialog bereiten „irriducibili“ bestimmt ist, weitgehend verschlagen. Die in diesem Zusammenhang angeführten Haft erleichterungen für die Verhandlungswilligen sind nur eine Seite dieser Strategie. Auseinanderlegungen, Rollenkommandos von Wachbeamten (wie vor kurzem in Cuneo und Novara) und immer neue Urteile gegen längst zu lebenslänglicher Haft verurteilte zeigen die Kehrseite.

Geschichte nutzbar machen

Nützliche Bücher sind solche, die zeigen, daß Lebensbedingungen geändert werden können, daß die bürgerliche Lösung von „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ eine Fiktion zur „Verschleierung von Unfreiheit, Ungleichheit und Klassengegensatz“ darstellt. Nützliche Bücher sind solche, die die Welt nicht als einen Komplex festgefügter Verhältnisse, sondern als einen Komplex von Prozessen und Geschichte nicht als gute oder schlechte Vergangenheit darstellen, sondern als Abfolge solcher Prozesse, aus deren Kenntnis Bewußtsein erlangt und daraus resultierend neue Prozesse von Veränderung eingeleitet werden können. Als Prozesse verlieren Zustände ihre Unantastbarkeit, werden dem Zugriff menschlichen Handelns ausgesetzt. So gesehen ist Stefan Seiferts „Geschichte der Roten Brigaden“ — auch wenn man/frau mit Schlussfolgerungen und Einschätzungen des Autors nicht übereinstimmt — eines der (dem Rezensenten bekannten) nützlichsten deutschsprachigen Bücher zu diesem Thema. Insbesondere auch, weil ein außergewöhnlich umfangreiches Literaturverzeichnis und ausführliche Anmerkungen eine gezielte, vertiefende Befassung an den Stellen ermöglichen, die der Autor (meist notwendig, oft schadlos, manchmal fatalerweise) „überspringt“. Und nicht zuletzt deshalb, weil Seifert mittels „kleiner Einführung in die Gehirnwundungen der unabhängigen Wissenschaft“ die zwar taktisch „jeweils anderen, in ihrem Ziel aber stets gleichen“ Erklärungs- und Definitionsansätze bürgerlich-, wissenschaftlicher Geschichtsschreibung umreißt. Was einem bei genauer Beachtung schon nach dem Lesen von Klappentexten den Nickerchern manch anderen Buches leicht machen kann. — (ms)

Anmerkung

Zahlreiche Papiere, Resolutionen, Grundsatzpapiere und Erklärungen der Roten Brigaden, aus denen in diesem Buch zitiert, auf die hingewiesen wird oder auf die der Autor sie bezieht, erscheinen demnächst in einem umfangreichen Band „Texte der Roten Brigaden 1970–1990“ bei der Gruppe 2 in München. Der Band enthält in deutscher Übersetzung alle wichtigen Grundsatzklärungen und Positionspapiere sowie zahlreiche Dokumente, an denen sich die politische und organisatorische Entwicklung seit ihrer Entstehung anhand der Originaltexte nachvollziehen läßt.

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich . . . Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

im Jahresabonnement (52.— DM bei Einzelabo).

im Halbjahresabonnement (26.— DM bei Einzelabo).

Zahle nach Rechnungserhalt.

Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank) Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzähliglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226, Tel. 0221/21 64 42.

Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Hüseyin Celebi (über: Kurdistankomitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides

(über: GNN, Waldparkstraße 9, 6800 Mannheim 1), Jörg Deljen (über: GNN, Postfach 260226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Holzstraße 2, 8000 München 5), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über: Arbeitsgemeinschaft Kommunale Nachrichten, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz)

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/246915, Telefax: 0221/21 5373, Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 3600.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet

26.- DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52.- DM

Bestellungen bitte an die regionalen Verstandesrichten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Deljen, für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötz, für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann, für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux, für Aus Verbanden und Parteien — Diskussion, Dokumentation, Spezialberichte: Alfred Küster.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit:

Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG

Stahl- und Metallindustrie AGM, der AG Medien in

der Volksfront AGM, des NH Chemische Industrie

AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe AGD, der AG gegen Rassismus und Sexismus AGS, der AG gegen Militarismus und

Repression in der Volksfront AGU, der AG für anti-faschistische Bildungspolitik AGB, der AG für Kom-

munalpolitik AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300

Essen 1. — Beilagehinweis: Regelmäßig vierzählig: Beilage: Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte o. b. H.

5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Czerninskistr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen

Grenzweg 4, 3000 Hannover 1

GNN Nordrhein-Westfalen

Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag H